



Stadt Bergisch Gladbach

Beteiligungsbericht 2011

VV-10 Zentrales Controlling



VORWORT

Bereits zum sechzehnten Mal legt die Verwaltung ihren Beteiligungsbericht zur Information des Rates und der interessierten Bürgerinnen und Bürger vor. Hiermit erfüllt sie nicht nur die nach der Gemeindeordnung vorgegebene Pflicht zur Berichterstattung über die städtischen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, sie zeigt damit auch erneut auf, wie vielfältig die Engagements und Erscheinungsformen städtischer Politik in Bergisch Gladbach sind.

Angesichts der Bedeutung der Beteiligungsunternehmen und der immer knapper gewordenen finanziellen Ressourcen der Stadt wird die Steuerung des Beteiligungsvermögens immer wichtiger werden. Dabei müssen finanzielle und strategische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Der Beteiligungsbericht bietet dafür eine Grundlage.

Dieser gesamtstädtischen Sichtweise folgt auch die Novellierung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung unter dem Stichwort „Neues Kommunales Finanzmanagement“. Diese Reform bedeutet nicht nur die Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens in der Verwaltung, sondern auch eine Integration der Unternehmen in eine Gesamtsicht. Hierzu wird zukünftig auch die Ergebnisfeststellung im Sinne einer Zielerreichung als auch der Ermittlung von Vermögen und Schulden für die gesamte Stadt bis hin zur Konzernsicht mit allen Beteiligungen erfolgen.

In 2011 war die Stadt Bergisch Gladbach an 10 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und an einer Anstalt des öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt.

In diesem Bericht werden die Positionen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Kennzahlen der letzten fünf Geschäftsjahre 2007 – 2011 dargestellt. Grundlage sind die geprüften und testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen, aktuell der Prüfbericht zum 31.12.2011. Somit wird ein detailliertes Bild über die Entwicklung der Unternehmen vermittelt. Wie im letzten Beteiligungsbericht sind darüber hinaus die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt enthalten. Diese betreffen im Rahmen dieses Berichts ebenfalls die Jahre 2007 – 2011.

Lutz Urbach
Bürgermeister

Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Beteiligungsstrukturen	3
Übersicht ausgewählter Abschlussdaten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5

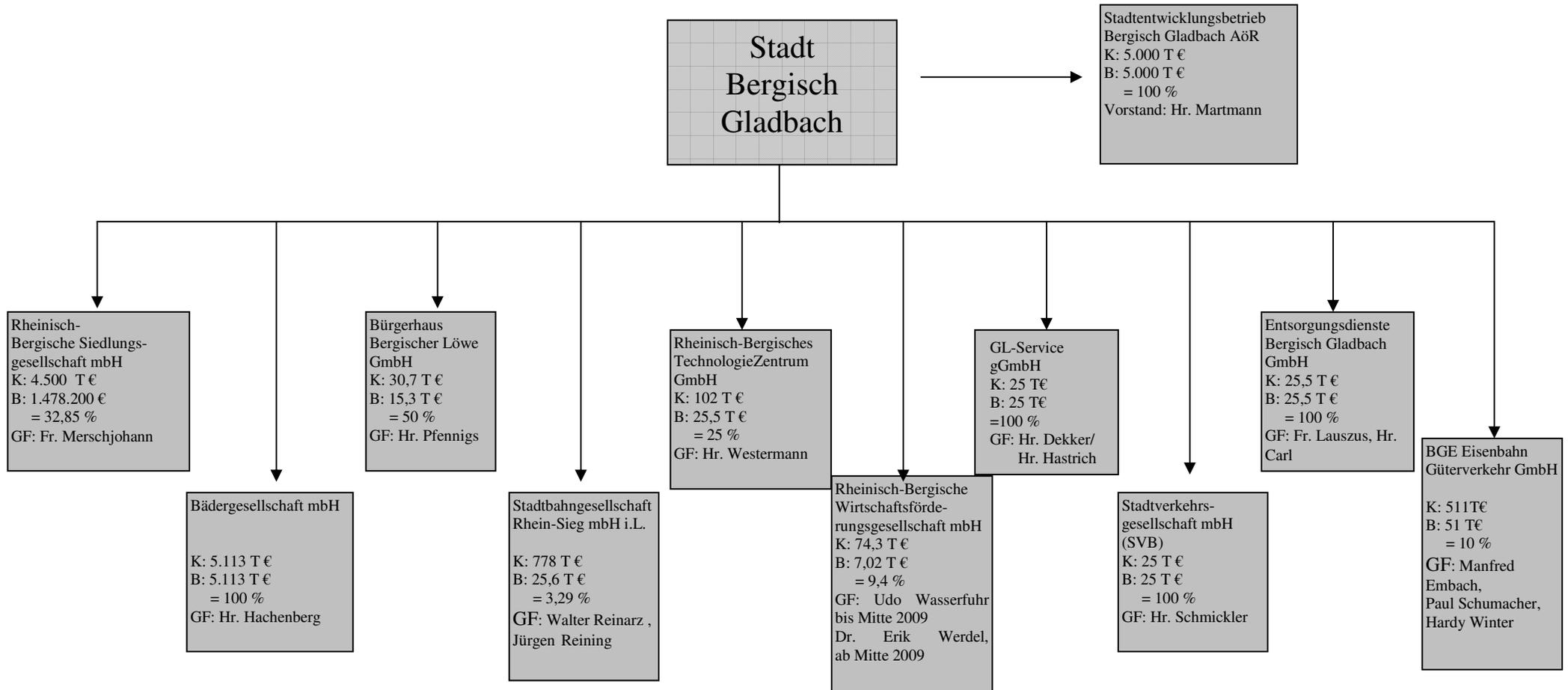
Beteiligungen

1. Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	8
2. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH	16
3. Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	24
4. Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	32
5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	41
6. Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH	49
7. BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH	57
8. Stadtverkehrsgesellschaft mbH	65
9. Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH	73
10. GL Service gGmbH	80
11. Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR	91

Anhang

Definition der Kennzahlen	100
---------------------------	-----

Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach



K= Kapital
 B= Beteiligung
 Stand: 31.12.2011

Übersicht der direkten Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach
Basis: Jahresabschlüsse 2011

Beteiligung	städt. Anteil Stammk. in T€	städt. Anteil in %	Bilanzsumme in T€	Eigenkapital in T€	Umsatzerlöse in T€	Anzahl der Mitarbeiter	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	1.478	32,85	67.319	18.051	10.581	18	1.570
Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg	26	3,29	4.462	-3.915	0	3	-286
Bürgerhaus Bergischer Löwe	15	50	760	175	507	11	42
Rheinisch Bergisches TechnologieZentrum GmbH	25	25	565	498	317	1	-92
Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	9,45	4.544	3.249	35	6	-474
Bädergesellschaft mbH	5.113	100	42.626	29.735	1.200	20	-728
BGE Eisenbahn Güter- verkehrsgesellschaft mbH	51	10	4.615	-545	4.512	0	670
Stadtverkehrsgesellschaft mbH	25	100	369	145	190	2	66
Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH	25	100	2.433	843	1.416	18	199
GL-Service gGmbH	25	100	667	30	1.758	30	-41
Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach - AöR	5.000	100	8.983	8.917	1.239	7	450
S u m m e gerundet	11.790		137.343	57.183	21.755	116	1.376

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 117 GO NW hat die Gemeinde zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligten, Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten.

Die Einsicht in den Bericht ist jedermann gestattet. Die Gemeinde hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

2. Ziel des Beteiligungsberichtes

Die gesetzlichen Bestimmungen, in denen die Voraussetzungen für die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigungen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geregelt sind, finden sich in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW).

Die durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung – GO Reformgesetz, welches am 17.10.2007 in Kraft getreten ist, gemachten erhöhten Anforderungen an die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde, wurden zwischenzeitlich wieder zurückgenommen.

Es ist somit nicht mehr erforderlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck vorliegt und andere Unternehmen müssten den öffentlichen Zweck nicht nur **ebenso gut und wirtschaftlich**, sondern **besser und wirtschaftlicher** erfüllen können.

Die Gemeinde durften sich nach § 107 (1) GO NRW, in der Fassung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung zur Erfüllung ihrer Aufgaben, nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein **dringender** öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der **dringende** öffentliche Zweck durch andere Unternehmen **nicht ebenso gut und wirtschaftlich** erfüllt werden kann.

Die aktuelle Fassung des § 107 (1) GO NRW (Auszug) lautet wie folgt und macht die Erleichterung wie folgt sichtbar:

§ 107

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. **ein öffentlicher** Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen **der öffentliche Zweck** durch andere Unternehmen **nicht besser und wirtschaftlicher** erfüllt werden kann.

Zur Zulässigkeit der energiewirtschaftlichen Betätigung wurde ein neuer § 107 a GO NRW eingefügt der wie folgt lautet:

§ 107a

Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Betätigung

(1) Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem **öffentlichen Zweck** und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

(2) Mit den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung unmittelbar verbundene Dienstleistungen sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde stellt sicher, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden.

(3) Die Aufnahme einer überörtlichen energiewirtschaftlichen Betätigung ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer energiewirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist zulässig, wenn die Voraussetzung des Absatzes 1 vorliegt. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

(4) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

Auch bzgl. der Voraussetzungen der energiewirtschaftlicher Betätigung wird deutlich, dass ein **dringender** öffentlicher Zweck nicht mehr erforderlich ist.

An dieser Stelle ist auf folgende weitere Änderungen der GO NRW hinzuweisen:

1. Die neuen § 108 (1) Nr. 9 i.V.m. § 108 (2) GO NRW setzen die Vorgaben des Transparenzgesetzes um. Danach ist bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen im Gesellschaftsvertrag zu regeln, dass im Anhang zukünftig die Vergütungen von Geschäftsführung und Aufsichtsrat je Personengruppe und zusätzlich personenbezogen unter Aufgliederung nach Komponenten veröffentlicht wird.
2. Der neue § 108 a GO NRW regelt die Arbeitnehmermitbestimmung in fakultativen Aufsichtsräten. (Die Aufsichtsräte von Bergisch Gladbacher Mehrheitsbeteiligungen sind nicht mit Arbeitnehmern besetzt, so dass diese Neuregelung vor Ort nicht zur Anwendung gelangt.)

Mit der Fortschreibung des Beteiligungsberichtes soll und muss gemäß den gesetzlichen Vorschriften regelmäßig jährlich über die Entwicklung der öffentlichen Unternehmen berichtet und dadurch der Gesamtüberblick erleichtert werden.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen und die textlichen Angaben basieren auf den Jahresabschlüssen **2007 - 2011**. Die finanziellen Auswirkungen auf den Kameralhaushalt und die Entwicklung des Stellenplanes wurde ebenfalls für die Jahre **2007 -2011** dargestellt.

3. Steuerung über die Gesellschaftsorgane

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind die Steuerungs- und Kontrollgremien der Gesellschaften. Hier wird insbesondere über die Beratung und Genehmigung der Wirtschaftspläne und der Investitions- und Finanzpläne Einfluss auf die jeweiligen Leistungsprogramme der Gesellschaften genommen. Daneben gibt es je nach Spezifizierung im Gesellschaftsvertrag weitere Zustimmungsvorbehalte durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von kommunalen Aufgaben ausgegliedert. Neben dem klassischen Verwaltungsbereich ist ein Beteiligungsbereich mit erheblicher finanzieller und kommunalpolitischer Bedeutung entstanden. Das bedeutet, dass durch den Anstieg und die Verantwortung über Umsätze, Mitarbeiterzahlen und Vermögenswerte Größen mit enormer Bedeutung entstanden sind, die gesteuert werden müssen.

Träger der Beteiligungssteuerung ist der Rat. Er stützt sich dabei auf die Verantwortungsstrukturen der Verwaltung. Politik und Verwaltungsführung werden in zentralen Angelegenheiten vom Zentralen Controlling (Beteiligungscontrolling) unterstützt.

Zukünftig soll zur Unterstützung der städtischen Vertreter in den Gremien und somit zur Steuerung der Beteiligungen, im Rahmen eines Beteiligungscontrollings ein Berichtswesen mit strategischen Zielen aufgebaut werden.

Basis hierfür ist das, vom Rat am 13.12.2011 beschlossene Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie der öffentlich rechtlichen Rechtsformen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Stadt Bergisch Gladbach, welches darüber hinaus u.a. weisungspflichtige Geschäftsvorfälle definiert.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Sitz	Paffrather Strasse 48, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	13.05.1948
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.11.2007
Handelsregister	HRB 45523 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 14. Dezember 2007
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrags vom 21.11.2007 trägt die Gesellschaft nicht mehr den Zusatz „Gemeinnützig“ im Namen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die RBS viele Anforderungen des ehemaligen Wohnungsgemeinnützigkeitgesetzes (wie beispielsweise die Beschränkung der Dividendenausschüttung) nicht mehr erfüllt.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Die Stadt Bergisch Gladbach ist in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Fabian Schütz (Stellvertreter: Herr Lennart Höring) vertreten gewesen.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 21.11.2007 aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Weiter sind der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter geborene Mitglieder des Aufsichtsrates. Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter wird eine Pari-

tät bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Udo Wasserfuhr, Kämmerer Kreisverwaltung,	Vorsitzender bis 30.09.2011
Dr. Hermann-Josef Tebroke, Landrat	Vorsitzender ab 21.03.2012
Klaus W. Waldschmidt, Rechtsanwalt	stellvertretender Vorsitzender
Udo Buschmann, Vorstandsmitglied KSK Köln	ab 07.02.2011
Rolf Menzel, Landrat	bis 19.10.2011
Dipl.-Ing. Angelika Graner, Architektin	
Dipl.-Ing. Petra Holtzmann, Lebensmitteltechnik	
Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht, Rentner	
Jürgen Mumdey, Stadtkämmerer	
Dr. Klaus-Georg Wey, Leitender Regierungsschuldirektor	
Volker Damm, Rentner	
Bert Höhne, Immobilienkaufmann	
Frank Rausch, Mess- und Regeltechniker	

Im Geschäftsjahr 2011 fanden 3 Sitzungen des Aufsichtsrates statt.

3.3 Geschäftsführung

Als alleinige Geschäftsführerin bestellt und im Handelsregister eingetragen ist Frau Sabine Merschjohann, staatlich geprüfte Betriebswirtin mit Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital belief sich bis zum 31.12.2009 auf 4.500.000 €. Dieser ungekürzte Ausweis resultierte daraus, dass die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen i.H.v. 2.263.800 € gegen eine Rücklage für eigenen Anteile ausgewiesen waren. Nach den Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ist jedoch zwingend eine passive Kürzung der eigenen Anteile beim gezeichneten Kapital vorzunehmen. Um dieser Vorgabe gerecht zu werden wurde im Jahresabschluss 2010 im Ergebnis folgendes veranlasst:

- Die eigenen Anteile als Vermögensgegenstand im Umlaufvermögen und die hiermit korrespondierende Rücklage für eigene Anteile wurden gestrichen.
- Das gezeichnete Kapital wurde um den Nennwert der eigenen Anteile i.H.v. 1.131.900 € reduziert, während sich die anderen Gewinnrücklagen analog erhöhten.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200,-	32,85
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200,-	32,85
Zweckverband der KSK Köln	299.950,-	6,67
Kreissparkasse –Kapitalbeteiligung Holding GmbH, Köln	89.900,-	1,99
Gemeinde Kürten	21.850,-	0,49
RBS GmbH (eigene Anteile/ in „Andere Gewinnrücklagen“ enthalten)	1.131.900,-	25,15

Im Dezember 2007 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile von den Gesellschaftern zum Ertragswert des Unternehmens für 2.263.800 €.

5. Beschäftigte

Neben der Geschäftsführerin wurden in 2011 im Jahresdurchschnitt 8 kaufmännische Mitarbeiter (6 Vollbeschäftigte und 2 Teilzeitbeschäftigte), 2 technische Mitarbeiter, 2 Auszubildende, 5 Mitarbeiter im Regiebetrieb/Hauswarte (4 Vollbeschäftigte und 1 Teilzeitbeschäftigte) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die KPMG Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für den Öffentlichen Sektor Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2011 einen Jahresüberschuss von **1.570 T€** (Vorjahr: 1.409 T€).

Die Erhöhung des Ergebnisses der Hausbewirtschaftung (1.497 T€) um 137 T€ resultiert im Wesentlichen aus um 263 T€ höheren Sollmieten und Umlagen und um minimal gesunkenen Instandhaltungsaufwendungen, denen kaum gestiegene Betriebskosten aber höhere Abschreibungen gegenüberstehen. Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete ist auf 5,59 € (VJ. 5,48 €) je qm gestiegen.

Die gesamten Mietauffälle betragen 241 T€ (2,3 % der Sollmieten und Umlagen). Im Vorjahr waren es 229 T€ (2,2 % der Sollmieten und Umlagen). Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen durch die Hausbewirtschaftung bestimmt. Nach dem Wirtschaftsplan für 2012 wird mit einem Jahresüberschuss von 800 T€ gerechnet.

Die Mieterträge betragen im Berichtsjahr 7.620 T€ (Vorjahr 7.357 T€). Die größte Steigerung ergab sich aus Zugängen - drei Häuser Scheidtbachstraße 14, 18 und 20 mit 12 Wohnungen, Neubaufertigstellung Kölner Straße 91 zum 01.11.2011 mit zusammen 70 T€ - sowie der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gemäß II. Berechnungsverordnung von 71 T€. Mieterhöhungen gemäß § 558 BGB (ortsübliche Vergleichsmiete) und bei Neuvermietungen brachten Mehreinnahmen vom 45 T€ (Vorjahr 82 T€), Modernisierungsumlagen 32 T€ (Vorjahr 14 T€).

Die Erlösschmälerungen sind in Summe auf 189 T€ (Vorjahr 169 T€) gestiegen. Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2011 Kosten für leer stehende Wohnungen zur Vorbereitung von Abrissmaßnahmen entstanden sind (bereinigt 127 T€). Insofern haben sich die Erlösschmälerungen wegen fehlender Abschlussvermietung, sei es wegen der Lage und der Ausstattung der Wohnung oder einer anstehenden Sanierung, gegenüber dem Jahr 2010 wieder etwas verringert.

Die Kosten für Miet- und Räumungskosten sind gestiegen, die Erträge aus bereits abgeschriebenen Forderungen nach wie vor nichts nennenswert, die Abschreibungen auf Forderungen fallen im Vergleich zum Vorjahr (52 T€) mit 53 T€ konstant aus.

Im Jahre 2011 wurden 137 Wohnungen (Vj. 175 Wohnungen) gekündigt, so dass stichtagsbezogen ein Rückgang der Fluktuation auf 7,4 % (Vj. 9,6 %) zu verzeichnen ist. (bereinigt um die - im Betrachtungszeitraum späten – Zugänge im Jahr 2012 auf 7,9%) Der Leerstand von 37 Wohnungen zum Stichtag 31.12.2011 (Vorjahr 26 Wohnungen) kann zur besseren Vergleichbarkeit um 14 Wohnungen aus dem bereits genannten Neuprojekten bereinigt werden.

Vermietungsschwierigkeiten sind wie in den letzten Jahren weiterhin insbesondere bei kleinen, nicht renovierten Wohnungen mit „alten Bädern“ festzustellen, aber auch zunehmend bei nicht energetisch modernisierten Beständen.

An Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte wurden 2.456 T€ (Vj. 2.489 T€) aufgewandt. Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten.

Im Jahr 2011 wurden 12 Wohnungen (Vj. 16) umfangreich – teilweise vollständig – saniert; die Kosten betragen insgesamt 150 T€ (Vj. 195 T€). Die kontinuierlich betriebene Untersuchung der Grundleitungen hat im Jahr 2011 zu Sanierungskosten von 352 T€ (Vj. 276 T€) geführt. Um eine größere Instandhaltungsmaßnahme handelt es sich bei der Erneuerung der Thermen in der Richard-Zanders-Straße 80-102 (205 T€), weiterhin wurden Dachsanierungen durchgeführt (82 T€), Wohnungseingangstüren erneuert (Borngasse 15 T€), diverse Haustür- und Treppenhausanlagen ausgetauscht (Clemensstraße in Paffrath, Golfplatzsiedlung in Gronau: 32 T€), Fenster ausgetauscht (Auf der Kaule 50 T€), Müllplätze erneuert (10 T€) sowie eine Grundbruchsanie rung (32 T€) durchgeführt. Im Jahr 2011 wurden 12 Gebäude mit 52 Wohnungen in der Richard-Zanders-Straße 80-102 energetisch modernisiert. Die bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau förderfähigen Maßnahmen, die mit einem Betrag von 1.180 T€ valuiert wurden, sind aktivierungsfähig. Insgesamt umfasste das Projekt ein Volumen von 1.426 T€ und konnte Anfang 2012 beendet und abgerechnet werden. Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen im Jahr 2011 2.756 T€. (Vorjahr 2.760 T€)

Abzüglich erstatteter Kosten durch Versicherungen und Mieter in Höhe von 82 T€ (Vorjahr 102 T€) beliefen sich die Kosten im Jahr 2011 auf rd. 2.674 T€ (Vorjahr 2.658 T€) oder 23,60€ (Vorjahr 24,20€) je qm Wohnfläche.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.745 T€, mithin um 2,66% auf 67.319 T€ erhöht.

Die langfristigen Vermögenswerte waren zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristiges Fremdmittel gedeckt.

Die Gesellschaft hat 2011 jederzeit ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllt. Unter Einbeziehung der Finanzplanung für 2012 ist die Liquidität sicher gestellt.

Der Jahresüberschuss von 1.507 T€ soll wie folgt verwendet werden:

- 157 T€ in die gesellschaftsvertragliche Rücklagen einstellen.
- 270 T€ an die dividendenberechtigten Gesellschafter auszuschütten. (8% von 3.368.100 €)
- 1.143 T€ in die anderen Gewinnrücklagen einstellen.

9. Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft teilt sich flächenmäßig wie folgt auf:

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbaute	= 264.870 qm (Vj: 264.183 qm)
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	= 1.391 qm (Vj: 1.391 qm)
Wohn- und Nutzfläche insgesamt	= 266.261 qm (Vj: 265.574 qm)

Hierin sind wie auch im Vorjahr Erbbaugrundstücke mit einer Gesamtfläche von 18.199 qm enthalten.

Der Haus- und Wohnungsbestand stellt sich zum 31.12.2011 wie folgt dar:

	Häuser	Wohnungen	Gewerbliche Objekte	Garagen	Stellplätze
Stand 01.01.2011	345	1.821	1	283	311
Zugang	2	24	0	0	29
Stand 31.12.2011	347	1.845	1	283	340

10. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2011 ihren satzungsgemäßen Aufgaben wie z.B. eine sichere und sozial verantwortbare und preiswerte Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsanweisung durchgeführt.

11. Ausblick/ Chance und Risiken/ Prognosebericht

Die Geschäftstätigkeit der RBS war im Berichtsjahr 2011 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm zur Ertüchtigung der Immobilien. Für die Geschäfte der RBS ist die Haushalts- und Bevölkerungsentwicklung von wesentlicher strategischer Bedeutung – ebenso die soziale und die Einkommensentwicklung. Darüber hinaus birgt die demografische Entwicklung mit der tendenziellen Überalterung der Bevölkerung Risiken. Ein wichtiger Indikator zur Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit auch des Geschäftsfeldes der RBS ist der Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahr 2011 einen neuen Höchststand erreicht und verbleibt auch in 2012 auf einem hohen Niveau.

Gravierende oder gar bestandsgefährdende Risiken bestehen für die RBS bei Aufstellung des Jahresabschlusses weder in rechtlicher noch wirtschaftlicher Hinsicht. Anhand der bereits vor einigen Jahren identifizierten, bewerteten und überwachten Risiken ist das Unternehmen in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Den wesentlichen Schwerpunkt der Planungsrechnungen bildet die Entwicklung des Hauptgeschäftsfeldes der RBS – die Hausbewirtschaftung.

In den Jahren 2012 und 2013 ist mit einer konstanten Entwicklung der Ertragslage zu rechnen.

Wirtschaftliche Daten der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft

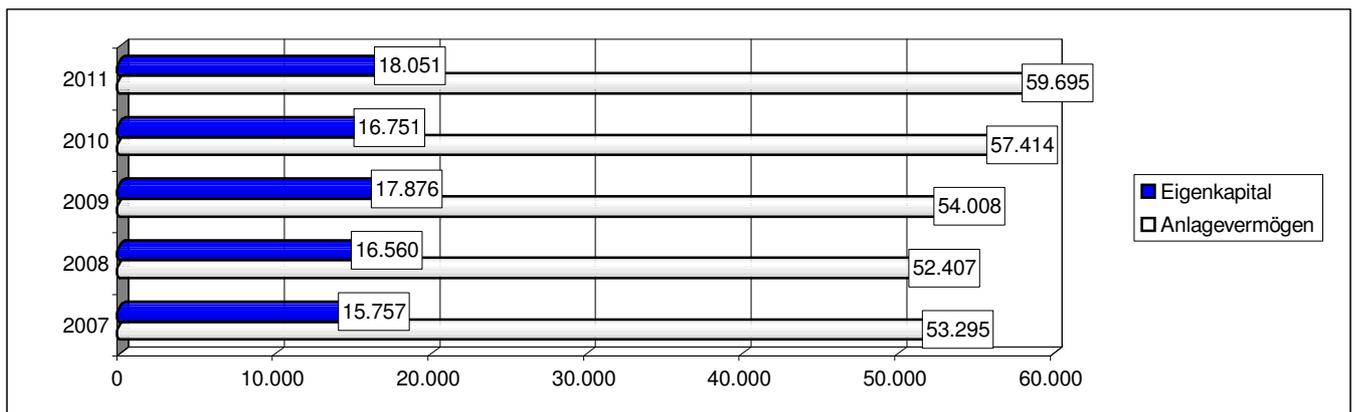
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	1	1	1	1	0
Sachanlagen	53.292	52.406	54.007	57.413	59.694	2.281
Finanzanlagen	0	0				0
Anlagevermögen	53.295	52.407	54.008	57.414	59.695	2.281
Unfertige Leistungen	2.932	3.166	3.273	3.116	3.146	30
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	306	378	295	252	216	-36
Sonstige Wertpapiere	2.264	2.264	2.264	0	0	0
Flüssige Mittel	4.017	5.617	5.248	4.758	4.231	-527
Umlaufvermögen	9.519	11.425	11.080	8.126	7.593	-533
Rechnungsabgrenzungsposten	19	30	26	35	31	-4
Bilanzsumme	62.833	63.862	65.114	65.575	67.319	1.744

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	4.500	4.500	4.500	3.368	3.368	0
Gewinnrücklagen	10.163	11.155	12.010	12.115	13.270	1.155
Bilanzgewinn (ohne Dividende)	1.094	905	1.366	1.268	1.413	145
Eigenkapital	15.757	16.560	17.876	16.751	18.051	1.300
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	399	636	127	81	82	1
Verbindlichkeiten	46.677	46.666	47.111	48.743	49.127	384
Rechnungsabgrenzungsposten					59	59
Bilanzsumme	62.833	63.862	65.114	65.575	67.319	1.744

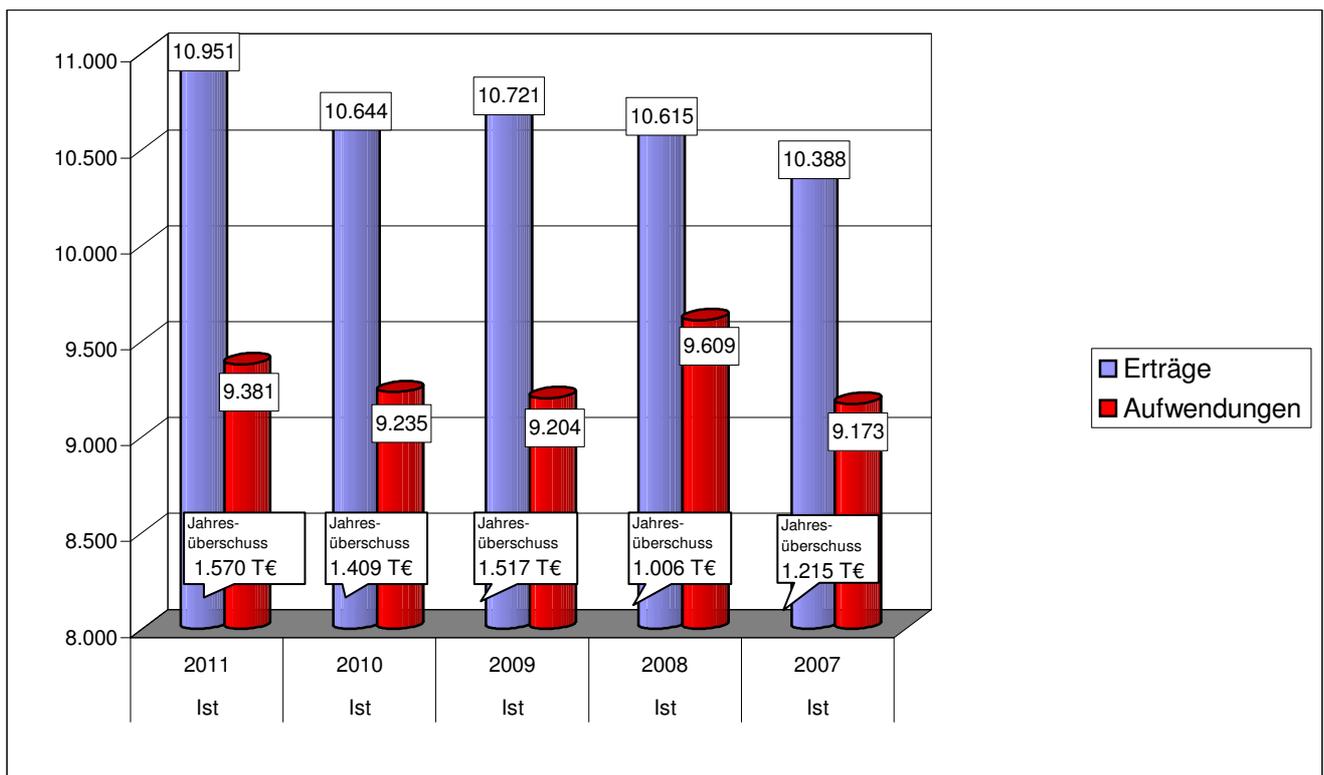
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	10.880	10.581	10.520	10.259	9.887	9.808	61
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	100	92	-81	107	234	-57	173
3. Sonstige betriebliche Erträge	120	212	132	243	298	471	80
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	11.100	10.885	10.571	10.609	10.419	10.222	314
5. Personalaufwand	-1.000	-982	-962	-924	-911	-867	-20
6. Aufwendungen f. bezogene Leistungen	-6.000	-5.260	-5.305	-5.380	-5.888	-5.011	45
7. Abschreibungen	-1.470	-1.493	-1.409	-1.340	-1.323	-1.345	-84
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-310	-333	-348	-320	-314	-310	15
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-8.780	-8.068	-8.024	-7.964	-8.436	-7.533	-44
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60	66	73	112	196	166	-7
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-950	-1.028	-952	-977	-991	-1.028	-76
12. Finanzergebnis (10+11)	-890	-962	-879	-865	-795	-862	-83
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	1.430	1.855	1.668	1.780	1.188	1.827	187
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-60	-10	-11	-22	59	-373	1
15. Sonstige Steuern	-250	-275	-248	-241	-241	-239	-27
16. Jahresüberschuss (13+14+15)	1.120	1.570	1.409	1.517	1.006	1.215	161

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Rhein.Berg.Siedlungsgesellschaft mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	84,8%	82,1%	82,9%	87,6%	88,7%
Umlaufintensität in %	15,2%	17,9%	17,0%	12,4%	11,3%
Investitionsquote	0,2%	0,8%	0,8%	8,4%	6,3%
Reinvestitionsquote	9,6%	32,9%	32,5%	341,8%	252,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	25,1%	25,9%	27,5%	25,5%	26,8%
Fremdkapitalquote in %	74,1%	72,5%	72,5%	74,5%	73,2%
Anlagendeckung I in %	31,6%	33,1%	33,1%	29,2%	30,2%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.657 T€	2.376 T€	2.635 T€	3.484 T€	2.993 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	11,1%	5,3%	13,3%	12,9%	14,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	10,2%	5,7%	8,6%	8,4%	8,7%
Gesamtkapitalrentabilität in %	4,2%	0,8%	3,9%	3,6%	3,9%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	8,8%	9,2%	9,0%	9,1%	9,3%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt/ Ertrag					
ausgezahlte Nettodividende	0 €	74.656 €	74.656 €	99.909 €	99.746 €

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS i.L.)
Sitz	Scheidtweilerstrasse 38, 50933 Köln
Gründung	17.05.1974
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.12.2009
Handelsregister	HRB 6597 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn sowie der P+R- bzw. B+R-Anlagen im Verkehrsraum Köln/Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit das mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelne Nahverkehrsbetriebe oder Regionalgesellschaften übertragen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Jahre 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat wurde im Geschäftsjahr 2010 aufgelöst, da der Gesellschaftsvertrag mit Beschluss vom 21.12.2009 neu gefasst wurde. Die Eintragung der Änderung erfolgte am 02.03.2010 im Handelsregister.

3.3 Geschäftsführer

Die Geschäftsführung besteht gemäß §13 des Gesellschaftsvertrages aus mindestens zwei Geschäftsführern. Die Gesellschaft wurde durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten.

Die Geschäftsführung oblag in 2011 Herrn Heinz Jürgen Reining, Herrn Jürgen Fenske (bis 17.06.2011) und Herrn Jörn Schwarze (ab 17.06.2011). Prokurist war Herr Ivo Füssgen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Bezüge der Geschäftsführer auf ca. 12 T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt und beträgt **778.240 €**.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Köln	389.120,-	50,00
Bundesstadt Bonn	158.720,-	20,39
Stadt Bergisch Gladbach	25.600,-	3,29
Stadt Brühl	25.600,-	3,29
Stadt Königswinter	20.480,-	2,63
Stadt Siegburg	20.480,-	2,63
Stadt Sankt Augustin	20.480,-	2,63
Stadt Bad Honnef	15.360,-	1,97
Stadt Bornheim	15.360,-	1,97
Stadt Wesseling	15.360,-	1,97
Stadt Hürth	30.720,-	3,95
Gemeinde Alfter	10.240,-	1,32
Rhein-Erft-Kreis	10.240,-	1,32
Rhein-Sieg-Kreis	10.240,-	1,32
Stadt Niederkassel	10.240,-	1,32
Gesamt	778.240,-	100,00

5. Beschäftigte

In 2011 wurden durchschnittlich drei Mitarbeiter (davon 2 Geschäftsführer/Liquidatoren) beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die West-Rhein-Treuhand Zacharias & Demmer oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Umsatzerlöse fielen im Berichtsjahr nicht an, da keine Projekte abgerechnet wurden.

Die Bestandsveränderungen betreffen die Aktivierung der Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Bau der P+R-Anlage an der Haltestelle Köln-Weiden West.

Einem positiven Finanzergebnis von 2 T€, stehen Personalaufwendungen von 18 T€ und sonstige betriebliche Aufwendungen von 244 T€ gegenüber. Unter Berücksichtigung eines außerordentlichen Ergebnisses (Aufwand) von 26 T€, das sich aus dem Zinsanteil auf den Ablösebetrag von Leistungsansprüchen im Falle einer Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln durch die Liquidation der Gesellschaft ergibt, verbleibt ein Jahresfehlbetrag von 286.782,46 € (Vj. 3.803 T€)

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages von 4.530 T€ und in 2011 geleisteten Nachschüssen der Gesellschafter von 123T€, wird zum 31.12.2011 ein Bilanzverlust von 4.693 T€ ausgewiesen.

Dieser Verlust übersteigt das Eigenkapital um 3.915 T€, das als nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in der Bilanz ausgewiesen werden.

Zur Abwendung insolvenzrechtlicher Antragspflichten haben sich die Gesellschafter auf Vorschlag der Liquidatoren verpflichtet, den Jahresfehlbetrag 2011 bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (125 T€) und den Jahresfehlbetrag 2012 - soweit dieser das restliche Eigenkapital der Gesellschaft übersteigt – bis zu dem im Wirtschaftsplan angesetzten Betrag (215 T€) durch Nachschüsse gemäß § 7 Abs. (2) bis (4) des Gesellschaftsvertrages auszugleichen. Die endgültige Nachschusshöhe wird im Rahmen der Feststellung der Jahresabschlüsse 2011 bzw. 2012 festgelegt.

Für den darüber hinausgehenden Betrag des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags bestehen Rückgriffsmöglichkeiten, so dass eine Insolvenz trotz der bilanziellen Überschuldung nicht vorliegt.

Die Bilanzsumme verminderte sich um 228 T€. Ursache hierfür war im Wesentlichen ein Rückgang der Bestände im kurzfristigen Vermögens- und Schuldenbereich, während sich das langfristig gebundene Vermögen nur wenig veränderte.

Aufgrund der in 2011 weitergeleiteten Zuschüsse verminderten sich auf der Passivseite die sonstigen Verbindlichkeiten um 248 T€. Entsprechend ist auf der Aktivseite ein Rückgang (-360 T€) bei den flüssigen Mittel zu verzeichnen.

Auf der Passivseite stieg der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um 164 T€. Einem Jahresfehlbetrag von 287 T€ stehen Nachschüsse der Gesellschafter von 123 T€ gegenüber.

Der voraussichtliche Zeitpunkt der Löschung der Gesellschaft ist derzeit nicht vorherzubestimmen. Er ist u.a. von der Abwicklung, Abrechnung und Prüfung aller Zuschussmaßnahmen durch die Bewilligungsbehörde abhängig. (Die Gesellschafterversammlung beschloss im Dezember 2007 einstimmig die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008.)

9. Technische Daten/ Fördermittel

In den Vereinbarungen für die einzelnen Investitionsmaßnahmen zwischen der Gesellschaft, den Verkehrsbetrieben und den Kommunen haben sich die Städte Köln, Brühl, Hürth und die Gemeinde Alfter verpflichtet, der SRS i.L. einen Zuschuss zu den Baukosten der jeweiligen Anlage in Höhe von 10 % der nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) zuwendungsfähigen Baukosten zuzüglich der nicht nach GVFG bzw. ÖPNVG NRW zuwendungsfähigen Baukosten zu gewähren.

Die ausgewiesenen Zuschussforderungen betreffen im Wesentlichen mit 33,7 T€ die P+R-Anlage Köln-Weiden West.

Der Forderungsbestand per 31.12.2011 ist durch eine Debitoren-Saldenliste nachgewiesen.

Zum Zeitpunkt unserer Prüfung – 11. Juni 2012 – waren die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 33.736,23 € noch nicht bezahlt.

Zu Zuschussrückforderungen:

Für ein laufendes Prüfungsverfahren des staatlichen Rechnungsprüfungsamtes Köln (Prüfbericht 30.08.2010) hat die Gesellschaft für mögliche Zuschussrückforderungen und zurückzahlende Zinsen der Maßnahme P+R-Anlage Frankfurter Straße und B-R-Anlage Kiebitzweg im Vorjahr eine Rückstellung in Höhe von insgesamt 180 T€ gebildet.

Für das potentielle Risiko weiterer Zuschussrückforderungen aufgrund künftiger Prüfungen der zuschusstechnisch noch nicht abgeschlossenen Maßnahme wurde im Geschäftsjahr 2010 darüber hinaus ein Betrag von insgesamt 3.500 T€ zurückgestellt, der auf einer Risikobeurteilung der Liquidatoren basiert. Die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen wurden in unveränderter Höhe zum 31.12.2011 beibehalten.

Zu Zuschüsse:

Die Gesellschaft bearbeitet und beantragt die öffentlichen Zuschüsse zur Planung, zur Umrüstung und zum Ausbau von Strecken auf Stadtbahnbetrieb sowie zum Bau von P+R-Anlagen. Die erhaltenen Zuschüsse werden an die einzelnen Verkehrsbetriebe weitergeleitet.

Sie setzten sich wie folgt zusammen:

Zuschüsse für

Ausbau und Verlängerung der Stadtbahnlinie 1	49.387,18 €
den Ausbau der Vorgebirgsbahn	77.796,87 €
die Erhöhung der Bahnsteige Efferen und Kiebitzweg	45.066,11 €
die P+R-Anlage Gemeinde Windeck	38.067,46 €
die P+R-Anlage und Buswendeanlage Alfter-Witterschlick	18.330,00 €
die Erhöhung der Bahnsteige der Rheinuferbahn	1.028,59 €
Gesamt	229.676,21 €

Zum Prüfungszeitpunkt – 11. Juni 2012 – waren die Zuschüsse in vollständiger Höhe noch nicht weitergeleitet worden.

10. Ausblick

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen haben sich die wirtschaftliche Situation und die Zukunftsperspektive der Gesellschaft verschlechtert. Da wesentliche Änderungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten und insbesondere neue größere Investition- und Zuschussmaßnahmen nicht absehbar sind, hat die Gesellschafterversammlung die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008 beschlossen. Ab dem 01.01.2009 ist die Gesellschaft im Wesentlichen personallos gestellt worden. Bis auf die beiden Liquidatoren und einen Prokuristen beschäftigt die Gesellschaft kein eigenes Personal mehr. Die ehemaligen MitarbeiterInnen wurden von der KVB AG und der SWBV-GmbH übernommen. Die laufenden Geschäfte werden bis zur Löschung der Gesellschaft auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von der KVB AG und auch im geringen Umfang von der SWBV-GmbH übernommen. Eine Feststellung der finanziellen Risiken aus der Liquidation führte im Wesentlichen zu dem nachfolgenden Ergebnis.

Im Geschäftsfeld der Zuschussverwaltung öffentlicher Fördermittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist die SRS i.L. Erstempfängerin der beantragten Zuschüsse und daher mit allen Rechten und Pflichten innerhalb der Zweckbindungsdauer gegenüber der Zuschussbehörde für die entsprechende Zweckverwendung verantwortlich. Um die zivilrechtlichen Voraussetzungen der Liquidation zu schaffen – Abwicklung aller Forderungen und Verbindlichkeiten –, ist mit der Bewilligungsbehörde der Übergang aller mit den Zuwendungsbescheiden verbundenen Rechte und Pflichten auf den Letztempfänger der Maßnahme abschließend zu regeln, um Rückzahlungsrisiken wegen Fehlverwendung abzuwenden. Ebenso sind die mit den Gemeinden getroffenen Vereinbarungen über die Restfinanzierung auf den Letztempfänger der Fördermittel zu übertragen. Die Gesellschaft übernahm als Bauträger die Planungen und den Bau von P+R/ B+R-Anlagen und beantragte zugleich die öffentlichen Fördergelder nach dem GVFG. Nach den vertraglichen Grundlagen liegt das Risiko eines vorzeitigen Baubeginns bei der SRS i.L., so dass über die weitere Verwendung der verursachten Projektierungskosten zu entscheiden ist. Wenn die Projekte im Liquidationszeitraum nicht beendet werden bzw. auf einen Rechtsnachfolger übergehen, belasten verlorene Planungskosten das Liquidationsergebnis der Gesellschaft. Ferner sind erworbene Gewährleistungsansprüche aus der Bauträgereigenschaft der SRS i.L., die innerhalb der vertraglichen Gewährleistungszeit liegen, auf die Eigentümer der Anlagen zu übertragen, um mögliche Ansprüche bis zum Ende der jeweiligen Gewährleistungszeiträume aufrechtzuerhalten. Ebenso wie bei der Zuschussverwaltung ist in Abstimmung mit der Bewilligungsbehörde die Übertragung aller Auflagen und Bestimmungen der Zuwendungsbescheide auf den übernehmenden Rechtsträger zu regeln, um die SRS i.L. aus der Haftung zu entlassen. Die durch die Liquidation verursachte Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln führt zu Ausgleichszahlungen für die Ablösung von Leistungsansprüchen. Hierfür besteht eine entsprechende Rückstellung von 422 T€. Für das Risiko möglicher Zuschussrückforderungen aufgrund aktueller bzw. zukünftiger Prüfungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes bestehen Rückstellungen von 3.680 T€. Inwieweit durch die anstehende Überprüfungen weiterer Rückstellungsbedarf entstehen kann, ist zurzeit noch nicht erkennbar. Weitere Rückforderungsansprüche könnten die geordnete Liquidation und damit die Existenz des Unternehmens gefährden. Die Liquidatoren haben zur Identifizierung weiterer potentieller Risiken und deren Abwehr gutachterliche Stellungnahmen eingeholt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte unter folgender Einschränkung:

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Köln hat in 2010 die Zuweisungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NRW (ÖPNVG NRW) für Baumaßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. geprüft. Nach den Feststellungen des Staatlichen Rechnungsprüfungsamtes sind die Auftragsvergaben teilweise nicht entsprechend den zuwendungsrechtlichen Vorschriften erfolgt. Vergabeverstöße können, je nach Grad des Verstoßes, zu Zuschussrückforderungen führen. Über das potentielle Vorhandensein weiterer Vergabeverstöße bei abgerechneten und noch nicht abgerechneten Maßnahmen der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. kann derzeit keine hinreichende Aussage getroffen werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass der Jahresabschluss bezüglich nicht vollständig passivierter Zuschussrückforderungen fehlerhaft ist. Neben den anstehenden Prüfungen der Zuschussmaßnahmen liegen keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung vor, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind und einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Operative Risiken, die einer geordneten Liquidation der Gesellschaft entgegenstehen, bestehen nicht.

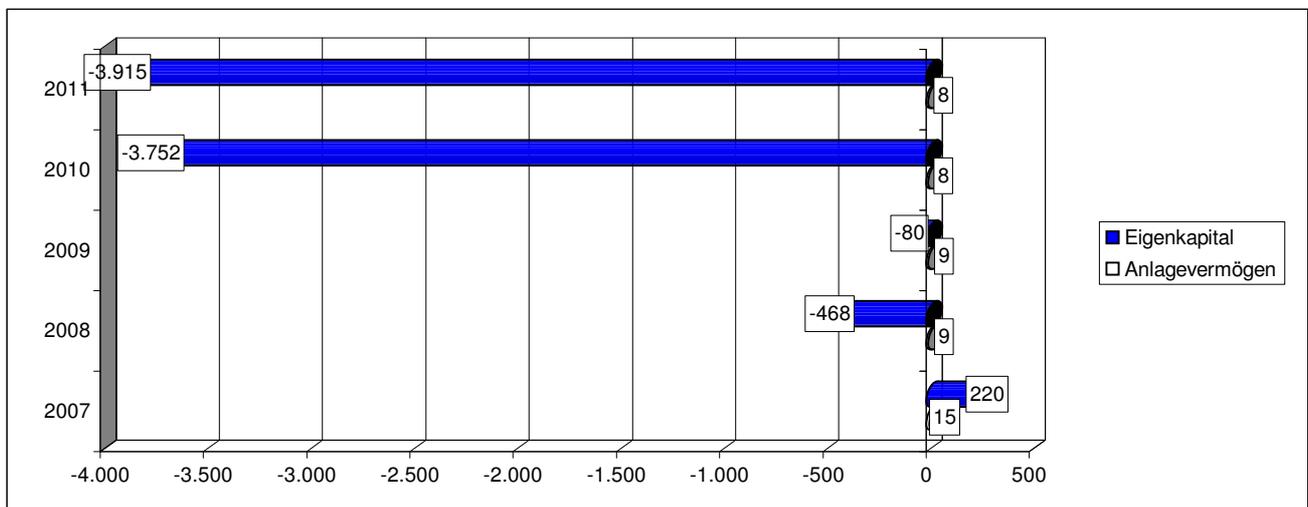
Wirtschaftliche Daten der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)
Angaben in TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	1	0	0	0	0	0
Finanzanlagen	14	9	9	8	8	0
Anlagevermögen	15	9	9	8	8	0
Vorräte	114	108	147	236	199	-37
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	646	235	67	66	72	6
Flüssige Mittel	3.350	3.205	5.635	628	268	-360
Umlaufvermögen	4.110	3.548	5.849	930	539	-391
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	468	80	3.752	3.915	163
Bilanzsumme	4.125	4.025	5.938	4.690	4.462	-228

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	778	778	778	778	778	0
Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	-558	0	0	0	0	0
Bilanzverlust		-1.246	-858	-4.530	-4.693	-163
Nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag		468	80	3.752	3.915	163
Eigenkapital	220	0	0	0	0	0
Rückstellungen	453	1.135	414	4.085	4.128	43
Verbindlichkeiten	3.452	2.890	5.525	605	334	-271
Bilanzsumme	4.125	4.025	5.939	4.690	4.462	-228

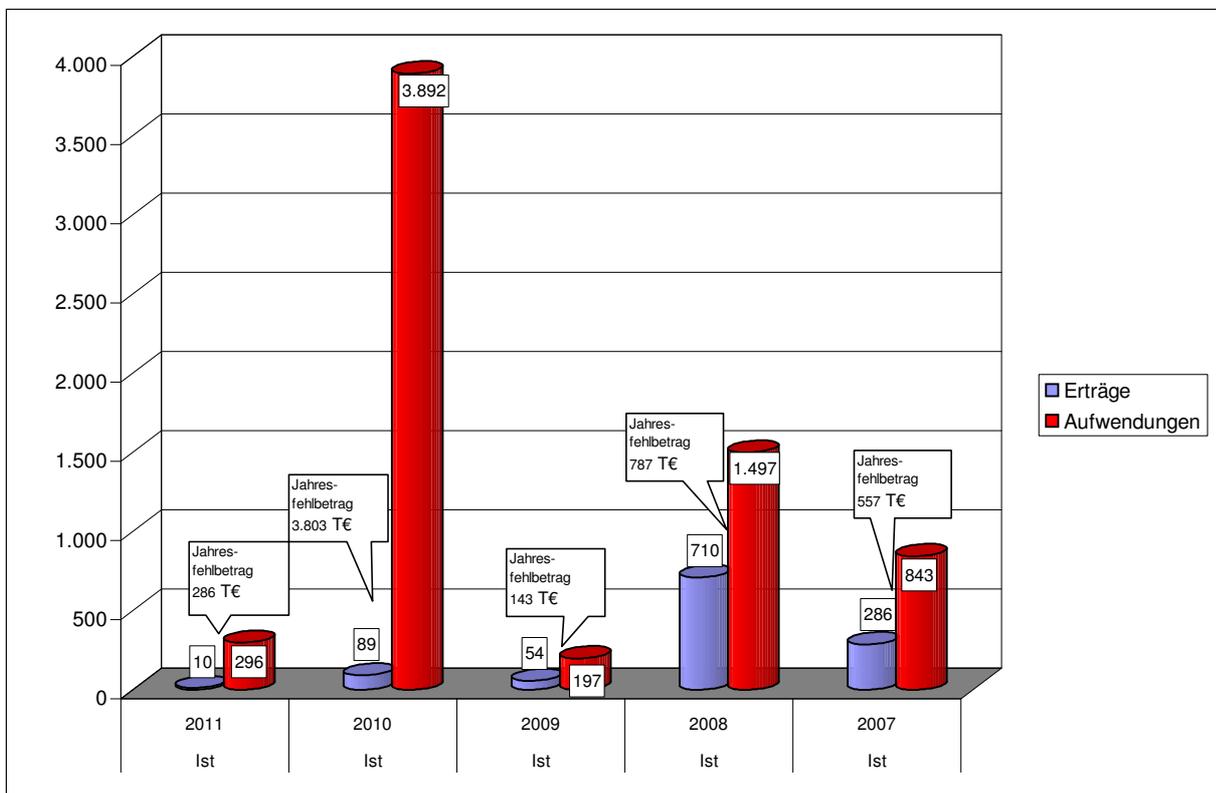
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	200	0	0	0	551	180	0
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-150	8	86	39	-6	6	-78
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	0	1	7	54	7	-1
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	50	8	87	46	599	193	-79
5. Materialaufwand	-50	-8	-103	-39	-517	-48	95
6. Personalaufwand	-20	-18	-16	-20	-162	-238	-2
7. Abschreibungen	0	0	0	0	-1	-2	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-105	-244	-93	-122	-99	-125	-151
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-175	-270	-212	-181	-779	-413	-58
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2	8	111	93	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	0	0	-5	0	0	0
12. Finanzergebnis (10+11)	0	2	2	3	111	93	0
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	-125	-260	-123	-132	-69	-127	-137
14. Sonstige Steuern	0	0	0	0	-2	0	0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (12+13+14)	-125	-260	-123	-132	-71	-127	-137
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	-26	-3.680	-11	-716	-430	3.654
18. Jahresfehlbetrag	-125	-286	-3.803	-143	-787	-557	3.517

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,4%	0,2%	0,1%	0,2%	0,2%
Umlaufintensität in %	99,6%	88,2%	98,5%	19,8%	12,1%
Investitionsquote	-	11,1%	55,6%	0,0%	0,0%
Reinvestitionsquote	-	100,0%	-	-	-
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	5,3%	-11,6%	-1,3%	-80,0%	-87,7%
Fremdkapitalquote in %	94,7%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
Anlagendeckung I in %	1463,1%	-5200,0%	-888,9%	-46900,0%	-48937,5%
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-361,8%	-163,1%	-	-	-
Eigenkapitalrentabilität in %	-253,2%	168,2%	178,8%	101,4%	7,3%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-13,5%	-19,5%	-2,3%	-81,1%	-6,4%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	132,3%	15,6%	-	-	-
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Nachschuss*	1.514,23 €	17.463,18 €	17.431,54 €	4.353,78 €	4.055,24 €

* Bei den dargestellten Zahlen ist Aufwand und Auszahlungen identisch.

Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
Sitz	Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	06.12.1979
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.12.1979, letzte Eintragung 27.01.2004 (Wechsel der Geschäftsführung)
Handelsregister	HB B 45717 beim Amtsgericht Köln (vor Zuständigkeitswechsel HR B 2002 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01.01.1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus. In der Gesellschafterversammlung wird nach Geschäftsanteilen abgestimmt. Je 511,29 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet drei Mitglieder. Der Bürgermeister ist geborenes Mitglied, während die zwei weiteren Mitglieder vom Rat der Stadt gewählt werden. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet je ein Mitglied. Jedes Mitglied hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Recht, einen Stellvertreter zu bestimmen.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Herr Lutz Urbach, Bürgermeister. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2011 wie folgt zusammen:
Von der Stadt Bergisch Gladbach benannt:

Mitglieder

Lutz Urbach, Bürgermeister

Stellvertreter

Annegret Kreft, Stadtverordnete

Birgit Bischoff, Stadtverordnete

Ingrid Koshofer, Stadtverordnete

Elke Lehnert, Stadtverordnete

Elvira Reudenbach, Stadtverordnete

Von den anderen Gesellschaftern benannt:

Mitglieder

Stellvertreter

Herr Gottfried Finken, Bankdirektor
-Stadtsporverband-

Frau Erika Mundorf, Sportreferentin

Herr Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer
-Gesellschaft Erholung-
bis März 2011

Herr Peter Müller, Geschäftsführer
bis März 2011

Herr Peter Müller, Geschäftsführer
ab März 2011

Herr Marco Schmitz, Geschäftsführer
ab März 2011

Herr Reinhard Paas, Rechtsanwalt
-Eigentümergeinschaft-

Herr Gregor Mühe, Rechtsanwalt

Im Geschäftsjahr 2011 haben drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

3.3 Geschäftsführung

Als alleiniger Geschäftsführer ist Herr Norbert Pfenning bestellt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 30.677,51 €.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich z. Zt. wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	15.338,75	50,00
Eigentümergeinschaft Bergischer Löwe	5.112,92	16,67
Gesellschaft Erholung e.V.	5.112,92	16,67
Stadtsporverband Bergisch Gladbach e.V.	5.112,92	16,67

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2011 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 11 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren neben dem Geschäftsführer 7 Mitarbeiter Angestellte und 3 Mitarbeiter Bühnen-/Hausmeister.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Billstein, Mehliß, Osenau mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

In 2011 gingen die Umsatzerlöse um 1 T€ zurück. Dem Anstieg der Erlöse im Hauptbereich um 3 T€ steht ein Rückgang im Veranstaltungsbereich um 4 T€ entgegen.

Im Veranstaltungsbereich sind neben den Erlösen auch die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 28 T€ gesunken.

Der Hauptbereich erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag von 1 T€ während der Theaterbereich einen Jahresüberschuss von 42 T€ erzielt hat.

Im abgelaufenen Jahr wurden in das der Gesellschaft zuzurechnende Anlagevermögen und die von der Stadt angepachteten Inventargegenstände Investitionen i.H.v. 3 T€ getätigt.

Die Gesellschaft hatte bereits in Vorjahren das Angebot an Veranstaltungen im Theaterbetrieb an die eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten angepasst. Der Zuschuss der Stadt belief sich auf 350 T€.

Dem Hauptbereich standen in 2011 insgesamt Zuschüsse von 443 T€ zur Verfügung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Entwicklung im Theaterbereich durch rückläufige Kartenverkaufserlöse und geringere Honorar- und Personalaufwendungen gekennzeichnet ist. Im Hauptbereich fielen in 2011 hohe einmalige Erträge an, die zu einer Steigerung des Zinsergebnisses sowie des periodenfremden und neutralen Ergebnisses führten.

Beide Bereiche zusammengefasst resultiert aus dem um 29 T€ erhöhten Betriebsergebnis, dem um 21 T€ gestiegenen Zinsergebnis und dem um 19 T€ verbesserten periodenfremden und neutralen Ergebnis ein Jahresüberschuss von 41 T€.

Hauptbereich

Die Umsatzerlöse des Hauptbereichs stiegen um 3 T€ auf 287 T€.

Um das mit dem Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe verbundene Ziel, die Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung, zu erreichen, hat die Gesellschaft das Bürgerhaus von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 131.913,36 € zuzüglich Umsatzsteuer gepachtet.

Zusätzlich zum Bürgerhaus hat die Gesellschaft ab dem 01.04.1998 die an der Rückfront des Bürgerhauses gelegenen Parkplätze von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 3.600 € gepachtet.

Gemäß Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH vom 02.06.2009 wurde die Gewährung der Zuschüsse neu geregelt. Nach der Neuregelung gewährt die Stadt dem Hauptbereich der Gesellschaft einen festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 423.349,68 € sowie einen festen jährlichen Investitionszuschuss von 20.452,00 €. Jährlich anfallende Jahresüberschüsse sind laut Vertrag so lange in eine Gewinnrücklage einzustellen, bis diese zusammen mit bisher gebildeten Gewinnrücklagen sowie dem gezeichneten Kapital einen Betrag von 100 T€ ausmachen. Nach Erreichen der vorgenannten Grenze zahlt die Stadt dem Hauptbereich den Betrag von 423.349,68 € lediglich als verlustabdeckenden Zuschuss.

Der Vertrag vom 02.06.2009 kann frühestens mit Wirkung zum 31.12.2013 gekündigt werden, welches mit Schreiben aus August 2011 erfolgte.

In einer gesonderten Vereinbarung vom 02.06.2009 hat die Stadt auf Ansprüche gegen die Gesellschaft verzichtet, was in 2009 zu einem Ertrag der Gesellschaft in Höhe von 43.856,49€ führte. Der Verzicht steht unter der Bedingung, dass die Gesellschaft eine zusätzliche Gewinnrücklage in dieser Höhe bildet. Zwischen der Stadt und der Gesellschaft ist vereinbart, dass zukünftige Überschüsse der Gesellschaft zunächst zur Bildung der Gewinnrücklage laut dieser Vereinbarung zu bilden sind.

Erst nachdem die Rücklage in voller Höhe gebildet ist, können Überschüsse der Gesellschaft für Zuführungen zu den Rücklagen entsprechend dem oben genannten Vertrag über die Neuregelung der Zuschüsse verwendet werden.

Der Hauptbereich schließt mit einem **Jahresfehlbetrag** von **1 T€** ab.

Die Stadt stellte dem Hauptbereich für 2011 einen verlustabdeckenden Zuschuss in Höhe von 423 T€ sowie einen Investitionszuschuss von 20 T€ zur Verfügung.

Veranstaltungsbereich (Theaterbetrieb)

Die Umsatzerlöse des Veranstaltungsbereichs sanken um 4 T€ auf 220 T€.

Die Gesellschaft hat zum 01. Januar 1992 von der Stadt Bergisch Gladbach den Theaterbetrieb übernommen. Die Stadt gewährte mit dem oben genannten Vertrag vom 02.06.2009 der Gesellschaft in 2011 einen Zuschuss in Höhe von 350.200 €.

Der Veranstaltungsbereich weist im Geschäftsjahr einen **Überschuss** von **42 T€** aus.

9. Ausblick

Zur künftigen Entwicklung und zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft enthält der Lagebericht der Geschäftsführung folgende wesentliche Aussagen:

- Geringe Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft
- Die Abhängigkeit der Gesellschaft von den Zuschüssen der Stadt
- Ausgeglichenes Ergebnis für 2012

Die Gesellschaft kann ausschließlich durch Zuschüsse der Stadt ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften. Der dem Hauptbereich zugesagte Zuschuss beträgt für 2012 443 T€. Dem Veranstaltungsbereich wurde vertraglich für 2012 ein Zuschuss von 350 T€ zugesagt.

In der Zukunft sind Kostensteigerungen für Honorare sowie für Unterhalt und Wartung des Bürgerhauses und Energiekosten im Hauptbereich zu erwarten.

Den Kostensteigerungen könnte die Gesellschaft durch Einsparungen und Preisanpassungen entgegenzutreten.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass für das Jahr 2012 in beiden Bereichen ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet wird.

Tatsachen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder dessen Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung nicht festgestellt.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist allerdings von der Zahlung ausreichender Zuschüsse durch die Stadt Bergisch Gladbach abhängig. Nach Ansicht der Geschäftsführung steht unter Berücksichtigung der Zuschüsse der Stadt Bergisch Gladbach einer Fortführung des Unternehmens nichts entgegen.

Die Geschäftsführung der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH hat bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 2012 sowie der Programmgestaltung des Theaterbereiches für die Spielzeit 2012/13 die von der Stadt Bergisch Gladbach der Gesellschaft zugesagten Zuschüsse berücksichtigt. Veranstaltungsangebot und Kosten richten sich an dieser Vorgabe aus. Die Geschäftsführung erwartet bei gleich bleibenden Zuschüssen auch in den folgenden Geschäftsjahren ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die Stadt Bergisch Gladbach hat allerdings den Vertrag über die der Gesellschaft zu gewährenden Zuschüsse mit Wirkung zum 31.12.2013 gekündigt.

Wirtschaftliche Daten der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

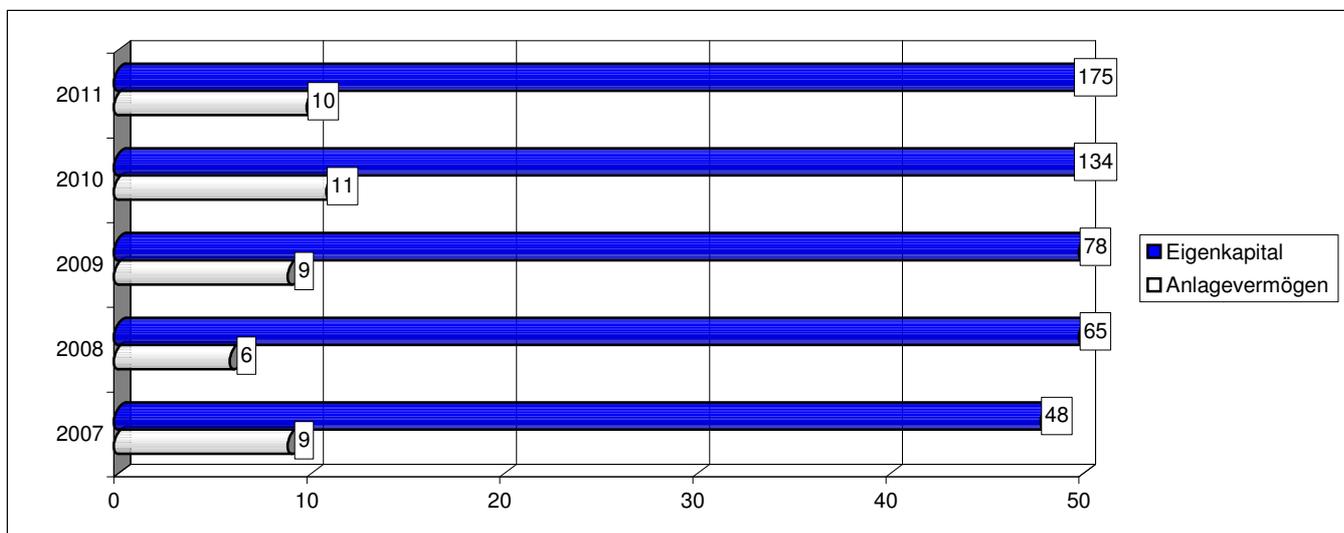
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	9	6	9	11	10	-1
Anlagevermögen	9	6	9	11	10	-1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38	35	38	15	19	4
Flüssige Mittel	611	717	698	675	730	55
Umlaufvermögen	649	752	736	690	749	59
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	1	1	0
Bilanzsumme	658	758	745	702	760	58

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	30	31	31	31	31	0
Bilanzgewinn	14	17	0	-28	0	28
Jahresüberschuss	4	17	0	0	0	0
Gewinnrücklagen			47	131	144	
Eigenkapital	48	65	78	134	175	41
So. Rückstellungen	281	348	394	349	363	14
Verbindlichkeiten	329	345	273	219	222	3
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	658	758	745	702	760	58

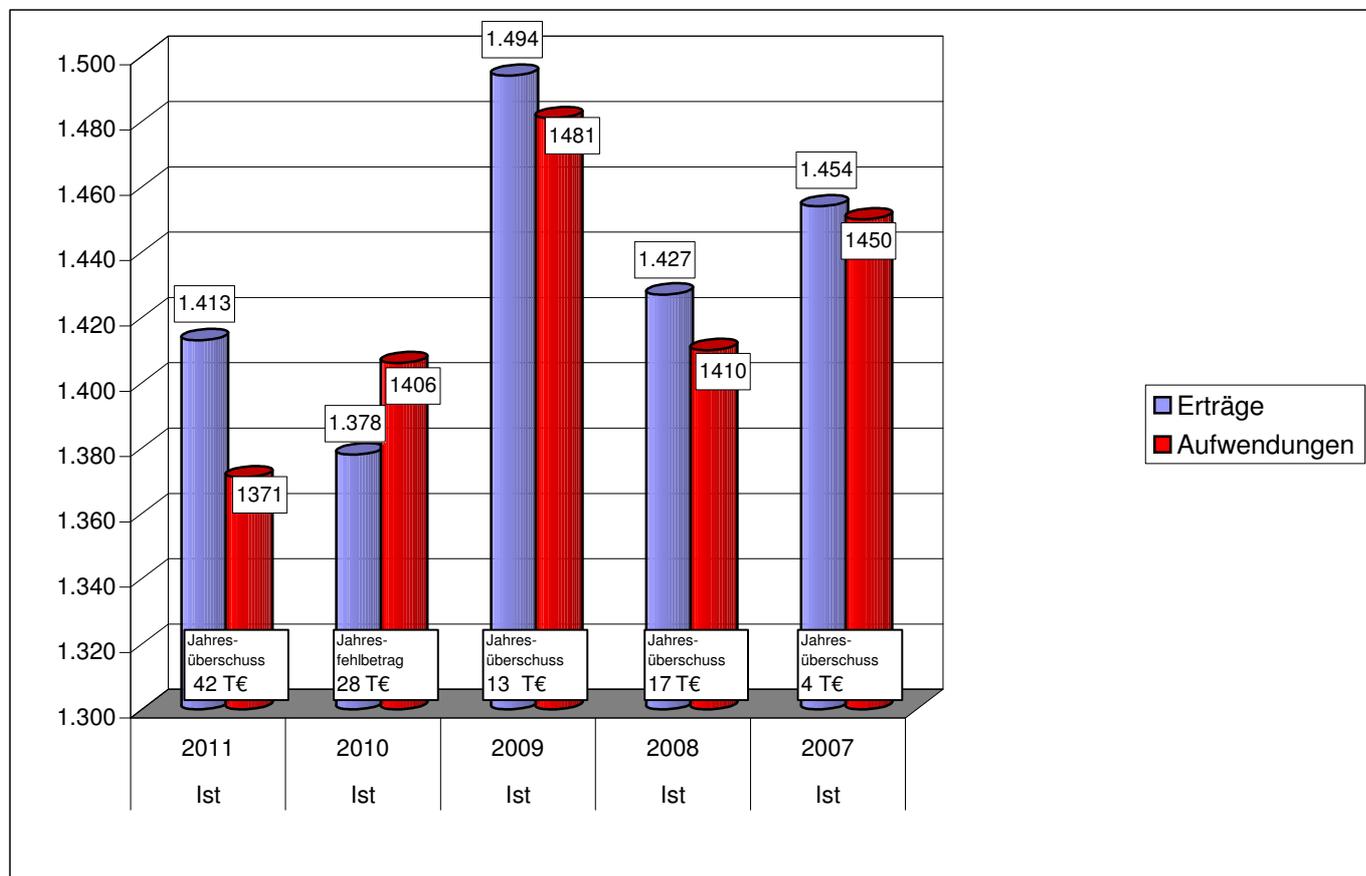
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10	
1. Umsatzerlöse		510	507	514	572	578	608	-7
2. Sonstige betriebliche Erträge		857	868	848	916	832	834	20
3. Betriebliche Erträge (1+2)		1.367	1.375	1.362	1.488	1.410	1.442	13
4. Materialaufwand		-245	-226	-254	-307	-261	-297	28
5. Personalaufwand		-521	-498	-526	-533	-474	-477	28
6. Abschreibungen		-5	-3	-3	-4	-4	-5	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-545	-586	-570	-591	-628	-628	-16
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)		-1.316	-1.313	-1.353	-1.435	-1.367	-1.407	40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Ertrag		3,5	38	16	6	17	12	22
10. Zinsen und ähnliche Aufwundunge		-11	-14	-13	0	0	0	-1
11. Finanzergebnis (9+10)		-7,5	24	3	6	17	12	21
12. Ergebnis vor Steuern (3+8+11)		44	86	12	59	60	47	74
13. Sonstige Steuern		-42	-44	-40	-46	-43	-43	-4
14. Jahresüberschuss (12+13)		2	42	-28	13	17	4	70

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,8%	1,2%	1,6%	1,6%	1,3%
Umlaufintensität in %	98,8%	98,8%	98,4%	98,4%	98,6%
Investitionsquote	55,6%	11,1%	9,1%	36,4%	30,0%
Reinvestitionsquote	166,7%	20,0%	33,3%	133,3%	100,0%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	10,5%	10,5%	19,1%	19,1%	23,0%
Fremdkapitalquote in %	89,5%	89,5%	80,9%	80,9%	77,0%
Anlagendeckung I in %	1083,3%	866,7%	1218,2%	1218,2%	1750,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	32 T€	107 T€	1 T€	-20 T€	58 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	0,9%	3,3%	8,9%	2,3%	-0,4%
Eigenkapitalrentabilität in %	7,3%	26,2%	17,0%	-20,9%	24,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	0,6%	2,3%	1,8%	-5,8%	10,5%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	78,5%	82,0%	91,2%	102,3%	98,2%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt*					
Zuschuss Theater	350.200 €	350.200 €	350.200 €	350.200 €	350.200 €
Verlustabdeckender Zuschuss	423.350 €	423.350 €	423.350 €	423.350 €	423.350 €
Investitionszuschuss	20.452 €	20.452 €	20.452 €	20.452 €	20.452 €
	<u>794.002 €</u>				

* Bei den dargestellten Zahlen ist Aufwand und Auszahlung identisch.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Strasse, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 46635 beim Amtsger. Köln (letzter Eintrag 22.01.2010)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stephan Schmickler, Stadtbaurat.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Stadt Bergisch Gladbach) tätig. Nebenberufliche Geschäftsführer sind die Herren Dietmar Virnich (Overath) und Stefan Dürselen (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	48
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmerin.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Geschäftsverlauf

Seit 17 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 675 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2011 wurden insgesamt 226 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 76 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2011 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2011 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 2.800 m² waren rd. 2.460 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 17 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 9 über die letzten 9 Jahre. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft der RBTZ seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolventquote in Höhe von 9 % zugrunde (von 76 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 620 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 226 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 9 % somit auf bis zu 1.850 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass im Jahr 2011 ca. 51 % aller Unternehmensinsolvenzen in Deutschland auf diejenigen Unternehmen entfallen, die weniger als 8 Jahre auf dem Markt tätig waren. Über 40% davon betraf Insolvenzen innerhalb der ersten drei Jahre. Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl. Aus diesem Grunde ist es auch bis heute nicht zu einer Häufung von Insolvenzen in dem Betreuungsbereich des Rheinisch-Bergischen Technologiezentrums gekommen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch Bergischen TechnologieZentrum 40 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben seit 1995 zuteil wurden.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2011 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum, ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2012 fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr weitere Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen „ManagementForum 2011“ wurden rd. 300 Teilnehmer erreicht, zwei Veranstaltungen fanden im TechnologieZentrum statt. Veranstaltungen im STARTERCENTER Rhein/Berg/Leverkusen (Gründertage, Zirkel-Beratungen) am Standort Technologiepark Bergisch Gladbach besuchten rd. 719 potentielle Gründer. Das Technologiezentrum erreichte auf externen Veranstaltungen (außerhalb TechnologiePark) im Rahmen von Gründertagen und Businessplanwettbewerben weitere Gründer. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltungen ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region.

Zu den Veranstaltungen mit wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen gehörten 2011 die Unterstützung des VDI (Nacht der Technik), die Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag in Köln (Unternehmerstart Köln) und Veranstaltungen im Rahmen des Förderprojektes „HiPo – High Potentials im Rheinland“ (der Antrag des RBTZ und seiner Projektpartner erhielt 2009 den Zuschlag im Wettbewerb „Gründung.NRW“ für Fördermittel aus dem NRW-EU Ziel 2- Programm). Die Auszeichnung der ersten HiPos fand am 12.07.2011 in der Piazzetta des Rathauses zu Köln statt und informierte 100 Teilnehmer aus Wirtschaft, Forschung und Verwaltung.

Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2011 um ca. 7 % reduziert. Wesentlicher Grund hierfür war der Auszug eines Mieters mit einem hohen Flächenanteil.

Im Jahr 2012 kalkuliert die Geschäftsführung auf der Basis des Erfolgsplans 2012 mit Umsatzerlösen in der Größenordnung von 320 T€.

Investitionen

Im Jahr 2011 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

8. Wirtschaftliche Daten

Die Ertragssituation wird weiterhin wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und den Kosten der Anmietung beeinflusst.

Das operative Ergebnis des Jahres 2011 weist einen Verlust in Höhe von 92 T€ aus.

Die Vermietungserlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist. Hinzu kommt die notwendige Vorhaltung von Optionsflächen, um so das Wachstum von Jungunternehmen in begrenztem Umfang sicher zu stellen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum in der Regel ohne jedes Beratungshonorar erfolgen (Ausnahme: Beratung bei Exist-Gründerstipendien und Zuschüssen aus dem Förderprojekt HiPo – High Potentials im Rheinland). Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein. Als „Durchlauferhitzer“ soll das Technologiezentrum Gründer bei der Schaffung zukunftssicherer und qualifizierter Arbeitsplätze unterstützen. Das heißt, der eigentliche Nutzen des Technologiezentrums liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Technologie-Zentrums einfließen

Der konzeptionelle Ansatz für das Rheinisch-Bergische Technologiezentrum sieht deshalb einen Wechsel von erfolgreichen Jungunternehmern aus dem Rheinisch-Bergischen Technologiezentrum in den Technologiepark Bergisch Gladbach oder die Region im Rahmen einer technologieorientierten Wirtschaftsförderung ausdrücklich vor.

Zusätzliche Einnahmen wurden durch eine personelle Beteiligung des RBTZ an dem Projekt Gründen.NRW erzielt. Der Projektantrag des RBTZ im Verbund mit drei weiteren Technologie- und Gründerzentren (ST@RT Hürth, GTC Gummersbach, Rechtsrheinisch Technologie- und Gründerzentrum) sowie einem Projektplanungsbüro (AN Training GmbH) wurde im Rahmen des Förderwettbewerbs „Gründung.NRW“ (Fördermittel aus dem NRW-EU Ziel 2-Programm) positiv beschieden. Das Projekt beschreibt neue Wege zur Identifikation, Selektion und Förderung von technologieorientierten, erfolgsversprechenden Gründungsideen („High Potentials“). Projektstart war das Frühjahr 2010. Das RBTZ verspricht sich für 2012 von diesem Projekt neue Gründer und weitere wichtige Transferprojekte.

Finanzlage

Die kommunalen Gesellschafter des RBTZ haben sich im Rahmen einer Patronatserklärung zu einer Verlustausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 100 T€ p.a. verpflichtet. Der finanzielle Verlustausgleich erfolgt erst nach Fertigstellung der Bilanz im Folgejahr. Die Gewährleistung der Liquidität im Geschäftsjahr kann deshalb nicht alleine hierdurch gesichert werden. Hierzu dient auch der außerordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Teileigentums, der in die Gewinnrücklage eingestellt wurde.

Vermögenslage

Auf der Passivseite wird ein Eigenkapital in Höhe von 499 T€ ausgewiesen. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Stammkapital in Höhe von 100 T€, der Kapitalrücklage in Höhe von 26 T€ und einer Gewinnrücklage in Höhe von 373 T€.

Risikobericht

Das Risikomanagement-System ist als internes Kontrollsystem ausgerichtet auf die Geschäftsführer. Aus diesem Grund gibt die Geschäftsführung in den turnusmäßigen Gesellschafterversammlungen im Rahmen des Berichts zur aktuellen Situation den Gesellschaftern alle notwendigen Informationen zu sämtlichen Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit resultieren könnten. Mögliche Risiken werden aus diesem Grunde auch in den entsprechenden Protokollen der Gesellschafterversammlungen dokumentiert.

9. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum vermietet seit 2006 an die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW).

Die Jahresnettomiete betrug im Jahr 2011 14.198,40 € und Nebenkosten 7.858,08 €. Der Bruttogesamtbetrag inklusive Umsatzsteuer belief sich auf rd. 26.247 €

Weiter werden regelmäßig Anzeigen im Wirtschaftsmagazin punkt.RBW geschaltet. Im Jahr 2011 wurden 1.951,60 € an die RBW gezahlt.

10. Ausblick

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2012 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark sollen weiterhin genutzt werden.

Die Suche nach qualifizierten Gründern soll weiter vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten.. Aus diesem Grunde forcierte die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition durch folgende Aktivitäten:

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbs
- Förderung von „High Potential-Gründungen“ im Rahmen des Projektes Gründen.NRW

- Angebote zur Kooperation mit dem Hochschulgründernetz Köln
- Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag Köln in der IHK
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Zusammenarbeit mit der RBW im Rahmen der STARTCENTER.NRW-Aktivitäten
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung und des zugehörigen Newsletters als Akquisitionsinstrument
- Zusammenarbeit mit der privaten Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW) und dem Bildungsinstitut für informationsverarbeitende Berufe (b.i.b) in Bergisch Gladbach
- Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln GmbH
- Kooperationsveranstaltungen mit dem VDI Bezirksverein Köln und IVAM e.V.

Die Moderation des RBTZ bei Transferprojekten der Gründungsunternehmen in die Wirtschaftsunternehmen nehmen an Bedeutung zu. Für 2012 ist die intensive Betreuung von NUK-Businessplangewinnern und eigener, bereits ansässiger Unternehmensgründer geplant.

Ein weiteres Engagement des Technologiezentrums für die Zukunft des Ingenieurberufs ist mit der Beteiligung an der „4. Nacht der Technik in Köln“ des VDI Kölner Bezirksverein für 2013 geplant.

Wirtschaftliche Daten des Rhein.-Berg. TechnologieZentrums GmbH

Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

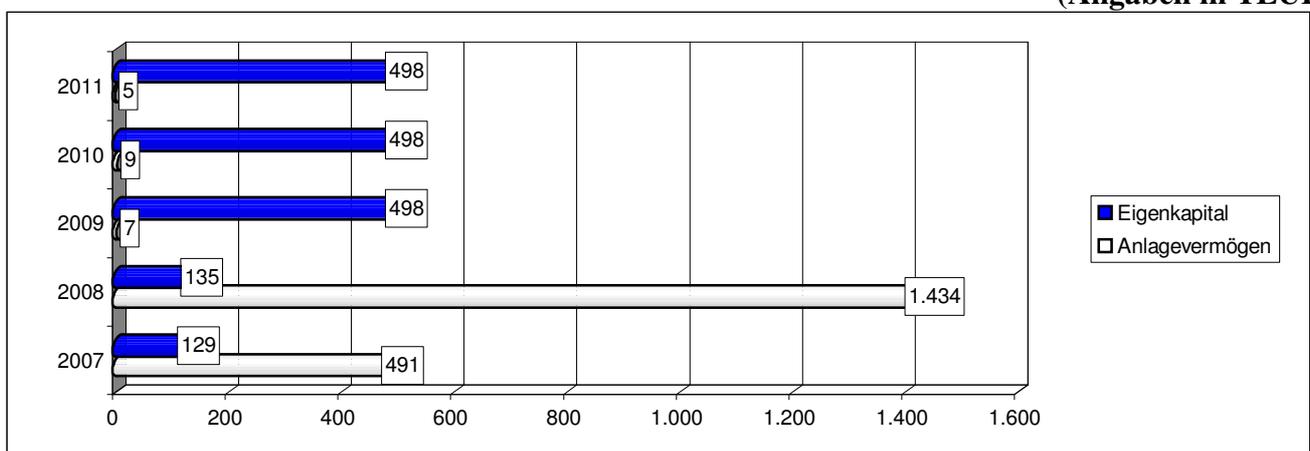
Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	0	0	0
Sachanlagen	7	8	7	9	5	-4
Finanzanlagen	1.852	1.799	0	0	0	0
Anlagevermögen	1.860	1.807	7	9	5	-4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10	8	85	97	112	15
Flüssige Mittel	0	0	474	453	448	-5
Umlaufvermögen	10	8	559	550	560	10
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	3	1	0	-1
Bilanzsumme	1.873	1.818	569	560	565	5

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	100	100	100	100	100	0
Kapital + Gewinnrücklage	29	26	398	398	398	0
Bilanzgewinn	0	9	0	0	0	0
Eigenkapital	129	135	498	498	498	0
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	1.369	373	0	0	0	0
Rückstellungen	48	948	44	39	45	6
Verbindlichkeiten	327	362	27	9	9	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	14	13	-1
Bilanzsumme	1.873	1.818	569	560	565	5

Finanzierung des Anlagevermögens (abzgl. Sonderposten) durch Eigenkapital

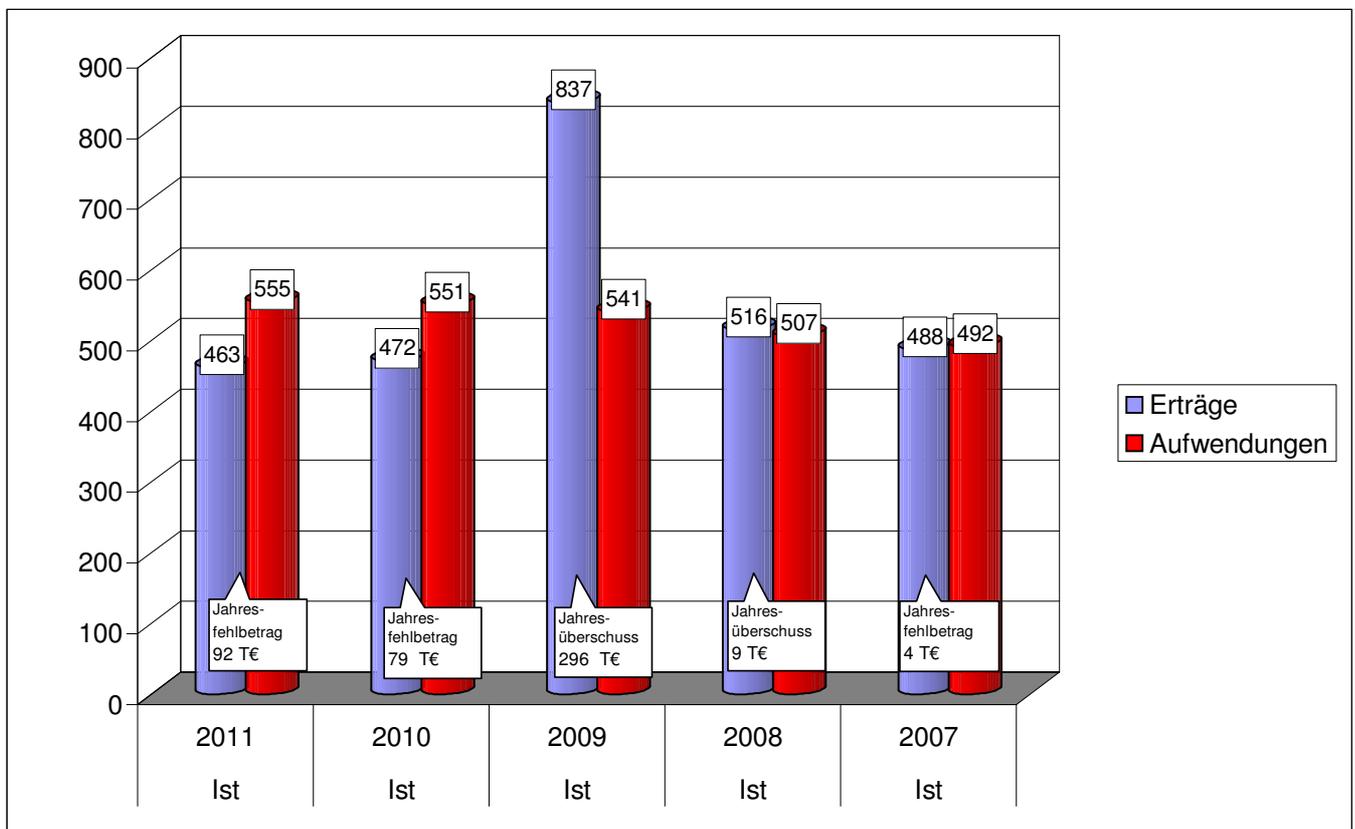
(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums GmbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	301	317	341	340	311	284	-23
2. Sonstige betriebliche Erträge	123	142	128	125	205	204	17
3. Betriebliche Erträge (1+2)	424	459	469	465	516	488	-6
4. Personalaufwand	-121	-121	-118	-121	-121	-123	0
5. Abschreibungen	-3	-4	-3	-6	-55	-3	2
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-383	-430	-430	-410	-309	-287	-20
7. Betriebsaufwand (4+5+6)	-507	-555	-551	-537	-485	-413	-18
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	4	3	9	0	0	-5
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	-4	-22	-18	4
10. Finanzergebnis (8+9)	4	4	3	5	-22	-18	-1
11. Außerordentliche Erträge	0	0	0	363	0	0	-363
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	-61	0
13. Außerordentliches Ergebnis (11+12)	0	0	0	363	0	-61	-363
14. Ergebnis vor Steuern (3+7+10+13)	-79	-92	-79	296	9	-4	-388
15. Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0	0	0
16. Jahresüberschuss (14+15)	-79	-92	-79	296	9	-4	-388

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. TechnologieZentrum GmbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage*					
Anlagenintensität in %	97,3%	99,4%	1,2%	1,6%	0,9%
Umlaufintensität in %	2,7%	0,4%	98,2%	98,2%	99,1%
Investitionsquote	1,4%	0,2%	6942,9%	55,6%	20,0%
Reinvestitionsquote	221,2%	7,3%	8100,0%	166,7%	25,0%
2. Finanzlage*					
Eigenkapitalquote in %	25,7%	7,4%	87,5%	88,9%	88,1%
Fremdkapitalquote in %	74,3%	72,1%	12,5%	8,6%	9,6%
Anlagendeckung I in %	26,4%	7,5%	7114,3%	5533,3%	9960,0%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	8 T€	-18 T€	-988 T€	-83 T€	-83 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-6,0%	2,8%	-23,2%	-16,8%	-20,0%
Eigenkapitalrentabilität	-2,9%	6,7%	1,8%	-15,9%	-18,5%
Gesamtkapitalrentabilität	2,8%	1,7%	52,5%	-14,1%	-16,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	43,2%	38,9%	35,6%	25,2%	26,4%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
	2007	2008	2009	2010	2011
Verlustübernahme	17.000 €	17.000 €	0 €	33.705 €	39.342 €

(Ab 2008 Darstellung des Aufwandes, welcher mit der Auszahlung identisch ist.)

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Str., 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	05.11.1992
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 22.09.2004, letzte Eintragung am 08.07.2008
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 46525
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Tourismusförderung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen. Dabei ist die Haftung der Gesellschaft auf einen bestimmten im Vorhinein festzulegenden Betrag begrenzt. Die Vorschriften des § 108 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen müssen eingehalten werden.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In die **Gesellschafterversammlung** entsenden:

- | | | | |
|---|--|----|-------------|
| - | der Rhein.-Berg.Kreis | | 9 Vertreter |
| - | die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je | 1 Vertreter |
| - | die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen | je | 1 Vertreter |
| - | die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rhein.Berg.Kreis | | 1 Vertreter |

Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Im Geschäftsjahr fanden 2 Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Gemäß dem am 07.10.2004 neu gefassten Gesellschaftervertrag sind Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war Herr Dr. Erik Werdel, Overath. Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.

Stellvertreter des Geschäftsführers ist seit dem 01.07.2009 Herr Prokurist Volker Suermann, welcher mit Gesamtvertretungsvollmacht bestellt wurde.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschafterversammlung hat mit Beschluss vom 22.09.2004 die Erhöhung des Stammkapitals auf **74.300 €** beschlossen, die am 21.12.2004 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Rhein.-Berg.Kreis	37.900	51,00
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,40
Gemeinde Kürten	1.040	1,40
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,50
Gemeinde Odenthal	1.040	1,40
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	7.800	10,50
Bensberger Bank, Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis in GbR	9.100	12,25

Zur Deckung etwaiger Verluste aus dem gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft außerhalb des Sondervermögens nach § 5 sowie außerhalb der Betätigungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft sich zur ganzen oder teilweisen Verlustdeckung verpflichtet hat, leistet der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft.

6. Beschäftigte

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 6 Mitarbeiter beschäftigt.

7. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HFI GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

8. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH ist Mieterin der Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH.

Die Jahresmiete betrug im Jahr 2011 EUR 26.247,24.

9. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 stellte sich die Gesellschaft als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die Tätigkeitsbereiche weisen einen planmäßigen Geschäftsverlauf auf.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagementsystem der RBW ist nach DIN ISO 9001 durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Im Jahr 2011 wurde ein neues Qualitätsmanagement-Handbuch der RBW erstellt. Daraufhin wurde die RBW im November 2011 erfolgreich einem umfassenden Nachauditierungsverfahren durch den TÜV Rheinland unterzogen. Die Handlungsfelder Existenzgründungsberatung, Unternehmenssicherung, Unternehmensförderung, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeflächenservice, Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit sowie sämtliche innere Strukturen wurden auf den Prüfstand gestellt und sehr positiv bewertet. Danach verfügt die RBW über ein hervorragendes Qualitätsmanagementsystem zertifiziert nach DIN ISO 9001 und ist in diesem Bereich für die Zukunft sehr gut aufgestellt.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2011 fort. Die RBW entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals im Jahr 2006 durchgeführt wurde.

In 2011 wurde das Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich weitere Vergleichswerte über die Jahre.

Auch hier zeigt sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsbereichen der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

10. Ertragssituation

Auf Grund des Gesellschaftszwecks ist die RBW nur bedingt in der Lage, Erträge zu erwirtschaften und muss andererseits zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks personelle und sachliche Ressourcen vorhalten, die, gemessen an den Erträgen, relativ hohe Aufwendungen verursachen. Deshalb sieht der Gesellschaftsvertrag eine jährliche Einlage durch die Gesellschafter vor, mit denen die Aufwandsüberhänge ausgeglichen werden können.

Die RBW erzielte in 2011 bei Betriebserträgen von 50.189,80 € (Vj.: 44.888,46 €) und Betriebsaufwendungen von 579.812,42 € (Vj.: 594.816,89 €) ein Betriebsergebnis von -529.622,62 € (Vj.: -549.948,43 €).

Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 55.012,80 € (Vj.: 47.534,98 €) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 474.609,82 € (Vj.: 502.393,45 €).

Die Verbesserung des Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch bedingt, dass im Vorjahr ein nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Finanzierung des Masterplans Tourismus von 29 T€ geleistet wurde und durch das Fehlen entsprechender Aufwendungen in 2011 die geringfügig angestiegenen laufenden Kosten mehr als kompensiert werden konnten.

Die Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr ist vor allem dadurch bedingt, dass die rückläufigen Zinserträge aus der Anlage liquider Mittel bzw. aus dem Public Leasing (bedingt durch das weiter abfallende Zinsniveau) durch Verbesserung der Refinanzierungskondition im Public Leasing (Umschuldung eines Teils der Refinanzierungskredite Ende des vorangegangenen Jahres) überkompensiert werden konnten.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.192 T€ auf 3.175 T€ zum Bilanzstichtag vermindert hat, da die gewährten Gesellschafterbeiträge in 2011 mit 458 T€ unter dem Jahresfehlbetrag von 475 T€ lagen.

11. Ausblick

Künftige Entwicklung der Gesellschaft einschließlich der Chancen und Risiken

Gemäß dem Wirtschaftsplan plant die RBW für 2012 bei etwa insgesamt konstanten Betriebs- und Zinserträgen mit Personal- und Sachkosten von rund 542 T€. Unter Berücksichtigung der Einlage des Rheinisch-Bergischen Kreises von 458 T€ für 2012 ergäbe sich dann ein ausgeglichenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben in 2012.

Insgesamt nahezu identisch sehen auch die Wirtschaftspläne für die Jahre 2013 ff. aus.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass die RBW im Hinblick auf die ihr gestellten Aufgaben und trotz dessen, dass sie auf Grund ihrer Geschäftstätigkeit keine Gewinne erzielen kann, nur durch einen stringenten Sparkurs und einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden kann, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Dennoch ist die Gesellschaft nur dann langfristig existenzfähig, wenn die seit 2004 bestehende Deckelung des Zuwendungsbetrages durch die Gesellschafter unter Berücksichtigung stetig steigender Personalaufwendungen und sonstiger Kosten eine regelmäßige Anpassung erfährt.

Hinsichtlich der Risiken der Geschäftstätigkeit wurde bezogen auf die beiden Public-Leasing-Projekte in den letzten Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass die RBW zur Absicherung des Ausfallrisikos Rücklagen aus den Mietsonderzahlungen und aus der Zinsertragsmarge von Public Leasing bilden sollte. Auf Grund der Ertrags- und Kostensituation ist dies auch in 2011 nicht gelungen.

Die Reduzierung des Risikos ergibt sich zum einen durch die potentielle Verwertbarkeit der Objekte, die planmäßige Tilgung der Leasingraten sowie durch eine kontinuierliche kaufmännische Beobachtung und Begleitung der beiden Unternehmen. Eine Absicherung der Gesellschaft ist für den Public Leasing-Bereich zusätzlich über die Bürgschaften der Stadt Rösrath gegeben. Das Geschäftsfeld Public Leasing wurde durch Beschluss im Jahr 2003 aufgegeben.

Die Frage über die Umsatzsteuerbehandlung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen ist in Nordrhein-Westfalen auch im Jahr 2011 noch nicht abschließend beantwortet worden. Zur Verringerung des umsatzsteuerlichen Risikos beschloss die Gesellschafterversammlung im Dezember 2011 klarstellende Anpassungen im Gesellschaftsvertrag. Die notarielle Beurkundung dieser Beschlüsse erfolgt im Jahr 2012.

Wirtschaftliche Daten der Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

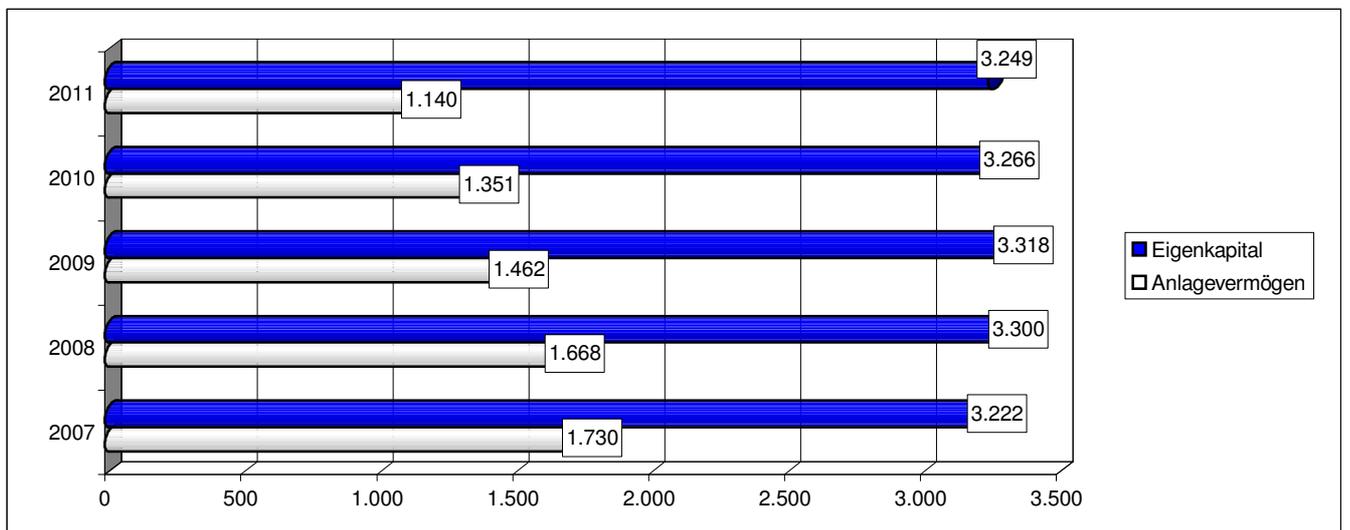
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

Angaben in T€

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	68	54	41	37	10	-27
Sachanlagen	20	30	25	32	25	-7
Finanzanlagen	1.642	1.584	1.396	1.282	1.105	-177
Anlagevermögen	1.730	1.668	1.462	1.351	1.140	-211
Vorräte	0	0	0	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	388	579	883	402	458	56
Flüssige Mittel	2.663	2.648	2.481	2.930	2.946	16
Umlaufvermögen	3.051	3.227	3.364	3.332	3.404	72
akt. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	4.781	4.895	4.826	4.683	4.544	-139

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	74	74	74	74	74	0
Kapitalrücklage	3.148	3.226	3.244	3.192	3.175	-17
Bilanzgewinn	0	0	0	0	0	0
Einlagen zur Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	3.222	3.300	3.318	3.266	3.249	-17
SoPo Invest.zuschüsse zum AV	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	64	75	72	67	76	9
Verbindlichkeiten	1.495	1.520	1.436	1.350	1.219	-131
Bilanzsumme	4.781	4.895	4.826	4.683	4.544	-139

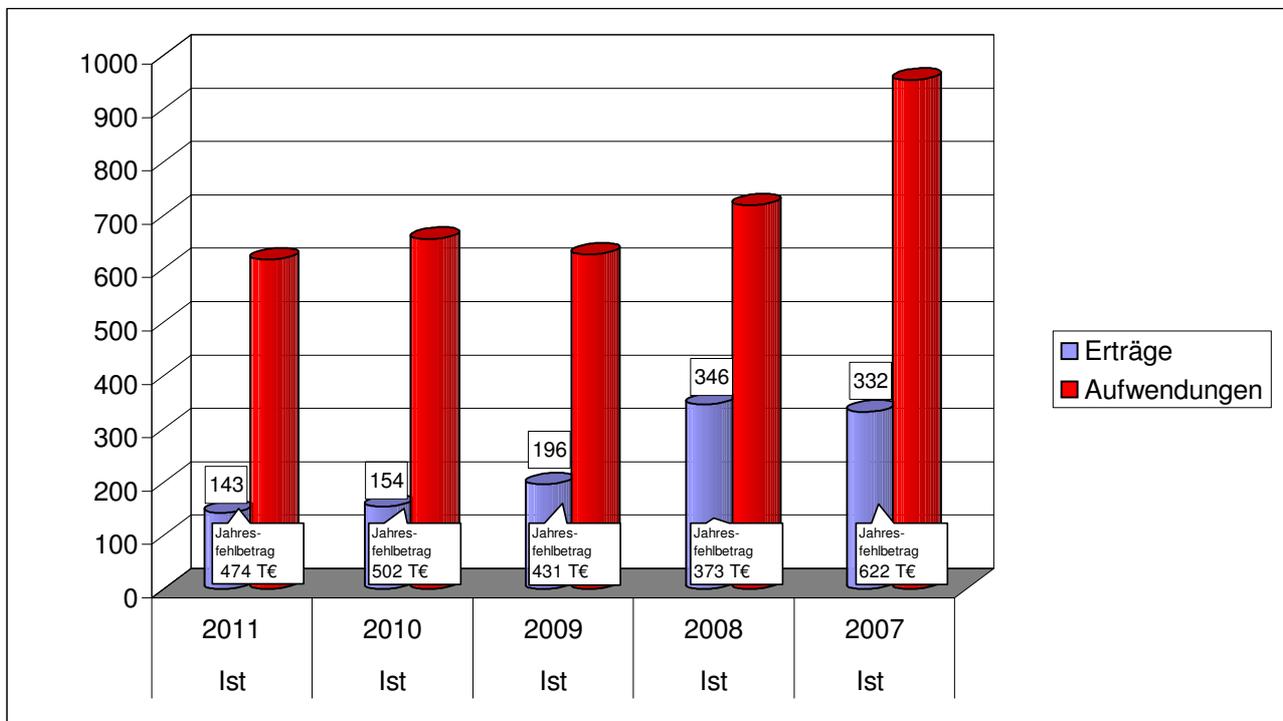
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. Sonderposten für Investitionszuschüsse)



Gewinn- und Verlustrechnung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

in T€	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	26	35	27	25	26	25	8
2. Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	17	66	89	106	112	97	-23
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	43	101	116	131	138	122	-15
5. Materialaufwand	0		0	0	0	0	0
6. Personalaufwand	-329	-316	-313	-296	-299	-297	-3
7. Abschreibungen	0	-12	-20	-21	-25	-24	8
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-242	-252	-261	-231	-311	-544	9
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-571	-580	-594	-548	-635	-865	14
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	42	38	65	208	210	4
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-37	-62	-79	-84	-89	25
12. Finanzergebnis (10+11)	25	5	-24	-14	124	121	29
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (13+14)	0						
16. Ergebnis vor Steuern (4+9+12+15)	-503	-474	-502	-431	-373	-622	28
17. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
18. Jahresüberschuss (16+17)	-503	-474	-502	-431	-373	-622	28

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	36,2%	34,1%	30,3%	28,8%	25,1%
Umlaufintensität in %	63,8%	65,9%	69,7%	71,2%	74,9%
Investitionsquote	6,0%	10,9%	0,2%	1,7%	0,2%
Reinvestitionsquote	429,2%	728,0%	14,3%	115,0%	16,7%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	67,4%	67,4%	68,8%	69,7%	71,5%
Fremdkapitalquote in %	32,6%	32,6%	31,2%	30,3%	28,5%
Anlagendeckung I in %	186,2%	197,8%	226,9%	241,7%	285,0%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-729 T€	-427 T€	-410 T€	-482 T€	-439 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-2488,0%	-1434,6%	-1711,7%	-1835,3%	-1361,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	-19,3%	-11,3%	-13,0%	-15,4%	-14,6%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-11,1%	-5,9%	-7,3%	-9,4%	-9,6%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	1188,0%	1150,0%	1316,0%	1265,4%	902,9%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
	2008	2009	2010	2010	2010

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Kreishaushaltes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Borngasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.01.1997
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.12.1996 mit Änderung vom 22.11.2001
Handelsregister	HR B 46868 beim Amtsgericht Köln (bis 30.11.2002 HR B 4597 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach, letzte Eintragung vom 20.03.2003)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Stadt hat ihren Regiebetrieb "Städtische Bäder" per 06.10.1997 gemäß § 126 Umwandlungsgesetz (UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme in die Bädergesellschaft eingebracht.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates. Im Geschäftsjahr 2011 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Aufsichtsrat

Vorsitzender des Aufsichtsrates:

Lutz Urbach, Bürgermeister zu Bergisch Gladbach

Aufsichtsratsmitglieder:

Dr. Peter Baeumle-Courth, MdR, Bergisch Gladbach

Dr. Reimer Fischer, MdR, Bergisch Gladbach

Dr. Wolfgang Mieke, MdR, Bergisch Gladbach

Peter Mömkes, MdR, Bergisch Gladbach
Felix Nagelschmidt, MdR, Bergisch Gladbach
Gerhard Neu, MdR, Bergisch Gladbach

Im Geschäftsjahr 2011 fanden 4 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Günter Hachenberg, Dipl.-Verwaltungswirt. Die Altersversorgung ist durch die Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln abgesichert.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.113.000 €. Das Stammkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- a) eine Stammeinlage von 25.565 €
- b) eine Stammeinlage von 5.087.435 €

Die Stammeinlage unter a) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei Gründung durch Barleistung übernommen.

Die Stammeinlage unter b) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei der Kapitalerhöhung vom 13.08.1997 übernommen und leistet sie dadurch, dass sie ihren Bäderbetrieb als Ganzes mit den dazugehörigen Aktiva und Passiva im Wege einer Ausgliederung nach §§ 168 ff, 123 ff UmwG in die Gesellschaft eingebracht hat.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2011 waren bei der Gesellschaft 20 Mitarbeiter (Vorjahr: 20) beschäftigt. Weiterhin werden Aushilfskräfte nach Bedarf, hauptsächlich während der Freibadsaison eingesetzt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte wie in den Vorjahren die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen keine entsprechenden Leistungsbeziehungen vor.

8. Geschäftsverlauf

Das Gesamtergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.273 auf - TEUR 728 verschlechtert. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem das gegenüber dem Vorjahr geringere

Neutrale Ergebnis (- TEUR 1.104), bedingt durch eine im Vorjahr durchgeführte Wertaufholung bei den Wertpapieren (TEUR 852) sowie eine Auflösung von Rückstellungen (TEUR 202). Das Betriebsergebnis (EBIT) selbst verminderte sich um - TEUR 84. Grund hierfür waren die verminderten Umsatzerlöse (- TEUR 60), der höhere Material- (TEUR 26) und Personalaufwand (TEUR 21), die höheren Vertriebsaufwendungen (TEUR 1) und eine Verminderung bei den Übrigen Betriebserträgen (- TEUR 25). Dagegen standen Einsparungen durch die Verminderungen bei den planmäßigen Abschreibungen (- TEUR 21) und Minderaufwendungen bei den Verwaltungs- (- TEUR 5) und übrigen Betriebsaufwendungen (- TEUR 23). Der Rückgang des Finanzergebnisses um - TEUR 87 auf TEUR 772 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Geschäftsjahr 2011 die Ausschüttung der ordentlichen Erträge aus den Wertpapieren um TEUR 93 gegenüber dem Vorjahr geringer ausfiel, die durch die Einsparung bei den Zinsaufwendungen (- TEUR 6) nicht voll kompensiert werden konnten.

Die Verminderung der Umsatzerlöse um 60 T€ (= -4,8 %) beruht im Wesentlichen auf der Verminderung der Besucherzahlen um 7,8 %, die sich vornehmlich im Freibad Milchborntal auf Grund der schlechten Witterungsverhältnisse im Sommer 2011 ergab.

Im Materialaufwand sind überwiegend frequenz- und außentemperaturabhängige Energiekosten enthalten. Die Erhöhung um 26 T€ (= + 3,4%) beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Gaskosten, die sich um 55,1 % verteuerten, wobei der Kostenanstieg sowohl auf den Mehrverbrauch als auch auf die Erhöhung des Gaspreises zurückzuführen ist.

Die betrieblichen Aufwendungen verminderten sich insgesamt geringfügig um 27 T€ (= 1,1%). Hierbei stehen den Mehraufwendungen bei Personalkosten von 21 T€ (= + 1,8%) und Vertriebskosten von 1 T€ (= + 1,3%) insbesondere Minderaufwendungen bei Abschreibungen von 21 T€ (= - 3,3 %) und übrigen Betriebsaufwand von 23 T€ (= - 4,7%) gegenüber.

Die abgesetzten übrigen Betriebserträge enthalten im Wesentlichen eine Ausgleichszahlung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 69 T€ (i.V. 74 T€) für nicht anfallende ordentliche Fondsausschüttungen aufgrund der Ende 2002 erfolgten Finanzierung einer Ausschüttung an die Alleingesellschafterin durch Fondsverkäufe in Höhe von 2.500 T€.

Das Betriebsergebnis (EBIT) verschlechterte sich demzufolge gegenüber dem Vorjahr um 84 T€ (= -4,7 %) und weist weiterhin eine hohe Unterdeckung von 1.867 T€ aus.

Die Zahlungsfähigkeit während des Geschäftsjahres und zum Abschluss-Stichtag war jederzeit gegeben, nicht zuletzt durch einen Tagesgeldkredit, der zum Jahresultimo mit EUR 3,0 Mio. in Anspruch genommen war. Der Kreditrahmen hierfür beträgt derzeit EUR 3,5 Mio., davon sind EUR 2,5 Mio. abgesichert durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bergisch Gladbach und EUR 1,0 Mio. über eine Absicherung in Höhe von EUR 1,67 Mio. durch das Wertpapierdepot bei der Kreissparkasse Köln.

9. Leistungsdaten

Im Geschäftsjahr 2011 zählte die Bädergesellschaft insgesamt **328.178 Besucher** (Vj: 355.853 Besucher).

Nachstehend sind die relevanten Daten des Jahres 2011 zu den einzelnen Bädern im Detail aufgeführt:

	2011	2011	2010	2010	Veränderung	
	Besucher Anzahl	Erlöse EUR	Besucher Anzahl	Erlöse EUR	Besucher Anzahl	Erlöse EUR
Komibad Paffrath	235.707	1.033.637	245.460	1.012.928	-9.753	20.709
Hallenbad Stadtmitte	61.788	5.015	60.190	9.610	1.598	-4.595
Freibad Milchbornthal	22.426	72.480	41.609	148.290	-19.183	-75.810
Sauna/Solarium	8.257	88.871	8.594	89.646	-337	-775
	328.178	1.200.003	355.853	1.260.474	-27.675	-60.471

Insgesamt wurde eine Verminderung der Besucherzahlen um - 7,8 % und der Erlöse um - 4,8 % registriert.

Der einfache durchschnittliche Vollkostenzuschuss/Besucher für die 3 durch die Bäder-GmbH betriebenen Bäder beträgt demnach 2011 6,59 Euro.

Als Vergleich, die aktuell vorliegende Referenzzahl der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen aus dem bundesweiten überörtlichen Betriebsvergleich der Bäder und anderen Ermittlungen, liegt bei 8,75 Euro.

Da die Referenzzahl der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen zum Zeitpunkt der Bilanzveröffentlichung noch das Vorjahr (hier 2010) erfasst, ist die bundesweit schlechte Freibadsaison 2011, die den guten Durchschnitt der Bäder-GmbH des Jahres 2010 von 3,93 Euro auf 6,59 Euro verschlechterte, noch nicht einmal in der hier vorliegenden Referenzzahl von 8,75 Euro berücksichtigt.

10. Berichterstattung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist tätig in den Bereichen Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Da die Gesellschaft auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglichen soll, sind die Benutzungsentgelte sozial verträglich gestaltet. Schule und Vereine nutzen die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich noch unentgeltlich.

11. Ausblick

Mit flexiblen, witterungsabhängigen Öffnungszeiten im Freibadbereich (Freibad Milchbornthal) und angepasstem Personaleinsatz versucht die Bädergesellschaft die Kosten weiter zu reduzieren und den stark wetterabhängigen Schwankungen bei den Umsatzerlösen in den Freibadbereichen zu begegnen. Gleichzeitig wird versucht, die Umsatzschwankungen im Freibadbereich über Kurse, Gesundheitsprogramme, etc. und den steigenden Verkauf von Badeartikeln auszugleichen.

Ein Risiko würde sich ergeben, wenn die Liquiditätsreserven für die zeitgerechten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr ausreichen. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich die flüssigen Mittel aus den Bädereinnahmen und aus den ordentlichen Ausschüttungen der beiden Spezialfonds zur Verfügung. Außerdem kann die Gesellschaft auf eine Kreditlinie von

EUR 3,5 Mio. zurückgreifen. Eine weitere Möglichkeit der Liquiditätssicherung wäre auch die Ausschüttung außerordentlicher Fondserträge nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat.

Positive Ergebniseffekte erwartete die Geschäftsführung durch eine weitere Forcierung des Angebotes mit attraktiven Segmenten für die Öffentlichkeit. So ist beabsichtigt, die vorhandene starke Marktposition in der Region im Bereich der Sport- und Familienbäder zu halten bzw. weiter auszubauen. Des Weiteren werden die Anstrengungen zur Kosteneinsparung und Effizienzverbesserung weiter fortgesetzt, um den Kostendeckungsgrad sukzessive zu verbessern. Auch geht die Geschäftsführung zukünftig von einer weiteren nachhaltigen hohen Besucherfrequenz aus, die bei gleichzeitiger struktureller Kosteneinsparung eine Reduzierung der Unterdeckung im operativen Bereich verspricht.

Für das Folgejahr prognostizieren die Fondsmanager eine Ausschüttung an ordentlichen Erträgen von TEUR 1.044. Wie in den Vorjahren wird diese Quersubvention nach den im Wirtschaftsplan für 2012 prognostizierten Zahlen nicht ausreichen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen.

Wirtschaftliche Daten der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

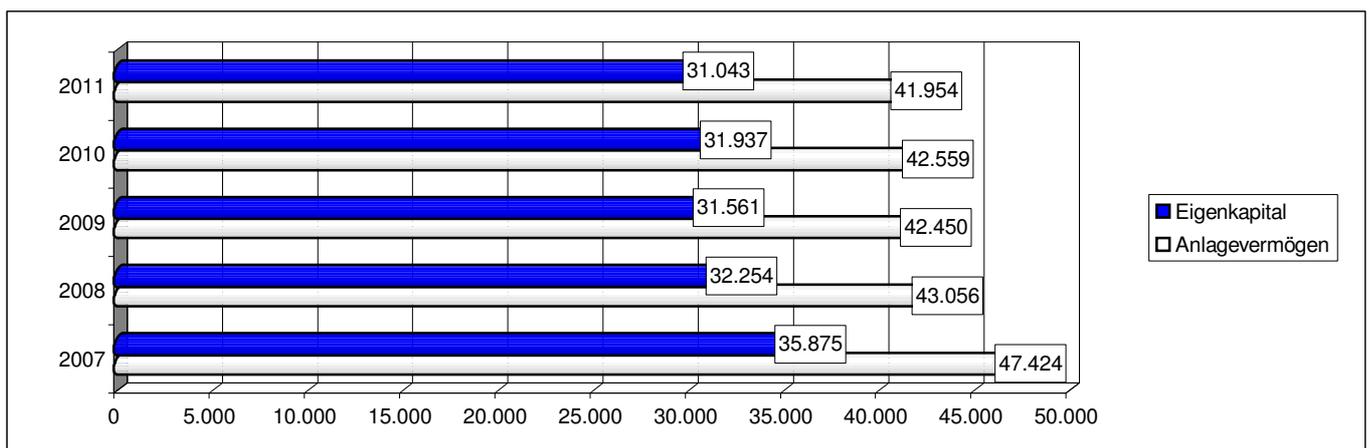
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2	1	1	0	-1
Sachanlagen	9.661	8.196	7.591	6.848	6.244	-604
Finanzanlagen	37.763	34.858	34.858	35.710	35.710	0
Anlagevermögen	47.424	43.056	42.450	42.559	41.954	-605
Vorräte	6	9	7	7	8	1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.215	843	785	661	609	-52
Flüssige Mittel	9	4	7	38	50	12
Umlaufvermögen	2.230	856	799	706	667	-39
Rechnungsabgrenzungsposten	3	9	9	9	5	-4
Bilanzsumme	49.657	43.921	43.258	43.274	42.626	-648

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	5.113	5.113	5.113	5.113	5.113	0
Kapitalrücklage	14.409	14.409	14.409	14.409	14.409	0
Gewinnrücklagen	17.148	14.362	10.915	10.941	10.941	0
Jahresfehlbetrag	-2.786	-3.447	-519	0	-728	-728
Eigenkapital	33.884	30.437	29.918	30.463	29.735	-728
Sonderposten für Zuwendungen	3.981	3.633	3.285	2.947	2.615	-332
Rückstellungen	612	360	363	167	129	-38
Verbindlichkeiten	11.180	9.491	9.692	9.697	10.147	450
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	49.657	43.921	43.258	43.274	42.626	-648

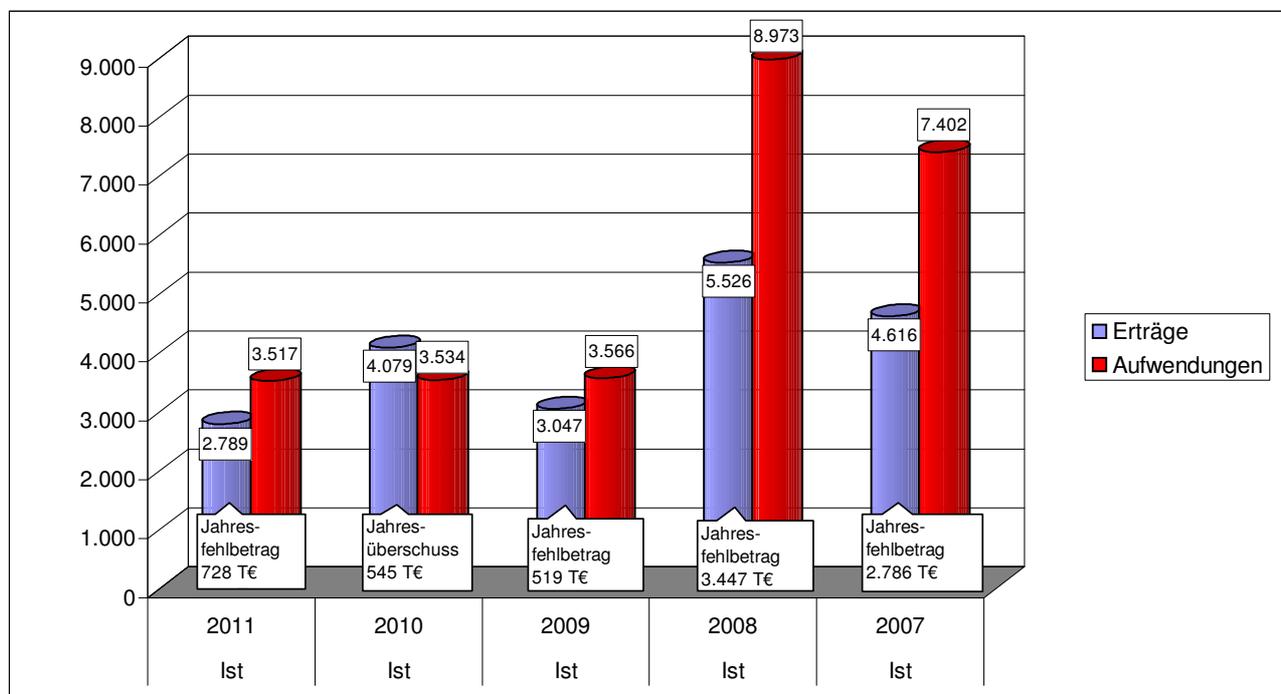
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. 1/2 des Sonderpostens für Zuwendungen)



Gewinn- und Verlustrechnung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Plan 11
1. Umsatzerlöse	1.367	1.200	1.260	1.288	1.172	936	-167
2. Sonstige betriebliche Erträge	41	510	797	474	2.103	1.027	469
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.408	1.710	2.057	1.762	3.275	1.963	302
4. Materialaufwand	-941	-786	-760	-804	-865	-722	155
5. Personalaufwand	-1.125	-1.159	-1.138	-1.079	-1.019	-1.082	-34
6. Abschreibungen	-299	-613	-633	-646	-3.555	-682	-314
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-492	-629	-681	-635	-3.023	-4.242	-137
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-2.857	-3.187	-3.212	-3.164	-8.462	-6.728	-330
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.205	1.077	1.170	1.282	2.251	2.653	-128
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-299	-305	-310	-389	-479	-624	-6
11. Finanzergebnis (9+10)	906	772	860	893	1.772	2.029	-134
12. Außerordentliche Erträge	10	0	852	0	0	0	-10
13. Außerordentliche Aufwendungen	-63	0	0	0	0	0	63
14. Außerordentliches Ergebnis (12+13)	-53	0	852	0	0	0	53
15. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	-596	-705	557	-509	-3.415	-2.736	-109
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	2	0	3	0	0	2
17. Sonstige Steuern	0	-25	-12	-13	-32	-50	-25
18. Jahresüberschuss (15+16+17)	-596	-728	545	-519	-3.447	-2.786	-132

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



Kennzahlen im Überblick/Bädergesellschaft mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	95,5%	98,0%	98,1%	98,3%	98,4%
Umlaufintensität in %	4,5%	1,9%	1,8%	1,6%	1,6%
Investitionsquote	0,6%	0,01%	0,1%	0,2%	0,02%
Reinvestitionsquote	8,2%	0,1%	6,3%	10,7%	1,1%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	72,2%	69,3%	69,2%	70,4%	69,8%
Fremdkapitalquote in %	27,8%	30,7%	30,8%	29,6%	30,2%
Anlagendeckung I in %	75,6%	70,7%	70,5%	71,6%	70,9%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	64 T€	-341 T€	-19 T€	- 292 T€	-360 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-509,1%	-418,1%	-137,9%	-141,5%	-155,6%
Eigenkapitalrentabilität in %	-7,8%	-11,3%	-1,7%	1,8%	-2,4%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-4,4%	-6,8%	-0,3%	2,0%	-1,0%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	115,6%	86,9%	83,8%	90,3%	96,6%
Haushalt					
Kernhaushalt/ Finanzplan	2007	2008	2009	2010	2011
Entgeltzahlung der Stadt für Überlassung Wasserflächen für Schwimmkurse	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Ausgleichszahlung FB 5 + Benutzungsentgelt Schulen		-12.186 €	-12.472 €	-9.714 €	-5.555 €
Ausgleichszahlung Zinsen	-94.504 €	-92.039 €	-81.382 €	-74.189 €	-68.267 €
Grundbesitzabgaben und Grundsteuer					34.815 €
Einnahmen Stadt aus Verrechnungen*	0 €	40.110 €	30.418 €	45.916 €	117.493 €
Saldo	-94.504 €	-64.115 €	-63.436 €	-37.987 €	78.486 €

Ab dem Jahr 2008 sind nicht mehr Aus- und Einzahlung, sondern Aufwand und Ertrag dargestellt.

* In den Einnahmen der Stadt aus Verrechnung sind Erträge des Abfallwirtschaftsbetrieb enthalten.

Stellenplan Bädergesellschaft	2007	2008	2009	2010	2011
--------------------------------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Stellenanteil der nicht mehr im Sammelnachweis enthalten ist

22,75 Stellen 20,75 Stellen 20,00 Stellen 20,00 Stellen 20,00 Stellen

BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH
Sitz	Senefelderstr. 15, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	27.Mai 1997 (Gesellschaftsvertragsabschluss), letzte Änderung des Gesellschaftsvertrags am 22. Dezember 1997
Handelsregister	HR B-Nr. 46936 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst die Errichtung und den gewerbsmäßigen Betrieb eines Eisenbahnverkehrsunternehmens zur Güterbeförderung sowie die Errichtung und den gewerbsmäßigen Betrieb eines Eisenbahn-Infrastrukturunternehmens zur Güterlagerung und Güterverladung.

Das Eisenbahn-Güterverkehrsunternehmen steht im Rahmen des Gesellschaftszweckes jedermann zur Verfügung. Das Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen ist in seiner Eigenschaft zweckgebunden und demzufolge nicht öffentlich.

Das Logistikzentrum in Bergisch Gladbach ist seit 1999 und das Logistikzentrum in Düren, welches Ende März 2013 stillgelegt wurde, war 2001 in Betrieb.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann insbesondere Zweigniederlassungen oder Gesellschaften errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die von den Gesellschaftern in den Angelegenheiten der Gesellschaft zu treffenden Bestimmungen und Entscheidungen erfolgen durch Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der bei Beschlussfassung abgegebenen Stimmen, es sei denn, Gesetz oder Gesellschaftsvertrag schreiben zwingend eine grössere Mehrheit vor. Je 500 € Nominalbetrag eines Geschäftsanteils geben eine Stimme. Im Jahr 2011 hat eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Die Stadt Bergisch Gladbach wird in der Gesellschafterversammlung vertreten durch Herrn Bernd Martmann, Leiter Fachbereich 8. Stellvertretendes Mitglied ist Herr Martin Westermann, Fachbereich 8.

8. Geschäftsverlauf

Die gute Liquiditätslage der Gesellschaft führte im Geschäftsjahr 2012 zu einer Darlehen-Sondertilgung. So konnte ein Teildarlehen bei der DVB i.H.v. 148 T€, sowie das Darlehen bei der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH i.H.v. 831 T€ vorzeitig getilgt werden. Neben den geplanten Instandhaltungs- und Wartungstätigkeiten entstanden keine ungeplanten Reparaturen oder Sanierungen.

Es wurden 132.478 t (Vorjahr 234.615 t) für das Werk Gohrsmühle der M-real Zanders GmbH, Bergisch Gladbach auf der Schiene abgewickelt. Dies entspricht 53 % der erwarteten Menge (250.000 t).

Für die Werke Reflex und Kanzan in Düren wurden insgesamt 51.015 t (Vj. 81.566 t) auf dem Schienenweg transportiert. Dies entspricht 60 % der erwarteten Menge (85.000 t). Ergänzend dazu wurden mit demselben Zug für das Jahr 2011 Drittmengen in Höhe von 75.980 t (Vorjahr 48.623 t) in den Raum Lendersdorf, 80.892 t (Vorjahr 47.288 t) in den Raum Zülpich und 76.966 t (Vorjahr 50.253 t) in den Raum Jülich transportiert. Diese Mengen konnten nur deshalb auf die Schiene verlagert werden, weil sich die Anhängung dieser Transporte an den bestehenden Zugverkehr nach wie vor wirtschaftlicher darstellt als vergleichbare LKW-Transporte.

Insgesamt unterschritt das kumulierte Transportvolumen im Geschäftsjahr 2011, sowohl für Bergisch Gladbach als auch für Düren, die mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarten Mindestfrachtmengen.

Die Rhenus Logistics GmbH hat eine Verlängerung der Logistikverträge für Bergisch Gladbach und Düren über den 31.12.2012 hinaus abgelehnt und seine Aktivitäten in den Logistikzentren sowohl in Bergisch Gladbach wie auch in Düren zum Jahresende 2012 eingestellt.

Ende 2012 wurde seitens Reflex Premium Papers beschlossen, das Logistikzentrum in Düren nicht mehr zu nutzen. Konsequenterweise ist der Betreiber des Hochregallagers zum Jahresende 2012 eingestellt worden. Das Hochregallager wird von der Gesellschaft zum 31.12.2013 stillgelegt.

Der Betrieb des Logistikzentrums in Bergisch Gladbach wird ohne Einschränkung durch die Gesellschaft als Dienstleistung für die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH fortgesetzt. Die Gesellschaft hat dazu das notwendige Personal von der Rhenus Logistics GmbH übernommen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen entsprechen im Wesentlichen denen des Logistikvertrages zwischen der Rhenus Logistics GmbH und der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH. Der Dauernutzungsvertrag wird in seiner Laufzeit an den Logistikvertrag angepasst.

Die Neuausrichtung der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH wird Auswirkungen auf die zukünftige Schienenmengen haben. Gespräche mit anderen Partnern über alternative sollen dazu beitragen, weiterhin Bahn-mengen für das Terminal in Bergisch Gladbach zu generieren. Sobald die produktionstechnischen und logistischen Konzepte von METSÄ BOARD ZANDERS GmbH und Dritten beschlossen sind, werden die Auswirkungen auf die Schienenmengen neu zu bewerten sein. Die Gesellschaft und die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH sind grundsätzlich bereit, an einem Bahnkonzept festzuhalten.

9. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2011 endet mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **670 T€** (Vorjahr 201 T€).

Die Ergebnisverbesserung resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Umsatzerlöse um 194 T€ auf 4.512 T€ und einem Rückgang der Abschreibungen um 176 T€ auf 2.634 T€.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich um das positive Jahresergebnis von 670 T€ auf 545 T€ vermindert. Die Eigenkapitalquote bleibt unter Einbezug des Eigenkapitals am Sonderposten im Vorjahresvergleich bei 5%.

Der Finanzmittelbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 15 T€ auf 928 T€ erhöht.

10. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH eingebunden. Gefahren für die Gesellschaft werden so identifiziert und untersucht.

Die Gesellschaft unterliegt aufgrund der Art ihrer Geschäftstätigkeit nahezu keinen Währungsrisiken. Aufgrund der Debitorenstruktur sind keine wesentlichen Ausfallrisiken gegeben.

Die Investitionen der Gesellschaft wurden teilweise durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen, teilweise durch Darlehen finanziert. Die Fördergelder sind an bestimmte Mindestfrachttonnagen für die Standorte Bergisch Gladbach und Düren gebunden.

Um unterschiedliche Auffassungen über die in den Bescheiden geforderten Mindestfrachtmengen auszuräumen, hatte die Gesellschaft am 19.12.2007 mit dem Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung NRW einen Vertrag geschlossen. Die Gesellschaft verpflichtet sich darin 250 T€ an das Ministerium zu zahlen. Die Mengenverpflichtung für Düren und Bergisch Gladbach wurden im Gegenzug reduziert und neu festgelegt.

Sollten die neuen Verpflichtungsmengen für Düren oder für Bergisch Gladbach kumuliert bis November 2012 nicht erreicht werden, muss die Gesellschaft einmalig eine Zahlung von maximal 600 T€ an das Ministerium (100 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung Düren und 500 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung Bergisch Gladbach) leisten. Weiterer Rückforderung wegen Mengenunterschreitung sind ausgeschlossen.

Gemäß Vertrag zwischen der BGE und der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH vom 19.12.2007 erklärt sich der Gesellschafter METSÄ BOARD ZANDERS GmbH bereit, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Gesellschaft im Falle einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen dieser nachkommen kann.

Die Gesellschaft hat zur Absicherung der noch anstehenden Finanzierungskosten für das Güterterminal Logistikzentrum Reflex in Düren einschließlich der Stilllegungskosten des Hochregallagers am 20./21.12.2012 einen Vertrag mit der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH geschlossen, wonach die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH sämtliche damit verbundene Kosten trägt. Die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH und die Gesellschaft planen, den Dauernutzungsvertrag über das Grundstück in Düren zum 30.06.2013 vorzeitig aufzulösen. Die von der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH übernommenen Finanzierungskosten werden

auf eine eventuelle Entschädigung der Gesellschaft bei vorzeitiger Beendigung des Dauernutzungsvertrages angerechnet. Eine Rückzahlungsverpflichtung der Gesellschaft für den Fall, dass die Entschädigung geringer ausfallen sollte als die übernommenen Finanzierungskoten besteht nicht.

11. Voraussichtliche Entwicklung

Der in der Investitionsphase der Gesellschaft aufgelaufene Verlustvortrag wird in den Folgejahren entsprechend dem Geschäftsplan aufgrund steigender Betriebsergebnisse und verbesserter Finanzergebnisse ausgeglichen. Die steigenden Betriebsergebnisse resultieren aus einer Abnahme der Abschreibungen, bedingt durch das Auslaufen der Abschreibungen auf kurzfristige Investitionsgüter aus den Jahren 1999ff. Bei den aufgenommenen Darlehen handelt es sich im wesentlichen um Annuitätendarlehen, hier nehmen im Laufe der Jahre die Zinsbelastung ab und der Tilgungsanteil zu. Dies führt dazu, dass sich das Finanzergebnis aufgrund sinkender Zinsbelastungen kontinuierlich verbessert.

Laut dem vorliegenden Geschäftsplan wird der Verlustvortrag voraussichtlich im Jahr 2013 vollständig ausgeglichen werden.

Der für die Beurteilung der Liquidität der Gesellschaft maßgebliche Finanzplan, aufgestellt bis zum Jahr 2013, sieht für die folgenden Jahre ein ausgewogenes Verhältnis von Einzahlungen und Auszahlungen vor. Die Umsatzerlöse und Aufwendungen haben sich im Zuge der beschriebenen Maßnahmen in 2012 um ca. ein Drittel reduziert und werden in 2013 weiter zurückgehen.

Die Lage der Gesellschaft ist im Wesentlichen von der Lage der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH sowie der Umsetzung der von ihr geplanten Ergebnisverbesserungsmaßnahmen abhängig. Die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH hat im Rahmen eines Sanierungskonzepts nach IDW S 6 in 2012 dargelegt, dass sie im Hinblick auf die Maßnahmen sanierungsfähig ist. Die Lage der METSÄ BOARD ZANDERS GmbH ist außerdem von der Liquiditätslage des METSÄ-BOARD-Konzerns abhängig. Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung ist außerdem, dass sich die allgemeine wirtschaftliche Lage, z.B. Euro- und Schuldenkrise, nicht signifikant verschlechtert. Die Gesellschafterin Rhenus Logistics GmbH hat mir Wirkung zum 31.12.2012 ihre Geschäftsanteile an der Gesellschaft an die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH verkauft und es ist davon auszugehen, dass die HGK im Laufe des Jahre 2013 ebenfalls ihre Anteile an der Gesellschaft an die METSÄ BOARD ZANDERS GmbH veräußern wird.

Wirtschaftliche Daten der BGE Eisenbahn Güterverkehr Gesellschaft mbH

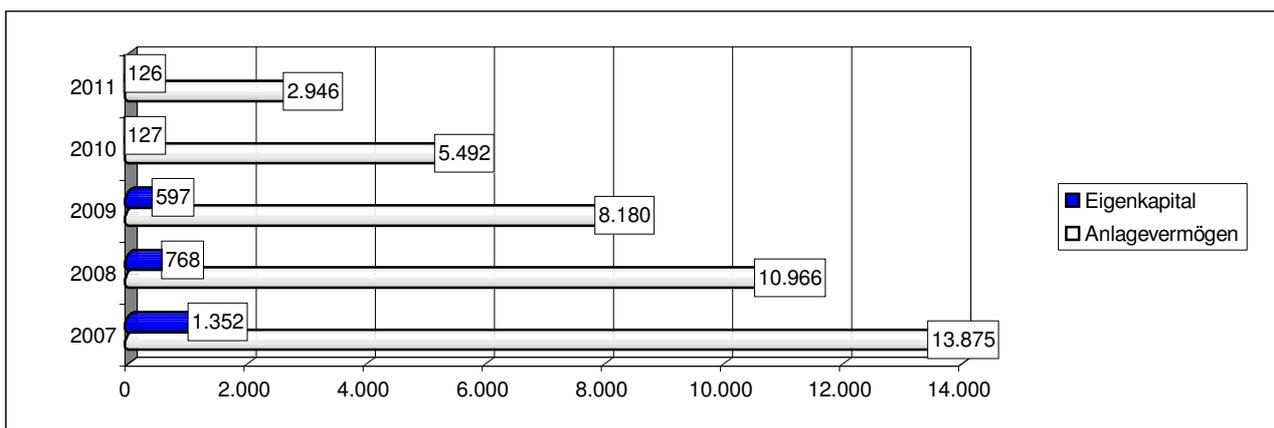
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)

Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände	67	90	65	51	66	15
Sachanlagen	13.808	10.876	8.115	5.441	2.880	-2.561
Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	13.875	10.966	8.180	5.492	2.946	-2.546
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	295	277	62	105	139	34
Flüssige Mittel	581	351	618	913	928	15
Umlaufvermögen	876	628	680	1.018	1.067	49
Rechnungsabgrenzungsposten	1	62	60	74	57	-17
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	2.003	1.916	1.416	1.215	545	-670
Bilanzsumme	16.755	13.572	10.336	7.799	4.615	-3.184

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	511	511	511	511	511	0
Verlustvortrag	-2.523	-2.514	-2.427	-712	-1.182	-470
Jahresfehlbetrag/ Jahresabschluss	9	87	500	2.001	670	-1.331
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	2.003	1.916	1.416	1.215	545	-670
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0
Sonderposten mit Rücklageanteil	5.592	4.474	3.355	2.237	1.119	-1.118
Rückstellungen	67	63	97	174	231	57
Verbindlichkeiten	10.644	8.565	6.414	4.918	2.795	-2.123
Rechnungsabgrenzungsposten	452	470	470	470	470	0
Bilanzsumme	16.755	13.572	10.336	7.799	4.615	-3.184

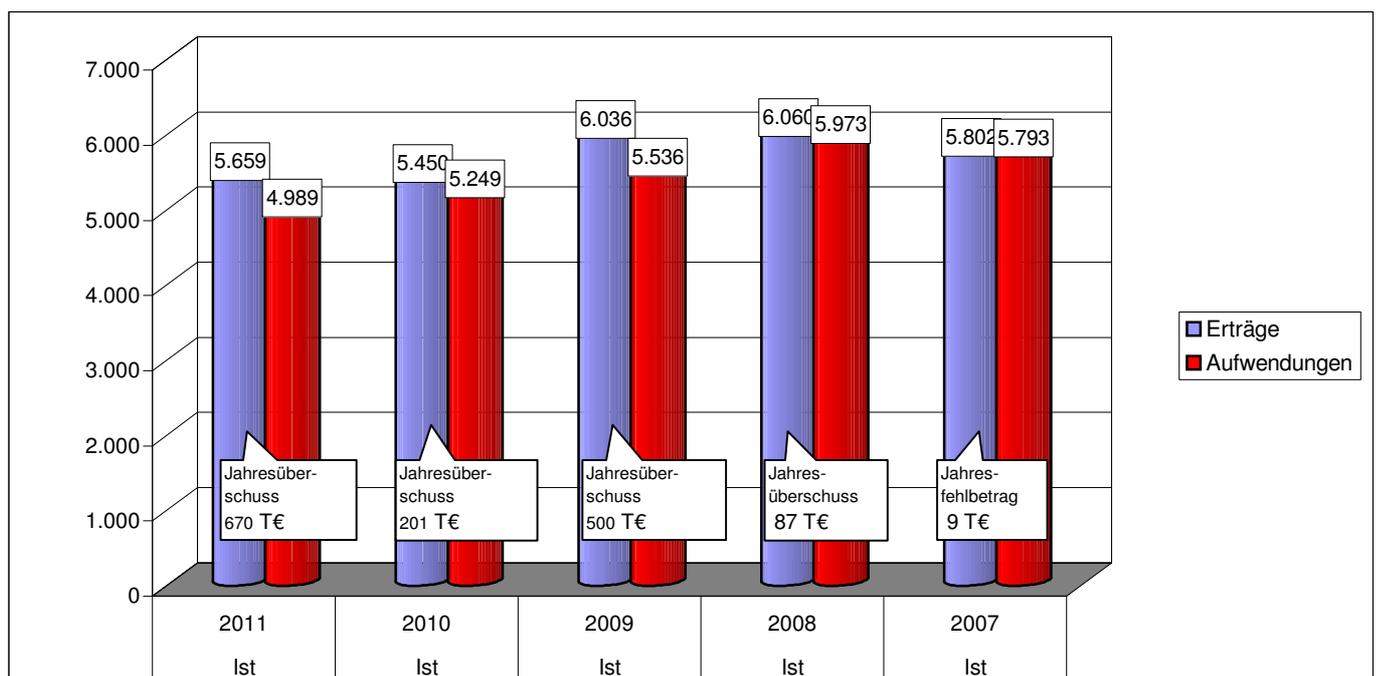
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. 60 % des Sonderpostens mit Rücklageanteil)



Gewinn- und Verlustrechnung der BGE Eisenbahn Güterverkehr Gesellschaft mbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	4.782	4.512	4.318	4.815	4.886	4.678	194
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.119	1.146	1.132	102	54	2	14
3. Betriebliche Erträge (1+2+3)	5.901	5.658	5.450	4.917	4.940	4.680	208
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.162	-1.937	-1.933	-1.993	-2.262	-1.978	-4
5. Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0
6. Abschreibungen	-504	-2.634	-2.810	-2.882	-2.925	-2.967	176
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-55	-131	-153	-136	-180	-147	22
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-4.721	-4.702	-4.896	-5.011	-5.367	-5.092	194
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0	1	2	4	1
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-162	-156	-300	-396	-544	-633	144
11. Finanzergebnis (9+10)	-162	-155	-300	-395	-542	-629	145
12. Neutrale Erträge	0	0	0	1.118	1.118	1.118	0
13. Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
14. Neutrales Ergebnis (11+12)	0	0	0	1.118	1.118	1.118	0
15. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	1.018	801	254	629	149	77	547
16. Sonstige Steuern	-178	-131	-53	-129	-62	-68	-78
17. Jahresüberschuss (15+16)	840	670	201	500	87	9	469

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



Kennzahlen im Überblick/BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	94,1%	94,1%	79,1%	70,4%	63,8%
Umlaufintensität in %	5,9%	5,9%	20,9%	13,1%	23,1%
Investitionsquote	1,7%	2,2%	1,2%	2,2%	3,0%
Reinvestitionsquote	8,2%	2,6%	3,3%	4,6%	3,3%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	-12,0%	-14,1%	-13,7%	-15,6%	-11,8%
Fremdkapitalquote in %	112,0%	114,1%	113,7%	115,6%	111,8%
Anlagendeckung I in %	-14,4%	-17,5%	-17,3%	-22,1%	-18,5%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	2.218 T€	1.753 T€	2.570 T€	2.259 T€	2.438 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-8,8%	14,2%	20,8%	12,8%	21,2%
Eigenkapitalrentabilität in %	0,7%	11,4%	24,8%	16,5%	122,9%
Gesamtkapitalrentabilität in %	4,4%	5,4%	9,9%	7,1%	20,7%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Zahlungen an die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung = Aufwand	34.061 €	34.061 €	34.061 €	34.061 €	34.061 €

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	06.10.1999
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.08.1999
Handelsregister	HRB 47192 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung von Angeboten zur Personenbeförderung und zum Gütertransport sowie die Förderung der Belange des Umweltverbundes. Die Gesellschaft kümmert sich insbesondere um die dauerhafte Einführung eines Stadtbussystems. Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs werden erst übernommen, wenn die dazu erforderlichen Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz eingeholt sind.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben (z.B. Parkraumverwaltung und Parkraumbewirtschaftung, insbesondere Erwerb, Bau und Betrieb von Parkhäusern in der Stadt Bergisch Gladbach), sofern diese dem Gesellschaftszweck direkt oder indirekt dienlich und nicht dem hoheitlichen Bereich zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Im Geschäftsjahr 2011 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2011 an:

Lutz Urbach, Bürgermeister (Vorsitzender)
Christian Buchen, (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender)
Boris Jentsch,
Dr. Ulrich Steffen,
Hermann-Josef Wagner,
Klaus W. Waldschmidt,
Michael Zalfen

Im Geschäftsjahr 2011 fanden zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer ist Herr Stephan Schmickler.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2011 waren durchschnittlich zwei Mitarbeiter beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lag eine Leistungsbeziehung zur GL Service gGmbH GmbH vor, welche die Verteilung der Fahrpläne (Auftragswert in 2011: 41,46 €) übernahm.

8. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von EUR 65.764,30 ab. Aufgrund der im Geschäftsjahr 2011 verspätet vorgelegten Abrechnung eines Verkehrsunternehmens für das SchülerTicket ist hiervon jedoch ein Betrag in Höhe von EUR 44.147,40 als periodenfremder Ertrag dem Vorjahr zuzuordnen. Ungeachtet dessen setzt sich der Trend aus dem Vorjahr, in dem ebenfalls ein Jahresüberschuss durch die Gesellschaft erwirtschaftet werden konnte, fort. Auch führte die Anpassung der städtischen Richtlinien zur Schülerfahrkostenerstattung dazu, dass bei der Abrechnung des SchülerTickets die erwarteten Überschüsse erzielt werden konnten.

Erneut wird jedoch aufgezeigt, dass die anfallenden Kosten nicht über eigene erwirtschaftete Erträge abgedeckt werden können. Vielmehr ist die Gesellschaft auf öffentliche Zuschüsse bzw. Zuschüsse der Stadt als alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft angewiesen.

Im Berichtsjahr sind von Seiten der Stadt Zuschüsse i. H. v. EUR 136.700,00 zur Verlustabdeckung 2011 gezahlt worden.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die sich im Berichtsjahr auf EUR 182.948,47 belaufen, beinhalten im Wesentlichen den Aufwandsersatz für die von den Verkehrsunternehmen durchgeführten Betriebsleistungen sowie die Fahrpreiserstattungen für das SchülerTicket (gesetzliche Schülerfahrkostenerstattung).

Die Personalkosten blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die wesentlichen Arbeiten werden von städtischen Bediensteten erledigt. Hierfür wird eine Verwaltungskostenumlage erhoben.

Durch die fortlaufende Unterstützung der Gesellschafterin kann davon ausgegangen werden, dass auch in der Zukunft alle Verbindlichkeiten fristgerecht bedient werden können.

9. Ausblick

Hinsichtlich des inneren Verwaltungsaufwandes hat sich die Situation nicht verändert. Eine weitere Senkung der Kosten wird nicht mehr erwartet.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft ist die Vertaktung von Verkehrsverbindungen im ÖPNV im Bergisch Gladbacher Stadtgebiet. So wurde durch die Gesellschaft in enger Zusammenarbeit mit dem Träger des ÖPNV und den beteiligten Verkehrsunternehmen ein (unechter) 10-Minuten-Takt zwischen Stadtmitte und Bensberg eingeführt, die Gesellschaft setzt sich darüber hinaus für die Umwandlung in einen echten 10-Minuten-Takt ein.

Die Anbindung kleinerer Ortsteile an das ÖPNV-Netz ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft und trägt damit zur Verbesserung der Verkehrssituation, aber auch des Klimaschutzes bei. Für die Stadtteile Nussbaum und Kalmünten wurden durch die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen Anruf-Sammel-Taxi-Linien (AST) eingerichtet.

Zudem wickelt die Gesellschaft für die Stadt Bergisch Gladbach die vertraglichen Verhandlungen zum Schülerticket sowie die gesetzliche Schülerfahrkostenerstattung ab. Letztere wird aus Überschüssen finanziert, die bei den Verkehrsunternehmen durch die Abgabe von SchülerTickets im Solidarmodell Bergisch Gladbach entstehen. Die Schülerfahrkostenerstattung ist durch diese marktorientierte Vorgehensweise für die Stadt Bergisch Gladbach als Schulträgerin kostenneutral, obwohl es sich hier um eine gesetzliche Aufgabe handelt.

Auch weiterhin setzt sich die Gesellschaft für aktuell bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote ein. Unter Würdigung des insgesamt guten Netzes wird es dabei neben den bekannten Taktverdichtungen vor allem um bedarfsgesteuerte Systeme in bisher nicht versorgten Bereichen oder Zeiten gehen. Hier erweist sich die Flexibilität der GmbH regelmäßig als vorteilhaft.

Damit kann die Gesellschaft auch ohne förmliche Aufgabenträgerschaft zu einer Weiterentwicklung des Angebots beitragen. Dies hat sich beispielsweise hinsichtlich der Linie 454 be-

wiesen, die durch die SVB eingeführt und — nach Wegfall des Kreiszuschusses — zur Kompensation vom Rheinisch-Bergischen Kreis weitergeführt wird. Gleiches gilt für das Nachtbusangebot in Bergisch Gladbach, das durch die Gesellschaft initiiert wurde und nun durch den ÖPNV-Träger weitergeführt wird.

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurde weiterhin mit den Vorbereitungen für die Einrichtung eines digitalen sowie dynamischen Fahrgastinformationssystems an den Busbahnhöfen in Bergisch Gladbach und Bensberg sowie an den Haltestellen Konrad-Adenauer-Platz/ Markt sowie Refrath (Stadtbahn) begonnen. Hierfür wurde der Gesellschaft im Wirtschaftsjahr 2010 ein Zuschuss in Höhe von 20.000 € von Seiten der Stadt gewährt. Die entsprechenden Arbeiten an den Fahrgastinformationssystemen konnten im Jahr 2012 zum Abschluss gebracht werden, wobei geplant ist, dieses Fahrgastinformationssystem an weiteren stark frequentierten Haltestellen im Stadtgebiet einzusetzen.

Die Gesellschaft ist Verpächterin der Stadt :box und des KWS-KundenCenters am S- und Busbahnhof Stadtmitte sowie des Kiosks und des GL mobil-Fahrgastcenters am Busbahnhof Bettsberg. Zur Verbesserung des begleitenden Angebots für ÖPNV-Nutzer hat die Gesellschaft in 2011 damit begonnen, an der KVB-Haltestelle „Neuenweg“ der Linie 1 einen Kioskneubau anstelle des bisher dort vorhandenen wesentlich kleineren Kiosks zu errichten und zu verpachten.

Darüber hinaus wird seitens der Gesellschaft geprüft, inwieweit die Errichtung eines Kiosks an der Haltestelle „Kölner Straße“ realisierbar und wirtschaftlich vertretbar ist. Sollte die Prüfung in diesem Fall zu einem positiven Ergebnis kommen, könnte in den Jahren 2014 ff, mit dem Bau begonnen werden.

Weiterhin beabsichtigt die Gesellschaft noch im Jahre 2012 mit der Errichtung einer Fahrradstation am Busbahnhof Stadtmitte zu beginnen, wobei die Fertigstellung für das Jahr 2013 geplant ist.

Die aus den Verpachtungen resultierenden Gewinne mindern in allen Fällen den aus Steuermitteln zu leistenden Deckungsbeitrag.

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den mittelfristig umzusetzenden Unternehmenszielen und ggfs. veränderten gesetzlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Speziell sind zu nennen

- die Kostenentwicklung bei den angemieteten Verkehren
- Kosten- und Erstattungssituation beim Schülerticket (steigende Betriebskosten, erhöhte Inanspruchnahme der Schülerfahrkostenerstattung, sinkende Abnehmerzahlen).

Dabei werden alle Verträge jährlich gestaltet, wobei aber bei den angemieteten Verkehren aufgrund der fahrplantechnischen Vorlaufzeiten zusätzliche Kündigungsfristen zu beachten sind.

Sowohl die Investitions- und Baumaßnahmen als auch die Verhandlungen um das Schülerticket sowie zur Weiterentwicklung des Netzes haben wiederum gezeigt, dass die bestehende Gesellschaft durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten eine aktive Rolle -

vor allem in der Kooperation mit dem Aufgabenträger und den Verkehrsunternehmen — einnehmen kann. Auch ohne die formalen Instrumente der Aufgabenträgerschaft oder der Verkehrsunternehmerfunktion lassen sich so die ÖPNV-Angebote in Bergisch Gladbach zeitnah und zielgerichtet beeinflussen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach weiterhin im Haushaltssicherungskonzept befindet und sowohl bei freiwilligen Leistungen als auch bei Investitionen erheblichen Beschränkungen und Zwängen unterworfen ist.

Für das Jahr 2012 ergibt sich laut Wirtschaftsplan eine voraussichtliche Unterdeckung in Höhe von EUR 172.041,00, die durch den laufenden Zuschuss der Stadt Bergisch Gladbach in gleicher Höhe gedeckt werden soll.

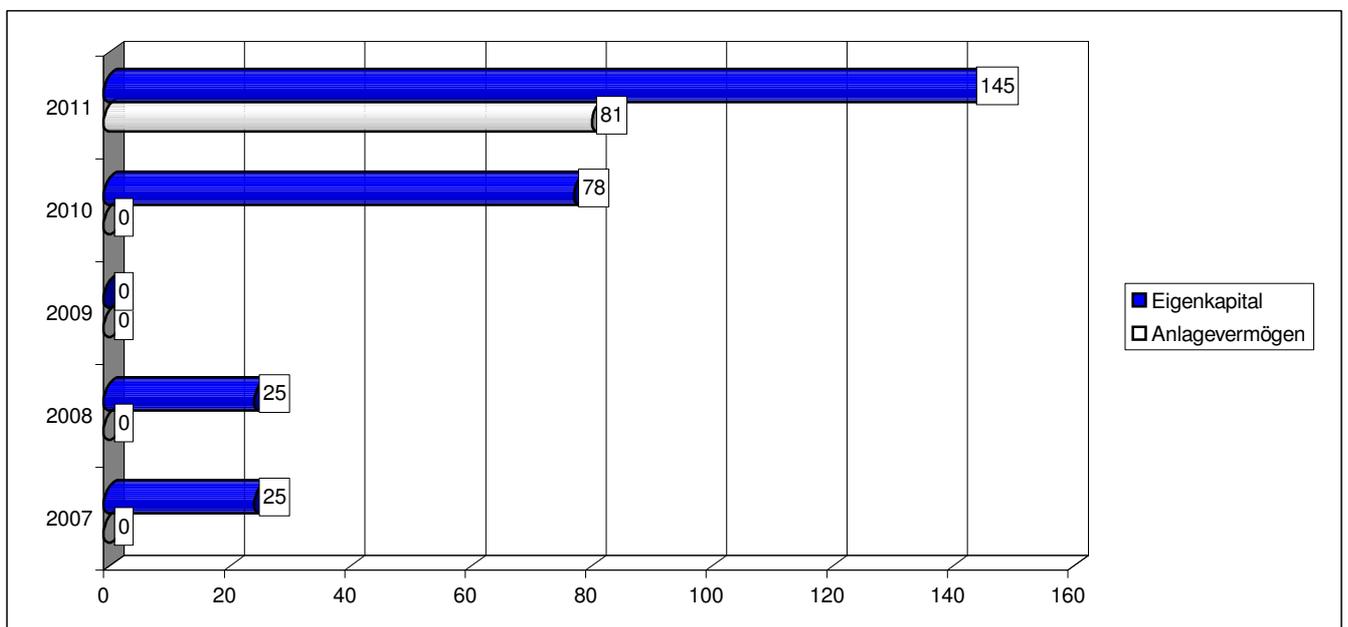
Wirtschaftliche Daten der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)
Angaben in TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Sachanlagen	0	0	0	0	81	81
Anlagevermögen	0	0	0	0	81	81
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	6	0	42	144	102
Flüssige Mittel	62	72	87	184	141	-43
Fehlbetrag			8			0
Umlaufvermögen	63	78	95	226	285	59
Rechnungsabgrenzungsposten	16	1	0	13	3	-10
Bilanzsumme	79	79	95	239	369	130

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss	-161	-170	-33	86	66	-20
Abdeckung / Verlustvortrag	161	170	0	-33	54	87
Fehlbetrag			8			
Eigenkapital	25	25	0	78	145	67
Rückstellungen	12	41	28	17	96	79
Verbindlichkeiten	42	13	67	144	128	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	79	79	95	239	369	130

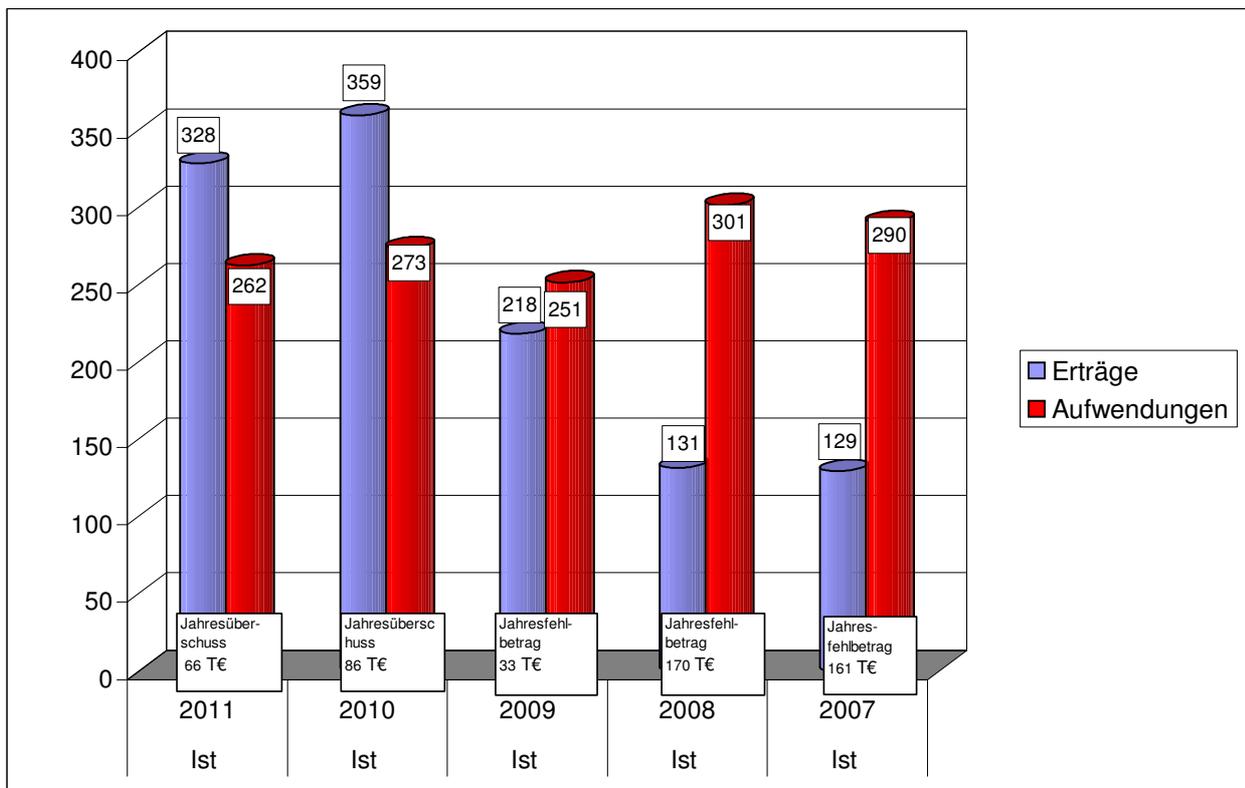
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	130	190	170	33	17	16	20
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	138	189	185	114	112	-51
3. Betriebliche Erträge (1+2)	130	328	359	218	131	128	-31
4. Materialaufwand	-251	-183	-169	-177	-230	-229	-14
5. Personalaufwand	-22	-6	-6	-6	-6	-5	0
6. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14	-73	-98	-68	-65	-56	25
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-287	-262	-273	-251	-301	-290	11
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	1	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
11. Finanzergebnis (9+10)	0	0	0	0	0	1	0
12. Jahresüberschuss (3+8+11)	-157	66	86	-33	-170	-161	-20

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Stadtverkehrsgesellschaft mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	22,0%
Umlaufintensität in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	77,2%
Investitionsquote	-	-	-	-	-
Reinvestitionsquote	-	-	-	-	-
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	31,7%	31,5%	26,3%	10,5%	39,3%
Fremdkapitalquote in %	68,3%	68,5%	100,0%	67,1%	60,7%
Anlagendeckung I in %	-	-	-	-	-
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-168 T€	-160 T€	15 T€	97 T€	-37 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-1037,5%	-1006,1%	-97,8%	51,0%	35,8%
Eigenkapitalrentabilität in %	-644,6%	-679,7%	-132,4%	347,4%	45,5%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-204,1%	-213,7%	-97,8%	51,0%	17,9%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	34,1%	35,4%	17,1%	3,3%	3,0%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt*					
	2007	2008	2009	2010	2011
allgemeiner Zuschuss	161.337 €	166.237 €	178.000 €	187.950 €	136.700 €
davon für Vorjahre	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Investitionszuschuss	0 €	0 €	20.000 €	0 €	0 €
Erstattungen für Serviceleistungen	0 €	0 €	178 €	0 €	0 €
Gesamt	161.337 €	166.237 €	198.178 €	187.950 €	136.700 €

* Bei den dargestellten Zahlen ist Aufwand und Auszahlung identisch.

Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
Sitz	Obereschbach 1, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	durch notariellen Vertrag vom 18. Dezember 2000
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 18.12.2000
Handelsregister	HRB 47448 beim Amtsgericht Köln, Eintragung am 07. März 2001, HRB 47448 beim Amtsgericht Köln seit der Zuständigkeitsänderung der Führung der Handelsregister im Jahre 2002
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich der Sammlung, des Transportes und der Verwertung von Abfällen sowie die Strassenreinigung, die nicht Gegenstand der durch den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an ihnen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode gewählt werden. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der aus ihrer Mitte gewählte Vorsitzende.

Die Gesellschafterversammlung setzte sich 2011 wie folgt zusammen:

Herr Markus Sprenger	Mitglied des Rates (Vorsitzender der Gesellschaftervers.)
Herr Karl-Adolf Maas	Mitglied des Rates
Herr Mirko Kommenda	Mitglied des Rates
Herr Stephan Schmickler	2. Beigeordneter und Stadtbaurat
Herr Michael Kremer	Leiter des Fachbereiches 7

Es fanden 2 Gesellschafterversammlungen im Berichtsjahr statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft verfügt über **keinen** Aufsichtsrat.

3.3 Geschäftsführung

Zu Geschäftsführern wurden Frau Diana Lauszus (Vertretung) und Herr Wilhelm Carl berufen.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt satzungsgemäß 25 T€ und wird in voller Höhe durch die Stadt Bergisch Gladbach gehalten.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2011 waren bei der Gesellschaft, neben den zwei Geschäftsführern, durchschnittlich 16 (Vorjahr: 17) Arbeiter beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow, Dr. Ott KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

Für Fahrzeugvermietungen wurden von der GL Service gGmbH 26.578,50 € Brutto gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 konzentrierten sich die Kerngeschäfte der Gesellschaft weiterhin auf Personalgestellung, Vermietung von Abfallbehältern und Fahrzeugen, der Abfallverwertung sowie des Betriebs einer Übergabestelle für Elektroaltgeräte.

Der im vorangegangenen Geschäftsjahr erwirtschaftete Gewinn wird im laufenden Jahr, insbesondere bedingt durch den konjunkturbedingt starken Anstieg der Verwertungserlöse deutlich übertroffen, wodurch ein **Jahresüberschuss** in Höhe von **198.794 €** (Vj: 178.033 €) verbleibt. Eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin ist im Hinblick auf die Finanzierung anstehender Investitionen (Erweiterung des Fahrzeugbestandes und Planungskosten für Verlagerung der Übergabestelle für Elektroaltgeräte mit Erweiterung zum Wertstoffhof) aus liquiden Mitteln nicht vorgesehen.

Das Jahresergebnis übertrifft die im Wirtschaftsplan beschlossenen Ansätze und hebt sich deutlich vom Vorjahresergebnis ab.

Die Erlöse der Gesellschaft sind um 104 T€ auf 1.416 T€ gestiegen. Die aus der Geschäftsbeziehung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb erzielten Erlöse sind um 74 T€ gestiegen, die Erlössteigerung aus der Tätigkeit für Dritte betrug rd. 30 T€.

Der bisherige Umfang der Beschäftigung von gewerblichen Mitarbeitern beim Abfallwirtschaftsbetrieb im Rahmen des geschlossenen Personalgestellungsvertrages ist mit 16 Mitarbeitern um 1 Mitarbeiter leicht gesunken. Der Umsatz aus dem Geschäftsbereich „Personalgestellung an den Abfallwirtschaftsbetrieb“ ist von 525 T€ auf 519 T€ leicht gesunken.

Nach der Erholung des Sekundärrohstoffmarktes konnte im Geschäftsbereich „Verwertungstätigkeiten“, wieder ein deutlich positives Ergebnis erzielt werden, da im Geschäftsjahr hohe Marktpreise zu verzeichnen waren. So betragen die Erlöse in dem Bereich Verwertung rund 179 T€ und liegen damit um 37 T€ über dem Vorjahr.

Durch verstärkte Investitionstätigkeit aufgrund der höheren Nachfrage haben sich die Erlöse im Geschäftsbereich „Vermietung Fuhrpark“ um 73 T€ auf 451 T€ erhöht.

Die übrigen Umsatzerlöse vermindern sich saldiert um 5 T€.

Der Personalaufwand ist um 24 T€ auf 530 T€ gesunken.

Die Abschreibungen sind um 46 T€ auf 357T€ gestiegen und weiterhin auf hohem Niveau.

Die Ertragsteuern haben sich auf Grund des verbesserten Ergebnisses um 11 T€ erhöht.

Per Saldo ist der Jahresüberschuss um 21 T€ von 178 T€ auf 199 T€ gestiegen.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr wieder Investitionen in das Sachanlagevermögen, insbesondere durch die Anschaffung von Müllfahrzeugen und sonstigen Nutzfahrzeugen von 509 T€ (Vj. 624 T€) getätigt. Saldiert mit den Abschreibungen erhöhte sich das Anlagevermögen um 152 T€. Der Darlehensstand verringerte sich insgesamt um 211 T€ auf 1.079 T€; einer Darlehensaufnahme von 100 T€ standen planmäßige Tilgungen von 311 T€ gegenüber.

9. Ausblick

Nach dem Ausschreibungsergebnis der DSD GmbH zur Sammlung von LVP-Verkaufsverpackungen konnte mit der beauftragten Firma die Fortsetzung der Vereinbarung zur Nutzung gemieteter Gelber Tonnen bis 2013 abgestimmt werden. Der Bereich Behältervermietung wird sich daher auch in den nächsten Jahren positiv gestalten. Die Nachfrage nach Großbehältern aus dem gewerblichen Bereich sowie größeren Wohnanlagen geht dagegen zurück.

Im Hinblick auf den Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, bei der Gesellschaft zukünftig verstärkt Fahrzeuge anzumieten, werden in den Folgejahren verstärkt Investitionen erforderlich. Das Geschäftsvolumen im Sektor Vermietung von Kraftfahrzeugen wird daher auch im kommenden Geschäftsjahr steigen. Zur Finanzierung gedenken wir den laufenden Überschuss dem Eigenkapital zuzuführen.

Im Hinblick auf die Rutschungen des Hanges an der Elektrogeräte-Übergabestation ist der beabsichtigte Ausbau zu einem Abfallcenter an dieser Stelle nicht mehr möglich. Bei einer Verlagerung zu einem neuen Standort werden Sonderabschreibungen unvermeidlich. Ebenso ist von höheren Planungs- und Erschließungskosten für einen neuen Standort auszugehen. Bei der EBGL wurde vom städtischen Liegenschaftsbetrieb hinsichtlich ihres Interesses am Bau eines neuen Betriebshofes mit Recyclinghof auf dem Gelände des bisherigen Teichs und dem derzeitigen Betriebshofgelände angefragt. Daher hat die EBGL in Erwartung eines Bauauftrages geeignete Büros (Architekt/ Geologe) mit der Anfertigung einer Machbarkeitsstudie beauftragt. Sollte es nicht zum Vertragsabschluss kommen, müssen die dadurch bedingten zukünftigen Aufwendungen abgeschrieben werden.

Weiterhin nicht absehbar ist im Hinblick auf das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz die mittelfristige Entwicklung der Vermietung Gelber Tonnen an Haushalte und Gewerbebetriebe. Der Gesetzentwurf sieht hier die eine einheitliche Wertstoffeffassung vor. Wie die Umsetzung dieser Vorgaben erfolgt, wird in einem nachgeschalteten Wertstoffgesetz geregelt, dessen Entwurf in 2012 vorgestellt werden soll.

Die steigende Tendenz der Rohstoffpreise hat sich auch im ersten Halbjahr 2012 nicht fortgesetzt. Ein Anhalten dieser Entwicklung würde die bisherigen hohen Verkaufserlöse deutlich schmälern.

Für das Geschäftsjahr 2012 erwartet die Geschäftsführung im Bereich „Vermietung“ einen weiteren Umsatzzuwachs im Hinblick auf die geplanten Investitionen in Fahrzeuge für verschiedene Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach. Allerdings muss mit einem Rückgang der Erlöse im Bereich „Verwertung“ gerechnet werden, da neben der rückläufigen Entwicklung der Sekundärrohstoffpreise für Papier und Schrott auch in Hinblick auf die Zunahme der illegalen gewerblichen Altmetallsammlungen von sinkenden Erfassungsmengen ausgegangen werden muss.

Daher wird für das nächste Jahr einen sinkender Gewinn aus der Geschäftstätigkeit erwartet. Weitere gewinnschmälernde Risiken sind für das Geschäftsjahr 2012 derzeit nicht erkennbar.

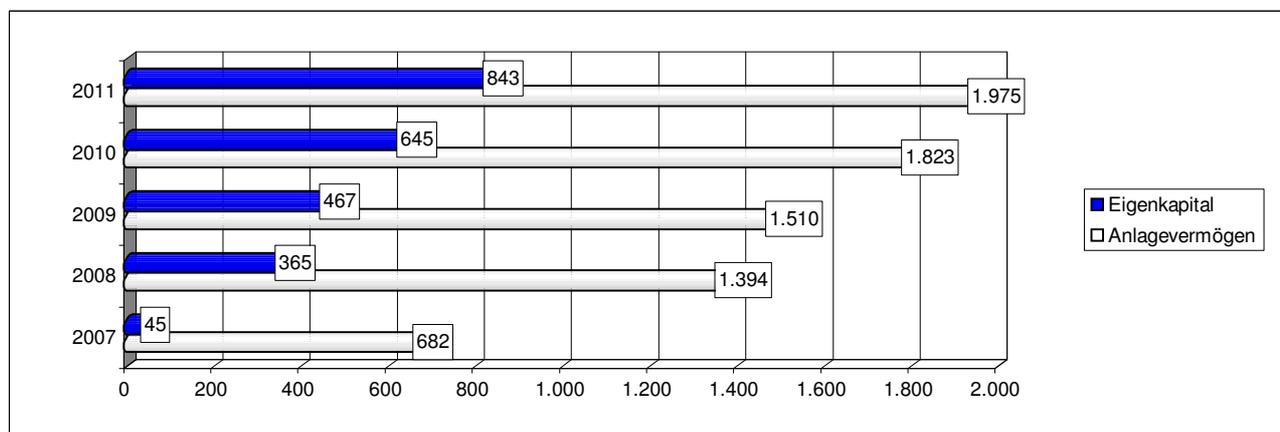
Wirtschaftliche Daten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahre 2007 - 2011)**Angaben in **TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände		13	13	6	1	-5
Sachanlagen	682	1.381	1.497	1.817	1.974	157
Anlagevermögen	682	1.394	1.510	1.823	1.975	152
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	724	246	511	520	258	0
Flüssige Mittel	475	241	177	251	200	-262
Umlaufvermögen	1.199	487	688	771	458	-313
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	1.881	1.881	2.198	2.594	2.433	-161

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Kapitalrücklage	1	1	1	1	1	0
Fehlbetrag aus Vorjahren/ Gewinnvortrag	19	203	339	441	619	178
Jahresfehlbetrag/-überschuss	184	136	102	178	198	20
nicht gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0	0
Eigenkapital	229	365	467	645	843	198
Sonderposten mit Rücklageanteil	75	0	0	0	0	0
Rückstellungen	172	185	268	217	178	-39
Verbindlichkeiten	1.405	1.331	1.463	1.732	1.412	-320
Bilanzsumme	1.881	1.881	2.198	2.594	2.433	-161

Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (incl. 60 % des Sonderpostens)

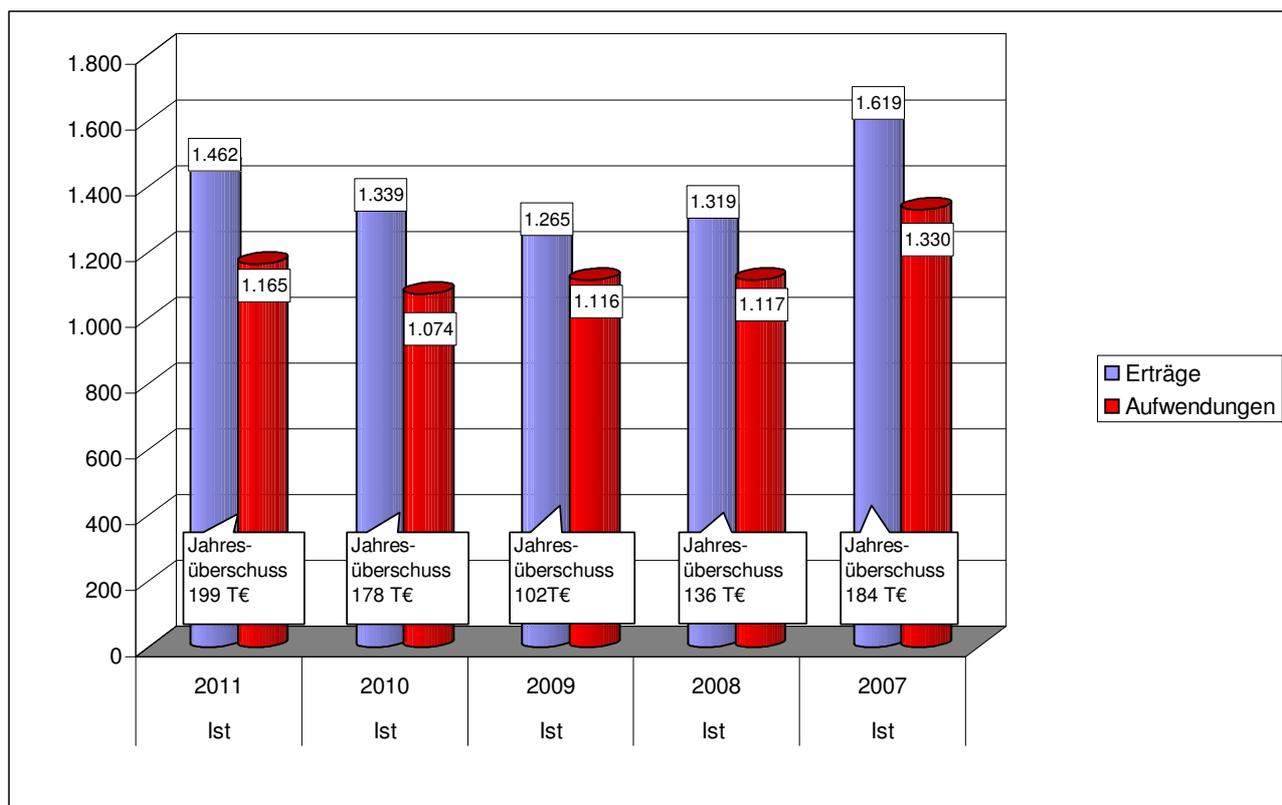
(Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11 / Ist 10
1. Umsatzerlöse	1.450	1.416	1.312	1.236	1.148	1.442	104
2. Sonstige betriebliche Erträge	10	45	26	28	156	167	19
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.460	1.461	1.338	1.264	1.304	1.609	123
4. Materialaufwand	-65	-92	-77	-138	-102	-130	-15
5. Personalaufwand	-609	-530	-554	-538	-562	-864	24
6. Abschreibungen	-386	-357	-311	-295	-285	-144	-46
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-117	-140	-87	-99	-115	-165	-53
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1177	-1.119	-1.029	-1.070	-1.064	-1.303	-90
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	1	15	10	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-65	-46	-45	-46	-53	-27	-1
11. Finanzergebnis (9+10)	-64	-45	-44	-45	-38	-17	-1
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-67	-98	-87	-47	-66	-105	-11
13. Jahresüberschuss (3+8+11+12)	152	199	178	102	136	184	21

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in % *	36,2%	74,1%	68,7%	70,3%	81,2%
Umlaufintensität in % *	63,8%	25,9%	31,3%	29,7%	18,8%
Investitionsquote	71,6%	64,3%	34,2%	34,2%	25,8%
Reinvestitionsquote	338,9%	310,6%	175,3%	200,6%	142,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	14,5%	19,4%	21,2%	24,9%	34,6%
Fremdkapitalquote in %	85,5%	80,6%	78,8%	75,1%	65,4%
Anlagendeckung I in %	40,1%	26,1%	30,9%	35,4%	42,7%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	337 T€	814 T€	347 T€	541 T€	494 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	17,6%	17,6%	16,2%	23,4%	24,4%
Eigenkapitalrentabilität in %	12,8%	37,4%	21,8%	27,6%	23,6%
Gesamtkapitalrentabilität in %	11,3%	10,7%	8,9%	12,0%	14,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	59,9%	49,0%	43,5%	42,2%	37,4%

Finanzielle Auswirkungen bzgl. eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	2007*	2008*	2009*	2010*	2011*
Umsatzerlöse mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB)	1.038.679 €	874.455 €	909.827 €	854.027 €	872.300 €
Umsatzerlöse mit der Stadt und dem Abwasserwerk	168.343 €	62.727 €	126.998 €	163.528 €	218.985 €
Erstattungen Personal- u. Sachkosten an den Abfallwirtschaftsbetrieb	-56.222 €	-54.000 €	-50.000 €	-52.293 €	-50.000 €
Saldo	1.150.800 €	883.182 €	986.825 €	965.262 €	1.041.285 €

* Zahlen lt. Jahresabschluss

Stellenplan EBGL GmbH	2007	2008	2009	2010	2011
Geschäftsführer	1	1*	1*	1*	1*
Stellv. Geschäftsführer	1	1	1	1	1
Arbeiter	25,25	16	17	17	16

* Der Geschäftsführer ist ebenfalls für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung AWB tätig.

GL Service gGmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	GL Service gGmbH
Sitz	Tannenbergstraße 53-55, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	01.12.2007
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.09.2007
Handelsregister	HR B 62188 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die der Zweckbestimmung der Gesellschaft dienlich erscheinen. Hierzu gehören insbesondere die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz, Maßnahmen und Einrichtungen der Beschäftigung und Qualifizierung nach den Sozialgesetzbüchern II, III, VIII, IX und XII sowie Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschrift des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2011 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung:

Herr Dr. Johannes Bernhauser,	Vorsitzender/ Mitglied des Rates
Frau Brigitte Schöttler-Fuchs,	stellv. Vorsitzende/ Mitglied des Rates
Frau Mechthildis Münzer,	Mitglied des Rates
Herr Manfred Kühl	Mitglied des Rates
Herr Thomas Galley	Mitglied des Rates
Herr Markus Gerhards,	Mitglied des Rates
Herr Detlef Schnöring	Mitglied des Rates
Herr Lutz Urbach	Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Stephan Dekker und Herr Bruno Hastrich (bis 31.08.2011). Bezüge der Geschäftsführer: 8T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Die Stadt Bergisch Gladbach ist alleinige Gesellschafterin der GL Service gGmbH. Das Stammkapital ist voll eingezahlt worden.

5. Beschäftigte

In 2011 waren durchschnittlich 30 Vollbeschäftigte und 306 Beschäftigte für Sofort-Aktiv zu verzeichnen.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSRГ Dornbach GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen Leistungsbeziehungen zur Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) insoweit vor, dass die Anmietung der Fahrzeuge über die EBGL erfolgt (26.578,50€ Brutto).

Weiter wird einmal jährlich ein Auftrag für die Stadtverkehrsgesellschaft mbH ausgeführt der die Verteilung der Fahrpläne betrifft (Auftragswert in 2011 142,58 Brutto).

Die GL-Service gGmbH hat weiterhin für die SEB Dienstleistungen in Höhe von 546,59 € Brutto erbracht.

8. Geschäftsverlauf

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Mit Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages am 20.09.2007 wurde der Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 01.03.2007 umgesetzt, die GL Service gGmbH als städtische Tochtergesellschaft zu gründen. Der Beginn der Geschäftstätigkeit wurde durch die Gesellschafterversammlung vom 19.12.2007 auf den 01.12.2007 festgelegt. Das Geschäftsjahr 2007 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2008 hat die Gesellschaft ihre Tätigkeit in vollem Umfang aufgenommen. Dabei wurden durch die Kooperation mit dem Bildungsträger PracticeCompany GmbH und die Übernahme des Kantinenbetriebs in der IGP Paffrath zwei neue Geschäftsfelder erschlossen sowie ab Oktober 2008 mit „Sofort Aktiv“ eine im Rheinisch-Bergischen Kreis einmalige Maßnahme als Sofortangebot im Auftrag der K-A-S Rhein-Berg (jetzt Jobcenter Rhein-Berg) konzipiert und umgesetzt. Außerdem ist die Gesellschaft seit dem Jahr 2008 vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Bergisch Gladbach als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden diese Maßnahmen weiterentwickelt und ganzjährig durchgeführt. Demnach war das Geschäftsjahr geprägt von den Umsätzen aus der Durchführung von Arbeitsgelegenheiten im Auftrag der K-A-S Rhein-Berg und den Umsätzen aus dem Mensabetrieb.

Dabei nahm die Maßnahme „Sofort Aktiv“ einen besonderen Stellenwert ein, da sie mit z. T. über 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besetzt war (im gesamten Geschäftsjahr über 230 Personen) und wegen der Konzeption als Maßnahme mit sozialversicherungspflichtigem Entgelt ein hohes Maß an Verwaltungsaufwand, aber auch an betrieblichen Erträgen und Aufwendungen verursachte.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden alle Maßnahmen wie im Vorjahr durchgeführt. Ausgebaut werden konnte das Angebot im Geschäftsfeld der ambulanten Hilfen zur Erziehung, u. a. mit der Maßnahme „Stand uP“. Gleichzeitig erfolgte jedoch, bedingt durch eine geänderte Geschäftspolitik seitens des Jobcenters Rhein-Berg (damals K-A-S Rhein-Berg), ab Mitte des Jahres eine deutlich geringere Zuweisung von SGB II-Kundinnen und Kunden in die Arbeitsgelegenheiten der Gesellschaft, was zu einem deutlichen Rückgang der Umsatzerlöse bei den AGH-Maßnahmen (ohne „Sofort Aktiv“) führte. Auf die wirtschaftlichen Folgen hat die Geschäftsführung im Rahmen des Risikomanagements sowohl in der Gesellschafterversammlung als auch im Verwaltungsvorstand der Gesellschafterin hingewiesen. Durch intensive Gespräche mit der Geschäftsführung der K-A-S Rhein-Berg konnte bis zum Jahresende eine verbesserte Zuweisungsquote erreicht werden.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde der Bereich GL Service Mensa dahingehend erweitert, dass die städtischen Kantinen im Rathaus Bensberg und im Stadthaus Bergisch Gladbach in die Bewirtschaftung übernommen wurden. Bedingt durch den ersten längeren Ausfall der Produktionsküche (Umbauphase in der IGP von Mitte bis Ende 2011) musste verstärkt auf sog. Convenience-Produkte umgestellt werden, was einerseits zu Mehrkosten beim Wareneinkauf führte, andererseits die Qualität der Speisen über ein halbes Jahr negativ beeinflusste und somit sowohl in den Schulen als auch in den Kantinen zu Umsatzrückgängen führte. Bei den Arbeitsgelegenheiten stiegen zwar die Zuweisungen gegenüber 2010 wieder an, aber starke Schwankungen führten ebenso zu Umsatzrückgängen wie das Zurückfahren der Maßnahme „Sofort Aktiv“ durch das Jobcenter, die zum Jahresende 2011 ganz auslief. Verstärkt werden konnten die Aktivitäten bei den ambulanten Hilfen zur Erziehung. Eingeleitete Maßnahmen zur Kostenreduzierung bei den Personal- und Sachkosten im Bereich der Arbeitsgelegenheiten und Mehreinnahmen, u. a. bei den Ambulanten Hilfen zur Erziehung, konnten die Umsatzrückgänge nur teilweise auffangen.

Letztlich konnte das Jahresergebnis gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 zwar leicht verbessert werden, aber auch im Geschäftsjahr 2011 war ein Jahresfehlbetrag von T€ 41 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von T€ 42) nicht zu vermeiden.

Ertragslage

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. € 41.283,53 ab.

Das Jahresergebnis verbesserte sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2010 um T€ 1 und unterschreitet die im Wirtschaftsplan beschlossenen Ansätze um T€ 60.

	2010	2011	Veränderung 2011 - 2010	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.792	1.759	- 33	- 2
Sonstige betriebliche Erträge	33	86	+ 53	> 100
Materialaufwand	172	203	+ 31	+ 18
Personalaufwand	1.173	1.139	- 34	- 3
Abschreibungen	24	24	0	0
Sonstige Aufwendungen	511	538	+ 27	+ 5
Betriebsergebnis	- 55	- 59	- 4	- 7
Zinsergebnis	0	1	+ 1	
Neutrales Ergebnis	13	17	+ 4	+31
Jahresfehlbetrag(-)	- 42	- 41	+ 1	+ 5

Die Erlöse der Gesellschaft betragen für das Geschäftsjahr 2011 rund € 1,8 Mio. und liegen damit leicht unter dem Vorjahr. Sie bestehen vor allem aus vom Jobcenter Rhein-Berg (damals noch K-A-S Rhein-Berg) gezahlten Maßnahmepauschalen, Entgelten aus der Durchführung gemeinnütziger und zusätzlicher Tätigkeiten von öffentlichen oder gemeinnützigen Auftraggebern (überwiegend Stadt Bergisch Gladbach), aus Entgelten aus Fachleistungsstunden der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie aus dem Mensa- und Kantinenbetrieb in der IGP. Die Abweichung vom Ansatz ergibt sich aus der defensiven Kalkulation, die auf Basis der bestehenden Bewilligungszeiträume für die Maßnahmen des Jobcenters vorgenommen wurde und für die keine Sicherheit über eine ganzjährige Durchführung bestand.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von T€ 86 resultieren insbesondere aus Schadensersatzansprüchen gegen die Stadt Bergisch Gladbach und Spendeneinnahmen.

Der Materialaufwand beträgt im Geschäftsjahr 2011 T€ 203. Wesentliche Kostenpositionen waren hierbei die Aufwendungen für den Maler- und Lackiererbereich (T€ 20) sowie die Kosten für den Betrieb der Mensa und der Cafeteria in der IGP (T€ 151). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von T€ 31 oder 18 %.

Die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Personalaufwendungen erklären sich wie bereits erwähnt aus der Maßnahme „Sofort Aktiv“, bei der Maßnahmeteilnehmer/innen in ein kurzfristiges, sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden. Der Personalaufwand dieser befristet eingestellten Teilnehmerinnen und Teilnehmer beläuft sich auf T€ 357 (Vorjahr: T€ 561).

Die Abschreibungen betragen T€ 24 und betreffen vor allem Fahrzeuge und Maschinen sowie die im Vorjahr in den Räumen der Mietobjekte Tannenbergstraße und Hauptstraße 164 b (Arbeitslosen- und Beratungszentrum) vorgenommenen Mietereinbauten.

Unter dem sonstigen betrieblichen Aufwand sind vor allem die Aufwendungen für Mitarbeiter der Stadt (T€ 106), für Raumkosten (T€ 68), Kfz-Kosten (T€ 78), Kosten für den Schulungsaufwand der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Maßnahme „Sofort Aktiv“ sowie in der SPFH (T€ 180) zusammengefasst.

Per Saldo beträgt der Jahresfehlbetrag T€ 42 und liegt damit um T€ 1 unter dem Vorjahresergebnis und T€ 60 unter dem Ansatz des Wirtschaftsplans.

Vermögenslage

Aufgrund der Abschreibungen vermindert sich das Anlagevermögen von T€ 72 um T€ 10 auf T€ 62, während sich das Umlaufvermögen (Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände) von T€ 339 um T€ 58 auf T€ 397 erhöht. Die liquiden Mittel erhöhten sich zum 31.12.2011 von T€ 71 um T€ 137 auf T€ 208. Bei den Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Ansprüche gegen die Stadt.

Dem stehen Verbindlichkeiten und Rückstellungen in Höhe von T€ 637 (Vorjahr T€ 412) gegenüber. Die Verbindlichkeiten bestehen größtenteils gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen der Personalkostenerstattung.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	2010	2011	%
	T€	T€	
Anlagevermögen	72	62	- 13,9
Vorräte	22	18	- 18,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	249	267	+ 18,0
Sonstige Vermögensgegenstände	69	112	+ 62,3
Liquide Mittel	71	208	> 100
Eigenkapital	71	30	- 57,7
Rückstellungen	78	130	+ 66,7
Verbindlichkeiten	334	507	+ 51,8

Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens ist mit einem Cashflow von T€ 35 und einem Finanzmittelbestand von T€ 208 gesichert. Unter Berücksichtigung der Veränderungen im Working Capital ergibt sich ein Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von T€ 151. Unter Berücksichtigung des Mittelabflusses aus der Investitionstätigkeit von T€ 13 ergibt sich insgesamt eine Erhöhung des Finanzmittelbestandes gegenüber dem Vorjahr um T€ 137.

II. Stellungnahme zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt.

Der Gesellschaftszweck wurde durch die im Jahre 2011 durchgeführten und vorgehaltenen Maßnahmen, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote eingehalten. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Qualifizierung und Betreuung arbeitsloser Menschen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Eine solche Integration konnte in vielen Fällen erreicht werden. Über die Arbeit der Gesellschaft und die erzielten Erfolge wurde im zuständigen Fachausschuss der Gesellschafterin ausführlich berichtet.

III. Die Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Chancen

Für das Geschäftsjahr 2011 hatte die Geschäftsführung im Lagebericht 2010 einen Umsatzzuwachs bei dem ausgebauten Geschäftsfeld „ambulante Hilfen zur Erziehung“ und „GL Service Mensa“ bei gleichzeitig höheren Investitionen in Personal- und Sachkosten erwartet. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass auch für die Zukunft im Bereich der Arbeitsgelegenheiten keine signifikante Verbesserung der Einnahmesituation absehbar ist. Die Geschäftsführung sah und sieht auch weiterhin dies als Herausforderung und Chance, den bereits seit Gründung der Gesellschaft begonnenen Prozess, die starke Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Geschäftsfeld der Arbeitsgelegenheiten und des Jobcenters Rhein-Berg zu verringern und gleichzeitig die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Gesellschaft durch eine Verbesserung der Einnahmen in anderen Geschäftsfeldern zu erreichen. Hierzu sind auch weiterhin Personal- und sachkostenrelevante Veränderungen im Geschäftsfeld „Arbeitsgelegenheiten“ einerseits sowie neue Projekte und Maßnahmen in den übrigen Geschäftsfeldern andererseits notwendig. Außerdem hatte die Geschäftsführung angekündigt, weitere mögliche Betätigungsfelder zu prüfen.

Mit der für das Geschäftsjahr 2013 zu erwartenden Erweiterung des Geschäftsfeldes „Ambulante Hilfen zur Erziehung“ um die Jugendhilfestation „Stiftung Scheurer“ betritt die Gesellschaft zwar „Neuland“ im Hinblick auf die Erweiterung des Angebotes durch eine stationäre Einrichtung, sieht aber gleichzeitig die Chance, durch Synergieeffekte einerseits Kosten zu sparen bzw. Einnahmen zu verbessern und andererseits durch den Zufluss der Stiftungsmittel die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft deutlich zu verbessern.

Risiken

Die Risiken der Gesellschaft bestanden im Geschäftsjahr 2011 auch weiterhin vor allem in der Abhängigkeit der Einnahmen von den Maßnahmepauschalen des Jobcenters Rhein-Berg und damit von einer ständigen Weiterbewilligung der von der GL Service gGmbH vorgehaltenen Arbeitsgelegenheiten. Darüber hinaus war bereits im Laufe des Jahres 2011 abzusehen, dass die erfolgreiche, aber kostenintensive Maßnahme „Sofort Aktiv“ zum Jahresende ausläuft, so dass auch hier mit Einnahmeausfällen zu rechnen war. Die Verringerung der Zuweisungen von Teilnehmern zur Gesellschaft hatte den bereits dargestellten massiven Einbruch auf der Einnahmeseite zur Folge. Teilweise gelang es, die Ertragslage in den übrigen Geschäftsfeldern der Gesellschaft zu verbessern, dennoch war es nicht möglich, ein ausgeglichenes oder positives Geschäftsergebnis zu erzielen. Die in den Vorjahren aufgebaute positive Eigenkapitalbasis verringerte sich dadurch in 2011 erneut. Diese Gefahr besteht angesichts der weiteren Entwicklung bei den Arbeitsgelegenheiten auch für die Folgejahre.

Erstmals wurde im Jahr 2009 ein Risikomanagementsystem eingeführt. Die erkennbaren Risiken der Gesellschaft wurden halbjährlich durch die Geschäftsführung geprüft und bewertet. Der Katalog der Risiken wird regelmäßig fortgeschrieben. Die Gesellschafterin und die Gesellschafterversammlung wurden im Geschäftsjahr 2011 über das Ergebnis wie vereinbart informiert.

Voraussichtliche Entwicklung in 2012 und 2013

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erwartet die Geschäftsführung einen weiteren Umsatzzuwachs bei dem ausgebauten Geschäftsfeld „ambulante Hilfen zur Erziehung“ bei gleichzeitig höheren Investitionen in Personal- und Sachkosten. Das gilt insbesondere für das Jahr 2013 und die geplante Jugendschutzstelle „Stiftung Scheurer“. Gleichzeitig entwickelt sich dieses Geschäftsfeld zunehmend zur tragenden Säule der GL Service gGmbH. Aufgrund der weiteren Reduzierung von Maßnahmeplätzen bei den Arbeitsgelegenheiten durch das Jobcenter Bergisch Gladbach ist in den Jahren 2012 und 2013 in diesem Bereich mit weiteren Umsatzrückgängen zu rechnen.

Ebenfalls problematisch stellt sich die Situation im Geschäftsfeld „GL Service Mensa“ dar, das in 2012 bis in 2013 hinein unter der zweiten Umbauphase in der Küche der IGP zu leiden hatte. Die hieraus entstandenen Mehrkosten und Umsatzrückgänge aufgrund niedrigerer Qualität des Essens werden sich negativ auf das Geschäftsergebnis des Jahres 2012 auswirken. Für 2013 hingegen ist aufgrund verschiedener Kosten reduzierender Maßnahmen der Geschäftsführung wieder mit einem deutlich besseren Ergebnis zu rechnen.

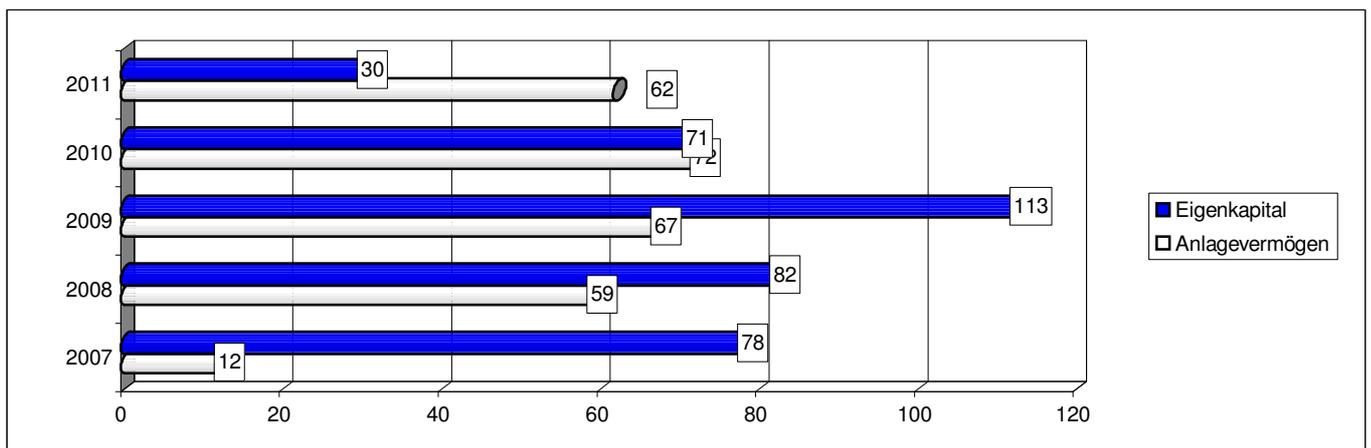
Wirtschaftliche Daten der GL Service gmbH

**Entwicklung der Bilanz
Angaben in TEUR**

AKTIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
Immaterielle Vermögensgegenstände			2	1	1	
Sachanlagen	12	59	65	71	61	-10
Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
Anlagevermögen	12	59	67	72	62	-10
Vorräte	14	15	21	22	18	-4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29	226	164	317	379	62
Flüssige Mittel	121	75	202	71	208	137
Umlaufvermögen	164	316	387	410	605	195
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	176	375	454	482	667	185

PASSIVA	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung
gez. Kapital	25	25	25	25	25	0
Kapitalrücklage	26	26	26	27	27	0
Gewinnvortrag	0	27	30	62	19	-43
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	27	4	32	-43	-41	2
Eigenkapital	78	82	113	71	30	-41
Sonderposten für Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
Rückstellungen	7	19	101	77	130	53
Verbindlichkeiten	91	274	239	334	507	173
Rechnungsabgrenzungsposten			1			
Bilanzsumme	176	375	454	482	667	185

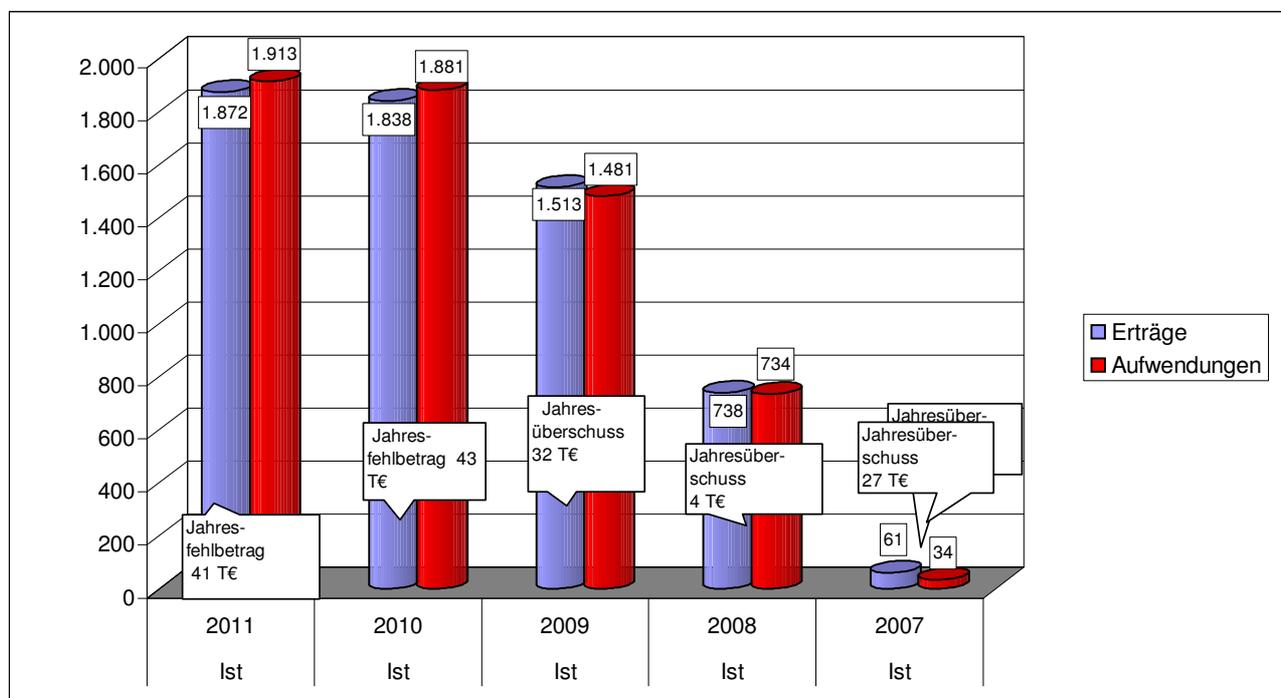
**Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital
(Angaben in TEUR)**



Gewinn- und Verlustrechnung der GL Service gGmbH

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008	Ist 2007	Ist 11/ Ist 10
1. Umsatzerlöse	1.343	1.758	1.597	1.416	669	43	161
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	35	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	113	240	96	32	18	-127
4. Betriebliche Erträge (1+2)	1.343	1.871	1.837	1.512	736	61	34
5. Materialaufwand	-72	-203	-172	-159	-117	-22	-31
6. Personalaufwand	-942	-1.139	-1.174	-1.026	-399	-2	35
7. Abschreibungen	-20	-24	-24	-21	-15	-1	0
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-291	-547	-504	-275	-203	-9	-43
9. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1.325	-1.913	-1.874	-1.481	-734	-34	-39
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	1	2	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
12. Finanzergebnis (9+10)	1	1	1	1	2	0	0
13. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
14. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
15. Außerordentliches Ergebnis (12+13+14)	0	0	0	0	0	0	0
16. Ergebnis vor Steuern (3+8+11+14)	19	-41	-36	32	4	27	-5
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
18. Sonstige Steuern	0	0	-7	0	0	0	7
19. Jahresüberschuss (15+16+17)	19	-41	-43	32	4	27	2

Entwicklung Erträge/Aufwendungen in TEUR



Kennzahlen im Überblick/ GL Service gGmbH

	2007	2008	2009	2010	2011
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	6,8%	15,7%	14,8%	14,9%	9,3%
Umlaufintensität in %	93,2%	84,3%	85,2%	85,1%	90,7%
Investitionsquote	1,2%	105,1%	44,8%	41,7%	21,6%
Reinvestitionsquote	13,9%	413,3%	142,9%	125,0%	55,8%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	44,3%	21,9%	24,9%	14,7%	4,5%
Fremdkapitalquote in %	55,7%	78,1%	75,1%	85,3%	95,5%
Anlagendeckung I in %	650,0%	139,0%	168,7%	98,6%	48,4%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	96 T€	16 T€	153 T€	- 102 T€	151 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	62,8%	0,6%	2,3%	-0,6%	-3,4%
Eigenkapitalrentabilität in %	34,6%	4,9%	28,3%	-60,6%	-136,7%
Gesamtkapitalrentabilität in %	15,3%	1,1%	7,0%	-8,9%	-6,1%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	4,7%	59,6%	72,5%	55,5%	64,8%
den Haushalt Kernhaushalt					
Direkte Zuschüsse:	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Stellenplan GL Service GmbH					
Anzahl Stellen lt. Stellenplan:	13,5	16,5	21	27	30

Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach – AöR
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	zum 01.01.2011 lt. Ratsbeschluss vom 05.10.2010
Satzung	Fassung vom 05.10.2010; letzte Fassung vom 18.10.2011
Handelsregister	HRA 28221 beim Handelsgericht Köln Letzte Eintragung vom 17.03.2011
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Aufgaben der Anstalt sind:

1. Die Verwaltung und Entwicklung von eigenem und fremden Grundbesitz, insbesondere
 - Erwerb, Entwicklung, Erschließung sowie Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten.
 - Abschluss und Veränderung von schuldrechtlichen Nutzungsüberlassungsverträgen zur Wohnraumversorgung und zur Wirtschaftsförderung sowie zu Zwecken des landschaftspflegerischen Ausgleichs.

Im Rahmen der Tätigkeit als Dienstleister insbesondere

- die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten,
 - Grundstücksgeschäften für Zwecke des Straßenbaus, Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und des Feuerschutzes,
 - Sonstige Grundstücksgeschäfte.
2. Die administrative Betreuung des Vertragsbestandes aller Grundstücks- und Erbbauverträge
 3. Die Wirtschaftsförderung und Förderung des Fremdenverkehrs
 4. Ab dem 01. Januar 2012 Erzeugung, Erwerb, Handel, Vertrieb, Speicherung und Umwandlung von Energie aller Art.

Die Stadt kann der AöR weitere Aufgaben zur Wahrnehmung übertragen.

Die Anstalt ist berechtigt Gebührensatzungen für die Aufgaben nach 1. bis 4. zu erlassen.

Die Anstalt ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen, wenn dies dem Anstaltszweck dient (Anwendung § 108 Abs. 1 GO NRW).

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Vorstand und Prokuristen

Vorstand ist Herr Bernd Martmann.

Prokuristen sind Frau Barbara Hauschild und Herr Martin Westermann

3.2 Verwaltungsrat

Die Anstalt hat einen Verwaltungsrat der aus achtzehn Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Verwaltungsrates. Der stellvertretende Vorsitzende ist Herr Stadtbaurat Stephan Schmickler.

Dem Verwaltungsrat der Gesellschaft gehörten in 2011 an:

Lutz Urbach, Bürgermeister (Vorsitzender)
Stephan Schmickler, Stadtbaurat (stellvertretender Vorsitzender)
Bernhauser, Dr. Johannes
Fischer, Dr. Reimer
Henkel Harald
Hoffstadt, Peter
Höring, Lennart
Komenda, Mirko
Metten, Dr. Michael
Mömkes, Peter
Mörs, Bernhard
Nagelschmidt, Felix
Neu, Gerhard
Santillán, Tomás M.
Schacht, Rolf-Dieter
Schmidt-Bolzmann, Renate
Schundau, Edeltraud
Steffen, Dr. Ulrich
Waldschmidt, Klaus W.

Im Geschäftsjahr 2011 fanden fünf Verwaltungsratssitzungen statt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Anstalt beträgt 5.000.000 €. Alleinige Gewährsträgerin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2011 waren bei der Anstalt durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt. Davon waren der Vorstand und ein Prokurist mit je 50% zugeordnet, so dass insgesamt 6 Stellen vorhanden sind.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Anstalt beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.

7. Leistungsbeziehungen zu anderen Gesellschaften an denen die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt ist

In 2011 lagen folgende Leistungsbeziehungen vor:

1. Die GL-Service gGmbH hat für die SEB Dienstleistungen in Höhe von 546,59 € Brutto erbracht.
2. Die BGE Eisenbahngüterverkehr GmbH hat an die SEB Miete in Höhe von 34.061,24 € gezahlt.

8. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **450.345,60 €** ab.

In der Gesamtbetrachtung des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach – AöR beliefen sich die Umsatzerlöse für das Jahr 2011 auf insgesamt 1.239.297,64 €. Die sonstigen betrieblichen Erträge erreichten einen Betrag von 566.875,26 €.

Diesen Gesamterträgen von 1.806.172,90 € stehen Aufwendungen für den Materialaufwand in Höhe von 779.132,19 €, Aufwendungen für die Personalgestellung in Höhe von 420.000 €, Abschreibungen auf Sachanlagen mit einem Betrag von 520,93 €, sonstige betriebliche Aufwendungen in einer Höhe von 132.922,65 € und Zinsen und ähnliche Aufwendungen in der Höhe von 162,47 € gegenüber. Beachtet man die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge in einer Höhe von 3.874,26 €, so ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 450.345,60 €, das gleichzeitig den Jahresüberschuss für das Jahr 2011 darstellt.

Hierbei ist zu beachten, dass die an die Stadt während des Nothaushalts abzuführenden Überschüsse aus den übernommenen Liegenschaften in einer Höhe von fast 130 T€ in diesem Ergebnis bereits gekürzt sind; d.h., dass der Überschuss insgesamt eine Höhe von ca. 580 T€ im Geschäftsjahr 2011 erreichte.

Für die einzelnen Sparten stellt sich die Situation wie folgt dar:

Sparte 1 – Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung subsumiert den gesamten Grundstücksverkehr und die mit der Bewirtschaftung der Grundstücke zusammenhängenden Aufwendungen und Erträge.

Die mit Abstand größten Aufwendungen und Erträge sind in dieser Sparte zu verbuchen, da fast alle Projekte des Stadtentwicklungsbetriebes Grundstücksrelevanz besitzen, egal, ob es sich um die Entwicklung eines Wohnbau-Areals handelt oder aber um ein Wirtschaftsförderungsprojekt, wie zum Beispiel die Erschließung des Gewerbegebietes Obereschbach.

Die geplanten Verkäufe der Objekte Schloßstraße 23 und Hauptstraße 175 (Altes Pastorat) konnten im Geschäftsjahr 2011 mit guten Ergebnissen umgesetzt werden. Diese beiden Verkäufe und die damit verbundenen Erlöse dienen in Verbindung mit dem Kontokorrentkredit zur Sicherung der Liquidität des Stadtentwicklungsbetriebes. Die beschlossenen Kreditaufnahmen wurden im Berichtsjahr nicht ausgenutzt.

Die Sparte Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 457.455,71 € für das Geschäftsjahr 2011 ab.

Sparte 2 – Parkplatzeinrichtungen

In dieser Sparte sind die Aufwendungen und Erträge für die Errichtung und den Betrieb von Parkplatzeinrichtungen aufgeführt. Im Jahre 2011 sind hier lediglich die im Zusammenhang mit der Herrichtung und dem Betrieb des Übergangsparkplatzes Buchmühle entstandenen Erträge und Aufwendungen verbucht worden.

Die Sparte Parkeinrichtungen schließt mit einer Unterdeckung von 1.351,42 €.

Sparte 3 – Wirtschaftsförderung/Tourismus

In dieser Sparte sind lediglich die Aufwendungen und Erträge, die den klassischen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und dem Tourismus zuzuordnen sind, aufgeführt. Wie schon erwähnt, wurden der Klarheit halber alle grundstücksrelevanten Aufwendungen und Erlöse in Sparte 1 dargestellt, auch wenn sie Wirtschaftsförderungsbezug besitzen. Die Sparte 3 schließt insgesamt mit einer Unterdeckung von -5.748,69 €.

Wie bei anderen Institutionen der Wirtschaftsförderung ist auch für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach für die Sparte Wirtschaftsförderung/Tourismus keine Kostendeckung zu erreichen, da ihr Nutzen in Form der Sicherung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen nicht im Bereich der Erlöse des Stadtentwicklungsbetriebs verbucht werden kann. Gleichwohl ist die Arbeit, die in dieser Sparte kaufmännisch abgebildet wird von hoher Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach und seine Entwicklung.

9. Ausblick

Das Jahresergebnis des Stadtentwicklungsbetriebes Bergisch Gladbach AöR wird maßgeblich durch das Ergebnis der Sparte 1 „Grundstücksverkehr/Grundstücksbewirtschaftung“ beeinflusst. In dieser Sparte erfolgen alle Erschließungs- und Vermarktungsaktivitäten der einzelnen Wirtschaftsförderungs- und Stadtentwicklungsprojekte.

Für den Ausblick auf das Jahr 2012 sind die laufenden Erschließungsarbeiten für das Gewerbegebiet „Obereschbach“ und das Wohngebiet „Am Eichenkamp“ besonders bedeutend.

Für Obereschbach ist mit dem Jahr 2012 mit einem Abschluss der Erschließungsarbeiten und der Aufnahme der Vermarktungsaktivitäten zu rechnen. Hier wird es darauf ankommen, den Kostenrahmen weiterhin konsequent einzuhalten und durch erste Grundstücksverkäufe an geeignete, leistungsfähige Firmen bzw. Unternehmen Erlöse zu generieren. Erste Gespräche mit interessierten Firmen lassen darauf hindeuten, dass die günstige Verkehrslage und die unterschiedliche Größe der Grundstücke auf eine entsprechende Nachfrage treffen.

Es bleibt zu erwähnen, dass durch den Beginn der Abrissarbeiten und der anschließenden Parzellierung im Bereich des Baugebietes Reiser/Mondsröttchen, die Voraussetzungen für Grundstücksverkäufe und entsprechende Erlöse für das Jahr 2012 geschaffen wurden.

Ebenfalls für das Jahr 2012 ist mit einem Abschluss der Sanierungs- und Erschließungsarbeiten im Wohngebiet „Am Eichenkamp“ zu rechnen. Auch wenn an dieser Stelle erhebliche Aufwendungen für die Sanierung der Grundstücke der alten Kläranlage zu tätigen sind, so ist mit dem Beginn des Verkaufs von Baugrundstücken etwas mit Ende des Jahres 2012 mit guten Erlösen für den Stadtentwicklungsbetrieb zu rechnen. Die hohe Anzahl an Interessenten für Baugrundstücke in diesem Bereich bestätigt die Umsetzung dieses Projektes und die Erwartung von entsprechenden Überschüssen.

Von hoher Bedeutung für das Jahr 2012 ist weiterhin die Suche nach einem geeigneten Investor für die Entwicklung des Kopfgrundstückes am Busbahnhof. Dieses Grundstück ist von höchster Bedeutung für die Gestaltung der Ankunfts-Situation in der Stadtmitte. Deshalb kommt es bei seiner Vermarktung nicht ausschließlich auf die Höhe der Erlöse an, sondern vielmehr noch auf ein ansprechendes städtebauliches und architektonisches Ergebnis.

Im Jahr 2012 werden zusätzlich neben dem bereits in Betrieb befindlichen Übergangsparkplatz im Gebiet Buchmühle die Projekte „Tiergarage Bergischer Löwe“ und „Parkpalette Buchmühle“ in Angriff genommen. Ihre Bedeutung für die Entwicklung bzw. den Bestand des Einzelhandels in der oberen Hauptstraße kann nicht hoch genug eingestuft werden. Es handelt sich um Wirtschaftsförderungsprojekte besonderer Relevanz.

Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass die Verkehrsdiskussion um den Knoten Odenthaler-Straße/Hauptstraße abgeschlossen wird, da sie den Verkauf der alten Feuerwache seit Jahren behindert.

Für den Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR existiert ein Risiko- und Chancenmanagement, das geeignet ist als Risikofrüherkennungssystem Entwicklungen, die den Fortbestand des Betriebes gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen.

Die Art und der Umfang der Frühwarnsignale sind definiert für die Bereiche:

- strategische Risiken
- rechtliche, politische und gesellschaftliche Risiken
- finanzwirtschaftliche Risiken
- Marktrisiken
- Umweltrisiken.

Zur Erfassung, Analyse und Bewertung der Risiken werden in regelmäßigen Besprechungen mit den Prokuristen und den Sachbearbeitern des Stadtentwicklungsbetriebes Gespräche geführt.

Im technischen Bereich wird durch regelmäßige Besprechungen mit den beauftragten Firmen eine Risikominimierung gewährleistet.

Als Vorgang von besonderer Bedeutung, der nach Abschluss des Wirtschaftsjahres 2011 eingetreten ist, ist die geologische Situation und die hiermit verbundene Sperrung der Landstraße L 136 im Bereich des Gewerbegebietes Obereschbach zu nennen, welche Mitte März durch den Landesbetrieb Straßen NRW erfolgte.

Während der durch den Stadtentwicklungsbetrieb durchgeführten Arbeiten zur Geländemodellierung im Gewerbegebiet Obereschbach sind Risse in der direkt angrenzenden Straßenfläche sowie in kleinen Teilen des Gewerbegrundstückes Nr. 2 aufgetreten, die die Sperrung der Landstraße L 136 aus Sicherheitsgründen notwendig machte.

Der Vorgang wird zurzeit durch Fachgutachter überprüft, um einen sicheren Sanierungsvorschlag, insbesondere für die Straßenfläche aber auch für das betroffene Gewerbegrundstück, zu erhalten. Ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß der Stadtentwicklungsbetrieb mit signifikant erhöhten Aufwendungen für die Erschließung des Gewerbegebietes rechnen muss, bleibt abzuwarten. Aufgrund der nach heutigem Kenntnisstand nur geringen flächenmäßigen Betroffenheit des Gewerbegebietes, scheint nach einer ersten Einschätzung die materielle Konsequenz aus dem Vorfall relativ gering zu sein.

Die Erschließungsarbeiten konnten bisher nach Plan fortgesetzt werden. Als nächster Schritt stehen für den Sommer die Kanalbauarbeiten an, so dass nach wie vor mit der Baureife der dortigen Grundstücke für das Jahr 2012 gerechnet werden kann.

Insgesamt kann auch für das Jahr 2012 mit einem Überschuss gerechnet werden. In seiner Höhe hängt der allerdings maßgeblich davon ab, ob es gelingt die im Jahre 2012 geplanten Grundstücksverträge mit entsprechenden Zählungseingängen zu realisieren.

Wirtschaftliche Daten des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

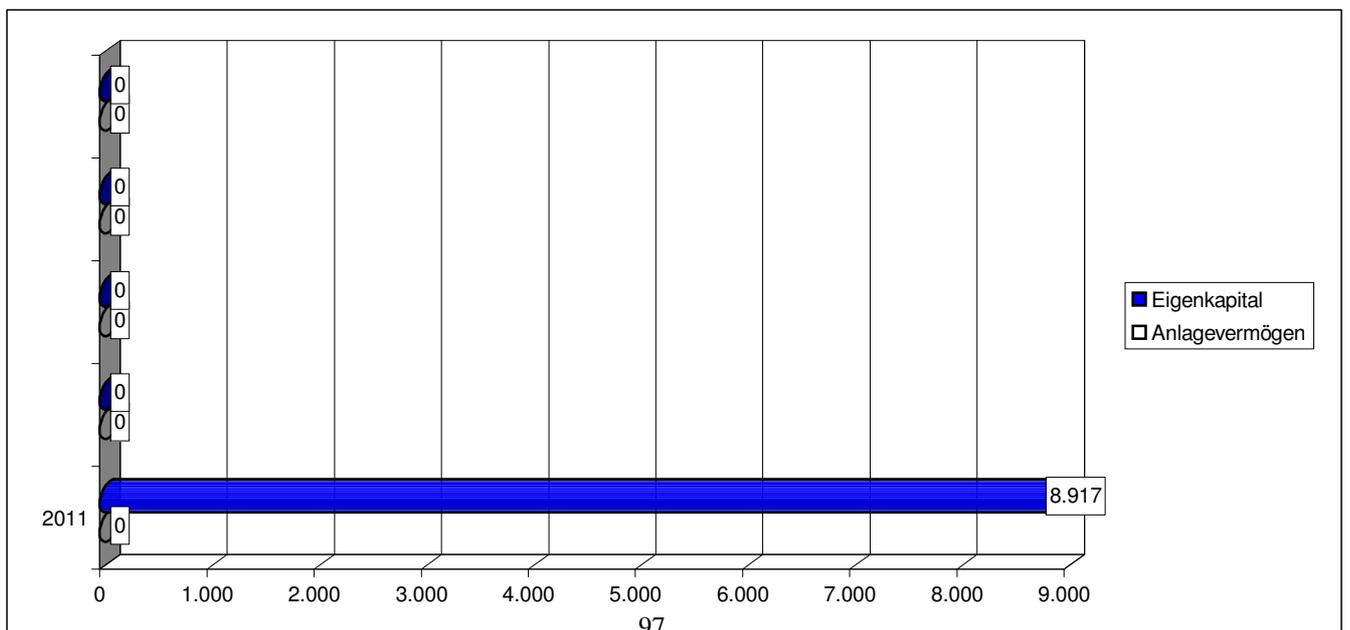
Entwicklung der Bilanz im 5-Jahresvergleich (Geschäftsjahr 2011)

Angaben in TEUR

AKTIVA	2011					Veränderung
Sachanlagen	0					0
Anlagevermögen	0					0
Vorräte	8.690					0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	247					0
Flüssige Mittel	46					0
Fehlbetrag						0
Umlaufvermögen	8.983	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0					0
Bilanzsumme	8.983	0	0	0	0	0

PASSIVA	2011					Veränderung
gez. Kapital	5.000					0
Kapitalrücklage	3.467					0
Jahresüberschuss	450					0
Fehlbetrag						0
Eigenkapital	8.917	0	0	0	0	0
Rückstellungen	37					0
Verbindlichkeiten	29					0
Rechnungsabgrenzungsposten	0					0
Bilanzsumme	8.983	0	0	0	0	0

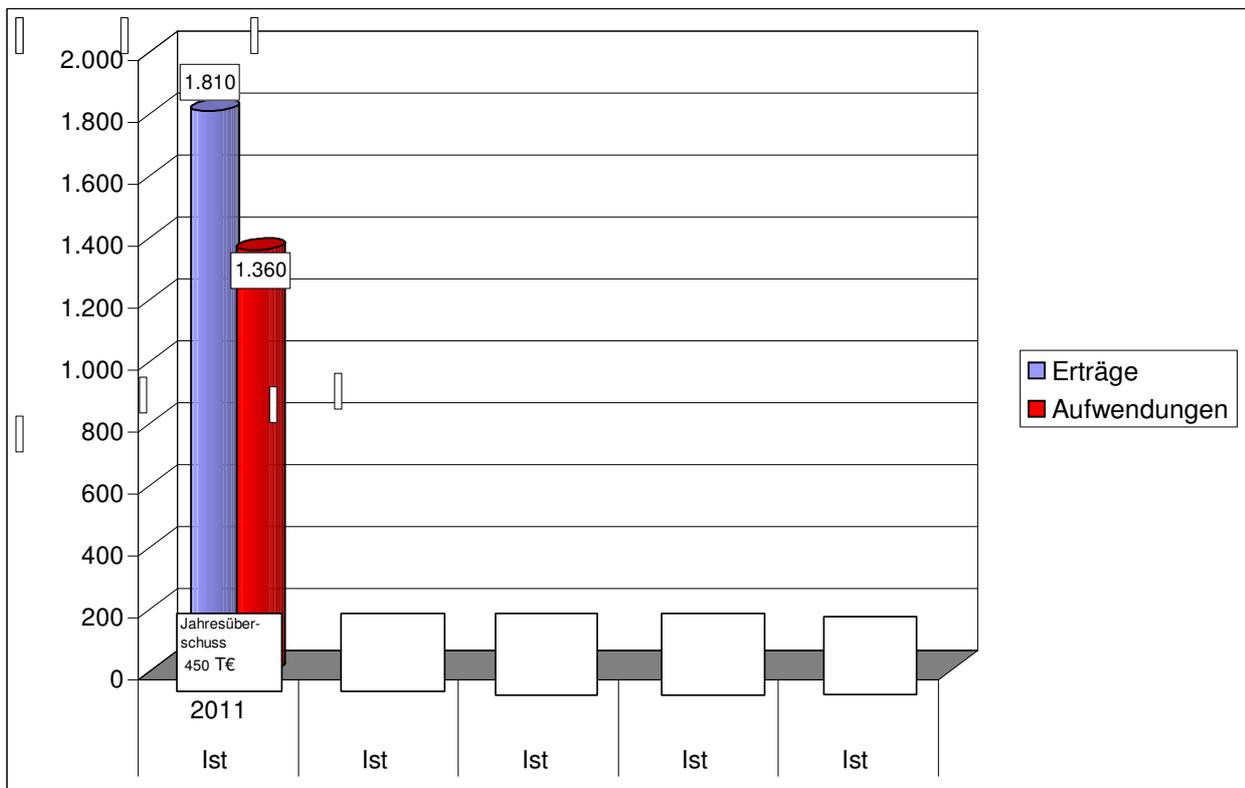
Finanzierung des Anlagevermögens durch Eigenkapital (Angaben in TEUR)



Gewinn- und Verlustrechnung des Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

in TEUR	Plan 2011	Ist 2011	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist 11 / Plan 11
1. Umsatzerlöse	1.205	1.239					34
2. Sonstige betriebliche Erträge	615	567					-48
3. Betriebliche Erträge (1+2)	1.820	1.806	0	0	0	0	-14
4. Materialaufwand	-833	-806					27
5. Personalaufwand	-420	-420					0
6. Abschreibungen	-1	-1					0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-205	-133					72
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-1.459	-1.360	0	0	0	0	99
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4					4
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-30	0					30
11. Finanzergebnis (9+10)	-30	4	0	0	0	0	34
							0
12. Jahresüberschuss (3+8+11)	331	450	0	0	0	0	119

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Kennzahlen im Überblick/Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR

					2011
--	--	--	--	--	------

1. Vermögenslage

Anlagenintensität in %	0,0%
Umlaufintensität in %	100,0%
Investitionsquote	-
Reinvestitionsquote	-

2. Finanzlage

Eigenkapitalquote in %	99,3%
Fremdkapitalquote in %	0,7%
Anlagendeckung I in %	-
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	47 T€

3. Ertragslage

Umsatzrentabilität in %	36,3%
Eigenkapitalrentabilität in %	5,0%
Gesamtkapitalrentabilität in %	5,0%

4. Erfolgskennzahl

Personalintensität in %	33,9%
-------------------------	-------

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (Ertrag + Aufwand)

	2011
Abschlag an AöR von Stadt	-527.100 €
Personalkosten von Stadt an AöR	-17.281 €
Spitzabrechnung Personalkosten FB1-100	17.281 €
Abschlag Personal + Sachk. an Stadt	485.000 €
Gesamt	-42.100 €

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht der Stadt Bergisch Gladbach werden anhand der nachfolgenden Kennzahlen die Bestands- und Erfolgswerte der Gesellschaften ausgewertet bzw. analysiert.

KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENSLAGE	
<p>Anlagenintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen.</p> <p>Eine hohe Anlageintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.</p> <p>Bei geringer Anlagenintensität hat die Anlagendeckung nur eine geringe Bedeutung.</p>
<p>Umlaufintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.</p>
<p>Investitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil der Investitionen bezogen auf das Anlagevermögen.</p>
<p>Reinvestitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$</p>	<p>Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden.</p> <p>Bei über 100 % wird die Substanz erhalten bzw. ausgebaut. Werte unter 100 % deuten auf einen substantiellen Substanzverlust hin.</p>

KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE	
<p>Eigenkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital.</p> <p>Eine hohe EK-Quote gilt als Indikator für die Bonität und finanzielle Unabhängigkeit des Unternehmens.</p>
<p>Fremdkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.Summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.</p>
<p>Anlagendeckung in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen.</p> <p>Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität.</p>
<p>Cashflow</p>	<p>Die Kennzahl gilt als Indikator zur Beurteilung der Ertrags- und Finanzkraft eines Betriebes. Es kann so beurteilt werden, ob und inwieweit anstehende Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden können bzw. Fremdfinanzierung notwendig ist.</p>

KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE	
<p><i>Umsatzrentabilität in %</i></p> <p><u>Betriebsergebnis x 100</u> Umsatzerlöse</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen.</p> <p>Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatz- tätigkeit. Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingunge im Markt verursacht werden.</p>
<p><i>Eigenkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Eigenkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital.</p> <p>Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>
<p><i>Gesamtkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Gesamtkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital.</p> <p>Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>

WEITERE KENNZAHL	
<p><i>Personalintensität in %</i></p> <p><u>Personalaufwand x 100</u> Gesamtleistung (Umsatzerlöse)</p>	<p>Prozentualer Anteil des Personalaufwandes an der Gesamtleistung.</p> <p>Die Personalintensität misst die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des Faktors Arbeit.</p>